

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 322/323 · 27. JAHRGANG · SOMMERAUSGABE 2022 VOM 15. JULI 2022 · 2 EURO

5/6/8 | Weiterbetrieb der RB 63 gefordert
StVV Eberswalde, B90/Gr, BVB/FW

15-20 | Gegen die doppelte Engführung der Debatte u.a.
Zum Krieg in der Ukraine

28 | Alfred Huwald – Ein Theatermensch
Alternative Prominente (Folge 19)

Wo ist der Arzt, wo der Apotheker?

Gedankensplitter zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur »Uckermarkleitung« vom 5. Juli 2022

Die Abweisung der Klage des NABU Brandenburg gegen die »Uckermarkleitung« durch das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat mich wirklich überrascht. Ich hatte mit vielem gerechnet, damit aber nicht. Weshalb war ich unserer Sache so sicher? Ganz einfach, weil das Recht auf unserer Seite war.



Foto: THOMAS GÄDICKE

Die gesetzlichen Bestimmungen sind eindeutig. In den Schutzgebieten ist es bei der Planung Sache des Vorhabenträgers und bei der Genehmigung Sache der Genehmigungsbehörde, eine erhebliche Beeinträchtigung der Schutzziele auszuschließen. Wenn sich die Zweifel nicht ausräumen lassen, ist eine Genehmigung rechtswidrig. Die Beweislast liegt bei der Genehmigungsbehörde bzw. dem Vorhabenträger, hier also dem Netzbetreiber 50 HERTZ.

Diesen Grundsatz hat unser Anwalt im Verfahren wiederholt dem Gericht ins Gedächtnis gerufen. Aber das Gericht hat sich einfach darüber hinweggesetzt, indem es behauptet, es gebe keine begründeten Zweifel an den Aussagen des Vorhabenträgers und der Genehmigungsbehörde.

Diese fahrlässige Rechtsprechung des BVerwG gegenüber dem Naturschutz wird dazu führen, daß sich die Netzbetreiber künftig nicht mehr veranlaßt sehen, aufwendige Studien zur Abschätzung der Risiken zu finanzieren.

Die Presseerklärung der Kanzlei REDEKER SELLNER DAHS, die den Planfeststellungsbeschluss verteidigt hat, weist schon in diese Richtung: »Die erstmaligen Ausführungen des BVerwG zu der neuen Methodik werden voraussichtlich dazu führen, daß in Zukunft der Netzausbau ... deutlich rechtssicherer wird.«

Wenn die Netzbetreiber wissen, daß ihr Argument der Garantie der Versorgungssicherheit immer zieht und den Vogelschutz aushebelt, wie in dem Verfahren gegen die 380kV-Freileitung von Bertikow nach Neuenhagen geschehen, haben sie auch keine Veranlassung, sich mit dem Protest von Bürgerinitiativen und Naturschutzverbänden auseinander-

zusetzen. So stärkt das BVerwG die Arroganz der Macht. Rechtsprechung, das weiß man aus dem Strafrecht, hat auch eine generalpräventive Funktion. Diese Komponente hat der 4. Senat überhaupt nicht auf dem Schirm gehabt.

Ein Gericht, das den Natur- und Vogelschutz ernst nimmt, das das Engagement der Bürger in den Beteiligungsprozessen wertschätzt und diese nicht als lästige Formalie abtut, hätte niemals ein solches Urteil sprechen können. Rechtsprechung tritt theoretisch an die Stelle des Faustrechts und hat deshalb auch eine befriedende Funktion, wenn sie transparent und gerecht ist. Davon ist der Spruch des 4. Senats vom 5. Juli 2022 weit entfernt.

Ein Blick auf die Rechtsprechung dieses Senats, der 2019 neu zusammengesetzt worden ist, zeigt, daß dieser Senat in den Konflikten um den Leitungsausbau stets das Geschäft der Netzbetreiber durch seine Rechtsprechung absichert (Nov. 2020 Herdecke, AZ.: 4A 13.18; Juli 2021 Birkenwerder, AZ.: 4A 14.19; Okt. 2021 Krefeld, AZ.: 4 A 9.19). **Im Fall der »Uckermarkleitung« liegt ein eklatantes Fehlurteil vor.**

Das Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) von 2009 war bezüglich der Aufnahme des Leitungsbauvorhabens Bertikow-Neuenhagen ein Akt fahrlässiger Gesetzgebung, denn im Raumordnungsverfahren war die Trasse nur als »bedingt genehmigungsfähig« charakterisiert worden. Der Gesetzgeber machte daraus unbeschoten ein »beschleunigt auszubauendes«. Zu der fahrlässigen Gesetzgebung gesellt sich nun ein fahrlässiger Richterspruch. Schlimmste Risiken und Nebenwirkungen sind nicht auszuschließen. **Wo ist der Arzt, wo der Apotheker?**

HARTMUT LINDNER (siehe auch Seite 12)

Aufstandsbekämpfung

Generalmajor Carsten Breuer befehligt seit vorigem Jahr den Corona-Krisenstab im Kanzleramt (»Der Corona-General«, BBP 12/2021). Nun stehen neue Aufgaben vor dem General, bei denen er auf die Erfahrungen aus dem Anti-Corona-Kampf aufbauen kann. Breuer soll ab 1. Oktober Leiter des Aufbaustabes und erster Befehlshaber des territorialen Führungskommandos werden. Künftig soll die operative Führung der Kräfte im Inland in Berlin gebündelt und unmittelbar dem Kriegsministerium unterstellt werden, teilte Kriegsministerin Christine Lambrecht (SPD) am 13. Juni mit.

Das Kommando soll »wesentliche Aufgaben bei der Führung der Streitkräfte in Deutschland« übernehmen, während das Einsatzführungskommando in Schwielowsee bei Potsdam die Auslandseinsätze führt. Mit der Umorganisation folgt das Kriegsministerium auch den Erkenntnissen aus der Arbeit des Corona-Krisenstabes.

Aufgaben im Innern, die der Bundeswehr künftig zufallen sollen, sind neben Corona und sonstigen Krisen wie Flutkatastrophen auch »Terrorgefahren«, für deren Abwehr bislang die Polizei zuständig war. Die Bundesregierung beruft sich dabei auf bereits mehrfach geänderte und aufgefüllte Passagen im Grundgesetz, konkret auf den Artikel 87a.

Darin heißt es, die Bundeswehr könne »im Verteidigungs- und Spannungsfall« auch »zur Unterstützung polizeilicher Maßnahmen« herangezogen werden, etwa »zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes«. Dazu gehöre unter anderem »die Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer«.

Ab wann Menschen zu Gefährdungen erklärt werden und diese dann als »organisiert« oder »bewaffnet« gelten, ist Auslegungssache der staatlichen und politischen Organe. In den vergangenen zwei Jahren gerieten vorrangig Kritiker der staatlichen Corona-Maßnahmen ins Staatsverfolgungs-Visier, denen unterstellt wurde »... wesentliche Verfassungsgrundsätze außer Geltung zu setzen oder die Funktionsfähigkeit des Staates oder seiner Einrichtungen erheblich zu beeinträchtigen.« Inzwischen sind es Menschen, die bezüglich des Krieges in der Ukraine nicht hundertprozentig den vorgegebenen Narrativen folgen, die wegen ihrer Meinungsäußerungen verfolgt werden.

Mit der Behauptung, öffentliche Kritik an einzelnen Politikern oder staatlichen Institutionen könne »das Vertrauen in das staatliche System insgesamt erschüttern und dessen Funktionsfähigkeit beeinträchtigen werden«, werden praktisch alle, die gegen staatliches und politisches Handeln demonstrieren oder sich an einer solchen Demonstration beteiligen, zu einer Gefahr für die »freiheitlich-demokratische Grundordnung« erklärt. Künftig steht gegen solche »Gefahren« die Bundeswehr bereit.

GERD MARKMANN

Bürgerbündnis protestiert wöchentlich:

»Für ein friedliches Miteinander«

Eberswalde (bbp). Seit einiger Zeit protestiert an jedem Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Löwenbrunnen in der Breiten Straße ein »Bürgerbündnis für ein friedliches Miteinander« mit einer Schilderaktion gegen die deutsche Kriegspolitik.

Die Gruppe unterstützt mit ihren Aktionen, berichtet Bürgerbündnismitglied ECKHARD LAURICH, mehrere bundesweite Bürgerinitiativen mit den Themenschwerpunkten Informationskrieg sowie der Umwandlung des provisorischen Grundgesetzes der BRD in eine Verfassung mit der wichtigen Erweiterung, daß künftige Änderungen in der neuen Verfassung nur durch Volksabstimmungen möglich sind.

Später werde noch eine dritte Initiative in den Vordergrund treten. Unter der Überschrift »GemeinwohlLobby« soll unter Mitwirkung der gesamten Bevölkerung an der neuen Verfassung gearbeitet werden. So ist zumindest der Plan. Die erste Initiative nennt sich »LeuchtturmARD.de« und geht gegen die andauernden Verstöße der öffentlich rechtlichen Medienbetreiber vor. Diese berichten, wie kürzlich durch den ARD Rundfunkbeirat bestätigt wurde, über politische Themen sehr einseitig im ungefähren Verhältnis 20 zu 80. Somit verstoßen sie gegen ihre Verpflichtungen gemäß Rundfunkstaatsvertrag. (Seite 10)



Foto: ECKHARD LAURICH

Die zweite genauso wichtige Initiative nennt sich »Unsere-Verfassung.de«. Dort geht es um eine schnelle Lösung, unsere Volksvertreter im Bundestag als Alleinherrscher zu entmachten. Zunächst gibt es die Möglichkeit, online dafür zu stimmen, das jetzige Grundgesetz in den Verfassungsrang zu erheben. Wenn Millionen Bürger das tun, dann kann die Forderung an die Regierenden erhoben werden, die Grundlagen zu schaffen für eine offizielle Volksabstimmung. Es dürfe nicht so weiter gehen, daß unsere unantastbaren Grundrechte nach Belieben ausgehebelt werden.

Umzug der Begegnungsstätte:

Von der Stadtmauer zum AWO-Quartier

Der AWO-Treff des Kreisverbands der Arbeiterwohlfahrt in Bernau hat seinen Standort an der Stadtmauer nach 14 Jahren aufgegeben und ist im Februar in die Weinbergstraße umgezogen.

Verlegt wurde auch zum 1. März der Geschäftsstellensitz des AWO Kreisverband Bernau e.V., der sich nun in die Frankfurter Allee 24, 16227 Eberswalde verlegt. Die Bernauer Geschäftsstelle im AWO Quartier »Am Weinberg«, Weinbergstraße 9, 16321 Bernau wird fortan als Außenstelle betrieben.

Leonore Bode zeigt am AWO-Stand der Bernauer Maifeier stolz den ersten Programmflyer und verweist auf viele erweiterte Möglichkeiten der neuen Räumlichkeiten im AWO-Quartier Weinbergstraße. Dort wurde das Altenheim in betreutes Wohnen umgewandelt. Besonders im »Keller« haben sich dadurch neue Entwicklungsmöglichkeiten ergeben, welcher von der Lohmühlenstraße her ebenerdig erreichbar ist. Der neue Treff kann aber nicht wie früher an der Stadtmauer, von Familien für Feiern angemietet werden. Der Ortsverein Bernau bietet im neuen Quartier vorzugsweise Se-

nioren, Geflüchteten, Migranten und deren Angehörigen sowie auch jungen Leuten vielfältige Möglichkeiten für Spiel, Sport, Tanz, Musik, Begegnung, Kunst und Kreativität an. So werden dort u.a. Sprachkurse und Gymnastik angeboten. In der Ferienzeit lädt der Ortsverein auch immer Kinder in die Handarbeitsgruppe ein. Ebenso wird Hilfe, Unterstützung und Beratungen bei allen Problemen des täglichen Lebens angeboten.

Der alte Standort an der Stadtmauer indes wird über die Stadt Bernau angeboten und gemanagt und steht lokalen Initiativen zur Nutzung offen. Von einer Nutzung dieser schönen Räume mit barrierefreiem Zugang profitieren nun auch Projekte und Selbsthilfegruppen wie »Balance« Psychiatrie-Erfahrene, die selbst keine eigenen Räume haben oder auf behindertengerechten Zugang angewiesen sind.

THOMAS TOBLER

DER WAR MAL LINKS. ABER ICH GLAUBE, GYSI KÖNNTE JEDERZEIT BEI DER CDU BUNDESTAGSABGEORDNETER SEIN.

Uli Hoeneß, Ehrenpräsident Bayern München
(in der ZDF-Doku »Mensch Gysi! Grenzgänger zwischen Ost und West«, 27.06.2022)

Ex-Linker Oskar Lafontaine:

»Öffnet Nord Stream 2!«

Berlin (bbp). Nach dem Wahlsieg von Bündnis 90/Die Grünen in der Bundestagswahl vom September 2021 gelangte die einstige Umweltpartei wieder in eine Regierungskoalition, diesmal mit SPD und FDP. Als erstes energiepolitisches Ziel gelang es, die gerade fertiggestellte Gasleitung Nord Stream 2 auf Eis zu legen. Technisch ist die Leitung fix und fertig, aber es fehlen noch Lizenzen und Genehmigungen. Die Zuspitzung der Krise in der Ukraine fegte Nord Stream 2 schließlich völlig vom Tisch.

Die Gasversorgung über die bereits funktionierende Leitung Nord Stream 1 war von den einsetzenden Sanktionen nicht direkt betroffen. Mit einigen Kniffen gelang es sogar, die verweigerte Bezahlung in den vereinbarten US-Dollar umzumodeln, so daß eine Begleichung der Rechnungen in Rubeln möglich wurde. Nun allerdings steht der Weiterbetrieb von Nord Stream 1 in Frage, weil aufgrund der Sanktionen eine in Kanada reparierte Siemens-Turbine für eine Verdichterstation nicht zurückgeliefert wird. Der grüne Bundeswirtschaftsminister ROBERT HABECK hat inzwischen die zweite Panikstufe ausgerufen.

Inzwischen hat Kanada der Auslieferung der Turbine doch noch zugestimmt. Dennoch beschwören Habeck und andere die Angst vor einem völligen Lieferstopp von russischem Gas nach der jetzt anstehenden planmäßigen Wartung. Die Gaspreise sind schon jetzt auf Rekordniveau, vor allem arme Menschen müssen fürchten, im Winter in ungeheizten Wohnungen zu sitzen, weil sie die Heizkosten nicht mehr aufbringen können. Ein Gasmangel würde zudem beträchtliche Teile der Wirtschaft treffen, die auf das bisher preiswerte russische Erdgas für ihre Produktion angewiesen sind.

Dabei gäbe es eine ziemlich einfache Lösung, die Gasversorgung der Bundesrepublik sicherzustellen, sogar ohne das gegenwärtige Sanktionsregime aufzuheben. Man müßte lediglich die technisch fix und fertige Gasleitung Nord Stream 2 in Betrieb nehmen.

Dies hat Anfang Juli beispielsweise der Ex-Linker OSKAR LAFONTAINE gefordert. »Ich kann das Gejammer von Steinmeier, Scholz und anderen«, schrieb er am 4. Juli in sozialen Medien, »über die sozialen Verwerfungen, die entstehen werden, wenn der Gaspreis sich verdreifacht, nicht mehr hören. Wenn man nur von Staaten wie den USA, Saudi-Arabien oder Katar und Rußland, denen man völkerrechtswidrige Kriege vorwirft, Energie beziehen kann, dann sollte man den Lieferanten bevorzugen, der die beste und günstigste Ware hat. Das ist Rußland. Es wird zudem immer deutlicher, daß die deutsche Wirtschaft auch bei vielen anderen notwendigen Rohstoffen und Ersatzteilen eng mit Rußland verflochten ist. Wenn man an die eigene Bevölkerung denkt, gibt es nur eine Lösung: Öffnet Nord Stream 2, um das Schlimmste zu verhindern.«¹

Unterstützung erhielt Lafontaine sogar aus der Linksfraktion im Bundestag. Der Vorsitzende des Energieausschusses im Bundestag KLAUS ERNST sagte in einem Interview mit der Rheinischen Post, man müsse auch trotz des



FOTO: GERO MARKMANN

Grundlage für die Fernwärmeversorgung in Eberswalde ist im wesentlichen die Verbrennung von Erdgas, wie hier im Heizwerk in der Prignitzer Straße. Den an die Fernwärmeversorgung angeschlossenen Menschen drohen nun erhebliche Preissteigerungen. Eine der großen Wohnungsgesellschaften hat bereits reagiert, und die fälligen Betriebskostenvorauszahlungen für Heizung und Warmwasser um 60 % erhöht.

Krieges mit Rußland reden, um die Energieversorgung sicherzustellen. »Ein Ausfall der Gasversorgung würde nicht nur die Bürger gravierend treffen, sondern hätte auch verheerende Folgen für die Industrie«, warnte er. Gegebenenfalls sollte man auch wieder Gespräche über die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 führen.²

Freilich folgte sogleich der Widerspruch seitens des Linken-Fraktionsvorsitzenden DIETMAR BARTZSCH, der am 6. Juli twitterte, daß Die Linke und die Linksfraktion keine Aufnahme von Gesprächen zu einer Inbetriebnahme der Pipeline Nord Stream 2 fordern. Die beiden neuen Parteivorsitzenden JANINE WISSLER und MARTIN SCHIRDEWAN twitterten ebenfalls und verwiesen dabei auf »klare Entscheidungen« des kürzlichen Linken-Parteitag. »Wir fordern einen Preisdeckel für Gasimporte, gezielte Sanktionen gegen Oligarchen, die Nichtinbetriebnahme von Nord Stream 2 und die Beschleunigung der Energiewende.«³

1 – www.globallookpress.com

2 – rp-online.de/politik/deutschland/linke-gegen-der-gaskrise-sollen-die-sanktionen-gegen-Rußland-fallen_aid-72417477

3 – www.rnd.de/politik/gas-ueber-nord-stream-2-die-linke-fordert-ende-der-Rußland-sanktionen-W07SU4SYJG3BF2RDMQCT5SREY.html

Historische Dorfstraße in Klandorf: »Anlaß zur Freude«

Nach nunmehr fast acht Jahren Kampf um unsere Dorfstraße (siehe u.a.: »Mai-Demonstration in Klandorf«, BBP 5/2022) gibt es einen wichtigen Etappensieg. Das Verwaltungsgericht Frankfurt Oder hat uns in allen Punkten Recht gegeben: »Der Antragsgegner wird im Wege der einstweiligen Anordnung verpflichtet, den Ausbau der Dorfstraße in 16244 Schorfheide, OT Klandorf, im Geltungsbereich des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin bis zur Erteilung einer naturschutzrechtlichen Befreiung zu unterlassen.«

Die Gemeinde hat die Möglichkeit, Rechtsmittel einzulegen und wir gehen davon aus, daß sie das tun wird. Der Kampf ist also noch nicht vorbei. Trotzdem: Es ist wie ein warmer Sommerregen nach einer langen Eiszeit.

Wir machen weiter!

KURT OPPERMANN

WHG Jahresabschluß 2021

Am 30. Juni 2022 beschlossen die Aufsichtsräte der WHG in ihrer 52. Aufsichtsratssitzung den positiven Jahresabschluß 2021.

Der Wirtschaftsprüfer der DOMUS AG Alfons Feld bestätigte den Aufsichtsräten: »Die wirtschaftliche Lage des kommunalen Unternehmens ist gesund und die Ampel steht bei der WHG ganz klar auf sicheres und stabiles Grün.« Mit einem positiven Jahresergebnis setzt die WHG den erfolgreichen Trend der Vorjahre fort.

Mit einem Umsatz von 30,35 Millionen Euro und einem Investitionsvolumen von mehr als 18,2 Millionen Euro haben wir mit unserem WHG-Team auch 2021 Großartiges erreicht: für unsere Mieterinnen und Mieter, für Eberswalde und damit hervorragende Voraussetzungen geschaffen für unsere zukunftsfähige Stadt, für ein Zuhause mit einer Verbundenheit zu den Menschen, die hier leben, arbeiten, gestalten, aufwachsen und wirken.

DOREEN BODEN

Richtigstellung

In dem Beitrag »Jens Koeppen – ein Mann mit Mut« (BBP 5/2022) hatten wir über das Abstimmungsverhalten zum Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU/CSU zur Lieferung schwerer Waffen in die Ukraine berichtet. MARTIN HOECK, Mitarbeiter im Büro des Bundestagsabgeordneten Friedhelm Boginski (FDP), wies auf einen Fehler in dem Bericht hin. Die FDP verfüge nur über 92 Abgeordnete, »leider« nicht über 114, wie in dem Beitrag genannt.

Richtig ist, daß 91 der 92 FDP-Abgeordneten, einschließlich des ehemaligen Eberswalder Bürgermeisters FRIEDHELM BOGINSKI, für die Lieferung von schweren Waffen an die Ukraine votierten. Es gab eine Enthaltung.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur in der StVV Eberswalde:

Drei Initiativen fanden eine Mehrheit

Die Eberswalder Stadtverordneten besaßen die Güte, unseren Beschlußvorlagen in der Juni-Stadtverordnetenversammlung zuzustimmen. Vielen Dank.

Im Mai hatte die Fraktion B90/Grüne ange-regt, Orte in Eberswalde zu finden, wo »Tiny Forests« (kleine Wälder) angelegt werden könnten. Wir wiesen auf einen Standort in Westend hin, der von der Stadt an einen damals noch bei der Stadt angestellten Privateigentümer verkauft worden war. Dieser Privateigentümer ließ später den gesamten Bestand des kleinen Waldes mit mehreren mindestens 100 Jahre alten Buchen fällen (BBP 2-3/2020). Leider fehlte beim Verkauf eine Vereinbarung, den kleinen Wald zu erhalten. Diese Versäumnisse könnten nun wettgemacht werden, indem durch geeignete Maßnahmen der beste-hende »Tiny Forest« erhalten und wieder aufgeforstet wird. Selbstverständlich dürfen dabei dem Privateigentümer, der den Kahlschlag ver-

anlaßt hat, keine ungerechtfertigten Vermö-gensvorteile zukommen.

Bezugnehmend auf die Mai-StVV und wei-teren Anregungen änderten wir unseren Vor-schlag zur Bildung eines zeitweiligen Ausschus-ses zur Untersuchung der publik gewordenen Unregelmäßigkeiten in der Tätigkeit des ehe-maligen Bürgermeisters Friedhelm Boginski da-hingehend, daß nun der Hauptausschuß die vorgeschlagenen Aufgaben (siehe BBP 5/2022) übernehmen soll. Dem stimmten die Stadtver-ordneten mehrheitlich zu. Am 19. Juli kommt der Hauptausschuß zusammen, um sich erst-mals mit dem Thema zu beschäftigen.

Unsere Anfrage zur Verteilung von Kindern und Betreuungsmöglichkeiten in den Ortstei-len wurde im Mai im Ausschuß für Bildung, Ju-gend und Sport beantwortet. Demnach soll dem steigenden Bedarf in den kommenden Jahren durch mehrere Ausbau- und Neubaumaßnahmen Rechnung getragen werden. Un-

sere Fraktion hält es für sinnvoll, hierbei alle Eberswalder Stadtteile so mit KiTas auszustat-ten, daß die Kinder diese fußläufig erreichen können. Um der Stadtverordnetenversamm-lung zu ermöglichen, vor der Beschlußfassung des Kreistages zum Kitabedarfs- und Schulent-wicklungsplan 2022-27 noch einmal die Forde-rungen aus Eberswalder Sicht zu formulieren, hatten wir dies auf die Tagesordnung der Mai-StVV gesetzt. Leider hatten weder die Stadt-verwaltung noch die anderen Fraktionen Be-darf, sich dazu zu äußern. Einen Monat später beantragte nun die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, eine konkretisierte Diskussion hierzu im I. Quartal 2023 aufzunehmen. Diese Dis-kussion hätte aus unserer Sicht bereits vor der Beschlußfassung im Kreistag stattfinden müs-sen. Wir freuen uns dennoch, daß unsere In-itiative im Nachhinein aufgenommen wurde.

MIRKO WOLFGGRAMM, Fraktionsvorsitzender
Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur

Finower Stadtteilstadt konnte stattfinden

Eberswalde (bbp). Im März hatte der städtische Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration (AKSI) nach kontroverser Diskussi-on die vom Finower Stadtteilverein beantragten Mittel zur Förderung des von ihm organisierten Stadtteilstadtes um die Hälfte gekürzt. Offensichtlich war die vom Ausschußvorsitzenden Dr. Hans Mai und seiner Fraktion SPD/BFE initiierte Kürzung politisch begründet, weil sich einige der Vereinsmitglieder auch im Bündnis für Eberswalde politisch engagieren. Der Stadtteilverein hatte daraufhin angekündigt, sich »als Verein aus der Kulturveranstaltungsszene komplett zurückzuziehen«. (BBP 5/2022)

Der fraktionslose Stadtverordnete Carsten Zinn hatte daraufhin in der folgenden AKSI-Sitzung am 6. April die Stadtverwaltung um eine Prüfung gebeten, ob es kommunalrechtlich vertretbar ist, daß Anträge zur Kulturför-derung durch Beschluß gekürzt werden kö-nnen, »obwohl dieser Ausschuß beratenden und empfehlenden Charakter hat«. Im Mai erhielt Zinn Antwort vom zuständigen Dezernenten für Wirtschaft und Soziales Prof. Dr. Jan König, der die Anfrage an das städtische Rechtsamt zur Prüfung weitergereicht hatte. In der schrift-lichen Antwort des Rechtsamtes heißt es:

»Nach § 43 Abs. 1 Satz 1 BbgKVerf kann die Gemeindevertretung zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse und zur Kontrolle der Verwaltung aus ihrer Mitte ständige oder zeitweilige Ausschüsse bilden. Bei dem AKSI handelt es sich um einen derartigen Ausschuß. Die sogenannten beratenden Ausschüsse im Sinne von § 43 Abs. 1 BbgKVerf können keine Beschlüsse fassen, die inhaltlich unmittelbar vollzugsfähig sind und die Verwaltung binden (vgl. Schumacher in Kommunalverfassung des Landes Brandenburg, § 43 Erläuterung 2.3). Die beratenden Ausschüsse sind lediglich in der Lage, Ent-scheidungen des Hauptausschusses und der Stadtverordnetenversammlung vorzubereiten...

Es fehlt deshalb an der Kompetenz des AKSI, an Kulturförderanträgen, die dem AKSI zur Herstellung des Einvernehmens durch die Ver-waltung vorgelegt werden, durch Beschluß in-haltliche Änderungen vorzunehmen. Der AKSI

ist darauf beschränkt, das Einvernehmen für einen vorliegenden Kulturförderantrag entwe-der zu erteilen oder zu versagen. Soweit gleich-wohl ein inhaltlich ändernder Beschluß gefaßt worden ist, muß dieser ausgelegt werden. Nach meiner Überzeugung ist die Reduzierung der Fördersumme für einen Kulturförderantrag da-hingehend zu verstehen, daß der AKSI das Ein-vernehmen für den vorgelegten Antrag nicht er-teilt, jedoch bereit wäre, das Einvernehmen bei einer entsprechenden Änderung des Förderbe-trages zu erklären.

In diesem Falle hat die Verwaltung zu ent-scheiden, ob sie von einer Förderung der Maß-nahme Abstand nimmt oder ob sie nach Ab-stimmung mit dem Antragsteller dem AKSI ei-nen geänderten Förderantrag (mit einer ent-sprechend geringeren Fördersumme) erneut mit dem Ziel, das Einvernehmen gemäß § 1 Abs. 5 der Richtlinie für die kommunale För-derung der Kultur in der Stadt Eberswalde zu er-zielen, vorlegt. Entsprechend der Gesetzeslage ist die Verwaltung an den Beschluß des AKSI nicht gebunden, sondern hat das Verwaltungsverfahren zur Bearbeitung des Kulturförderan-trages nach pflichtgemäßem Ermessen weiter zu betreiben.«

Entsprechend der Ausführungen des Rechtsamtes wandte sich die Verwaltung an den Antragsteller, ob dieser mit einer geringe-ren Fördersumme einverstanden wäre, was der Stadtteilverein verneinte. Die Verwaltung leg-te daher den Förderantrag des Finower Stadt-

teilvereins nun nochmals dem AKSI vor. Um eine Entscheidung rechtzeitig vor dem geplan-ten Stadtteilstadt zu gewährleisten, wurde für den 30. Juni eine Sondersitzung des AKSI ver-einbart, in welcher der Förderantrag nunmehr mehrheitlich angenommen wurde.

Das Stadtteilstadt in Finow konnte daher wie geplant vom 8. bis 10. Juli stattfinden.

Ausschußstellvertreter

Eberswalde (bbp). Der fraktionslose Stadtver-ordnete CARSTEN ZINN ist seit der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde am 28. Juni jeweils stellvertretendes Ausschußmit-glied in den Ausschüssen für Wirtschaft und Finanzen (AWF), für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU), für Kultur, Senio-ren und Integration (AKSI), für Bildung, Ju-gend und Sport (ABJS) sowie für den Rech-nungsprüfungsausschuß (RPA). Dies teilte der Vorsitzende der Stadtverordnetenversamm-lung Martin Hoeck am Beginn der Sitzung mit.

Benannt wurde der fraktionslose Abgeord-nete durch die Fraktion Bündnis Eberswalde. Trotz dieser Benennung durch eine Fraktion werde er weiterhin keiner Fraktion angehören, erklärte Carsten Zinn während der Sitzung. Er bleibe seinem Credo treu, als unabhängiger Stadtverordneter für die Interessen seiner Wählerinnen und Wähler wirken. Und dies wie bisher konstruktiv kritisch und wenn nötig auch ohne Scheu kontrovers.

Stadtverordnetenversammlung Eberswalde: **Weiterbetrieb der RB 63 gefordert**

Eberswalde (bbp). Der Landtagsabgeordnete SEBASTIAN WALTER, zugleich Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV), informierte in der Mai-Sitzung der StVV über die Absicht der Landesregierung, den Probebetrieb der Regionalbahn RB 63 zwischen Joachimsthal und Templin einzustellen und fragte, ob seitens der Stadtverwaltung Überlegungen anstehen, aktiv zu werden, um das Ende dieser Probezeit zu verhindern. Bürgermeister GÖTZ

HERRMANN antwortete, daß es nicht absehbar gewesen sei, daß es so schnell zu einem Ende des Probebetriebs kommt. Er werde sich mit den Vertretern der umliegenden Kommunen »ins Benehmen setzen« und darüber informieren. Seine Stellvertreterin, die Erste Beigeordnete und Baudezernentin ANNE FELLNER ergänzte, daß einen Tag nach der StVV, am 25. Mai, eine Telefonschaltkonferenz zu diesem Thema mit dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) stattfinde.

Kritiken eines Stadtverordneten

Eberswalde (bbp). »Es ist eine kommunalpolitische Zumutung für interessierte Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Eberswalde«, so der fraktionslose Stadtverordnete Carsten Zinn zur Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 28. Juni, »in beiden aber insbesondere in der Fortsetzungssitzung der 30. Sitzung der StVV am 31. Mai eine permanente Stimm-schaltung insbesondere beim Antworten des stellvertretenden Leiter des Rechtsamtes der Stadt Eberswalde während des Original-Livestream erleben zu müssen. Das ist an kommunalpolitischer Intransparenz und Ignoranz nicht zu toppen. Gleiches gilt für erfolgte Abstimmungen die pauschal unkenntlich gemacht wurden.«

Im weiteren kritisierte Zinn zum wiederholten Mal, daß immer noch eine offizielle und

formgerechte Positionierung des Rechtsamtes bzw. des Verwaltungsdezernenten fehle, warum die von ihm vorgelegten anonymen Briefe aus den Jahren 2017 und 2022 (vgl. »Skandale im Eberswalder Rathaus«, BBP Nr. 319 vom Februar 2022) nicht wie von dem Stadtverordneten gewünscht Bestandteil der StVV-Niederschrift wurden. Er habe zu dem Sachverhalt lediglich eine formlose eMail erhalten.

Rosa digital

Die Rosa-Luxemburg-Werke sind nun digitalisiert, online zugänglich und mit einer guten Suchfunktion versehen. Da macht es für Einsteiger und Fortgeschrittene Spaß zu stöbern.

<https://rosaluxemburgwerke.de/buecher>

Ein Löwenherz für die Kinder *Neue Kita in Nordend eröffnet*

Eberswalde (prest-ew). Eberswalde wächst – und mit ihr muß die Infrastruktur wachsen. Die Schaffung neuer Kitaplatzkapazitäten ist ein stetes und wichtiges Thema für die Stadt Eberswalde. Mit der Eröffnung der neuen Kita »Löwenherz« am 1. Juni hat die Stadt Eberswalde eine neue Einrichtung übergeben können und damit die Kitaplatzentwicklung vorangetrieben. 37 Kinder zwischen zwei und sechs Jahren können in der neuen Kita in Nordend aufgenommen werden. Zum Start besuchen sechs Kinder die Einrichtung, bis August soll schrittweise die Vollbelegung erfolgen.

»Ich freue mich sehr, daß wir durch die Reaktivierung der Einrichtung innerhalb kürzester Zeit neue, dringend benötigte Kitapläetze schaffen konnten. Damit haben wir zusätzlich auch die Gelegenheit geschaffen, für aus der Ukraine geflüchtete Kinder eine Tagesbetreuung zu ermöglichen und somit einen wichtigen Beitrag zur Integration zu leisten. Ich wünsche allen Kindern hier im 'Löwenherz' eine tolle Zeit mit viel Spaß, Spiel und auch Lernerfolgen«, so Bürgermeister Götz Herrmann bei der Eröffnung. Der Schwerpunkt der Kita »Löwenherz« liegt auf der Sprache und Kommunikation, angelehnt an Leitlinien der sogenannten Reggio-Pädagogik, welcher mittlerweile der international am meisten anerkannte elementar-pädagogische Ansatz ist, der nach der Reformpädagogik im 20. Jahrhundert entwickelt wurde. Der Ansatz ist attraktiv, weil er ein optimistisches Menschenbild und ein positives Bild vom Kind zugrunde legt.

Tourist-Information Bernau verkauft jetzt Fahrkarten

Seit dem 1. Juni stehen die Mitarbeiterinnen der Bernauer Tourist-Information den Besuchern wieder mit Informationsmaterialien, Souvenirs und Tickets für bestimmte Veranstaltungen zur Verfügung.

Zusätzlich werden in den Räumen der Tourist-Information in der Bürgermeisterstraße 4 nun auch Fahrkarten für den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg verkauft. Während der Öffnungszeiten dienstags, mittwochs, donnerstags und freitags jeweils 9 bis 17 Uhr und samstags und sonntags jeweils 10 bis 14 Uhr bietet die Tourist-Information neben dem Fahrkartenverkauf für den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg auch qualifizierte Beratungen bezüglich der Tarife und Fahrplanauskünfte an. Natürlich ist auch das 9-Euro-Ticket in der Tourist-Information erhältlich. Ermöglicht wird der Fahrkartenverkauf durch eine Kooperation mit der Barnimer Busgesellschaft mbH.

»Es gibt immer noch viele Bürger, die nicht die Möglichkeit haben, Fahrkarten online zu kaufen und sich eine persönliche Beratung wünschen. Außerdem ist die Tarifstruktur des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg so vielfältig, daß sich die gelegentlichen Nutzer hier nicht auskennen können. Daher freuen wir uns sehr, diesen Service



Die Mitarbeiterinnen der Tourist-Information Bernau LAURA WAWRZYNIAK und PIA SCHÖLER (v.l.n.r.) werben für den Fahrkartenverkauf in der Bürgermeisterstraße 4 in Bernau.

ambieten zu können«, so Nils Lönnes, der Leiter der Tourist-Information bei der BeSt Bernauer Stadtmarketing GmbH.

Die Bernauer Tourist-Information öffnete nach dreimonatiger Pause am 1. Juni wieder ihre Türen und wird fortan von der BeSt Bernauer Stadtmarketing GmbH betrieben. Darüber hatten sich am 12. Mai die Bernauer Stadt-

verordneten mehrheitlich verständigt. Die Eigengesellschaft der Stadt Bernau kümmert sich bereits um Stadtmarketing, Citymanagement und betreibt seit 2013 die benachbarte Galerie Bernau. Seit 2019 obliegt ihr auch der Betrieb des Besucherzentrums Bernau am UNESCO-Welterbe Bauhaus.

Sitzbank für Lichterfelde



Foto: Adina Hinneberg

Auf der Bank sitzen: rechts das Vereinsmitglied Silvia Zacharias und links die Sponsorin Simone Rathke. Hinter der Bank stehen von links nach rechts: Dorfbewohner Herr Schmidt, Sponsor Dr. Andreas Steiner, Vereinsvorsitzender Ulf Lubke und der Bankhersteller Herr Woitas.

Am 14. Mai 2022 hat der Verein »Gemeinsam Lichterfelde e.V.« eine Sitzbank auf der Grünfläche der Buswendeschleife am Ortseingang in Lichterfelde installiert und somit dem Dorf zur Verfügung gestellt. Gespendet wurde sie von den Vereinsmitgliedern Simone Rathke und Dr. Andreas Steiner.

Angefertigt wurde die Bank vom Finowfurter Wildholzbauer Manfred Woitas. Sie besteht aus massivem Robinienholz und wird viele Jahre Bestand haben. Sie soll Spaziergänger und Radwanderer zum Verweilen einladen. Weiterhin stellt sie einen Erholungsplatz insbesondere für Menschen dar, die einen längeren Fußweg absolviert haben oder in ihrer Bewegungsfähigkeit eingeschränkt sind.

ADINA HINNEBERG

Internationaler Sommerkurs

Eberswalde (prest-ew). Anlässlich des Tags der Musik hat Bürgermeister Götz Herrmann die Schirmherrschaft über den diesjährigen BLSYOC (European-Intercultural-Youth-Orchestra) Sommerkurs in Eberswalde übernommen.

Vom 26. Juli bis 6. August werden bis zu 60 junge Menschen aus ganz Europa in Eberswalde gastieren und unter Leitung eines internationalen Tutorenteams an ihren musikalischen Fertigkeiten feilen sowie mehrere Konzerte in der Region spielen. Gespielt wird unter anderem in einem Seniorenheim, einem Jugendclub oder auch auf dem Marktplatz. Thema des diesjährigen Kurses ist »Musik ist Frieden« – ein sehr aktuelles und daher umso passenderes Motto. Das ursprünglich 2001 von Julian Gibbons in Großbritannien ins Leben gerufene Projekt will junge Musikerinnen und Musiker aus ganz Europa zusammenbringen und sieht in der Musik einen Schlüssel zur interkulturellen Verständigung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Sommerkurses, der nach 2021 bereits zum zweiten Mal in Eberswalde stattfinden wird, sind zwischen 16 und 26 Jahren alt.

André Stahl bleibt Bernauer Bürgermeister

Bernau (dl). Bei der Bürgermeisterwahl am 19. Juni 2022 in Bernau verteidigte Amtsinhaber ANDRÉ STAHL sein Amt souverän. Er erzielte bereits im 1. Wahlgang nahezu eine Zweidrittel-Mehrheit und bleibt damit weitere acht Jahre Bürgermeister. Die Landesvorsitzenden der LINKEN Brandenburg, KATHARINA SLANINA und SEBASTIAN WALTER, gratulierten zu diesem großartigen Erfolg: »Ich gratuliere André Stahl zu diesem überragenden Erfolg – auch angesichts der massiven Angriffe, denen er sich im

Wahlkampf ausgesetzt sah. Bei insgesamt fünf Bewerber:innen bereits im ersten Wahlgang 65 Prozent der Stimmen zu erringen, ist eine tolle Bestätigung seiner Arbeit in den vergangenen acht Jahren«, sagte Walter. »Das Ergebnis zeigt: LINKE, soziale und bürgernahe Kommunalpolitik macht für die Bürger:innen einen Unterschied und ist erfolgreich. Wie schon Kornelia Wehlan als Landrätin in Teltow-Fläming konnte nun auch André Stahl sein Amt erfolgreich verteidigen. Das macht Mut und zeigt den richtigen Weg«, so Slanina.

Anette Kluth mit ordentlichem Ergebnis in Bernau:

Niedrige Wahlbeteiligung und Amtsinhaberbonus

Bernau (bvb/fw). Mit rund 30% geht ANETTE KLUTH als Zweite aus dem Rennen zur Bernauer Bürgermeisterwahl. Das Ergebnis zugunsten des Amtsinhabers ist eindeutig und BVB/Freie Wähler gratulieren ANDRÉ STAHL zur zweiten Amtszeit.

Offenbar war ein Stilwechsel durch die Wähler nicht gewünscht. Es ist festzustellen, daß die Bekanntheit aus acht Jahren Amtszeit und der massive Medienvorsprung schwer zu schlagen sind.

»Unter diesen Umständen gehen wir als BVB/Freie Wähler und ich als Kandidatin gestärkt aus der Wahl und sehen der Kommunalwahl 2024 zuversichtlich entgegen. Rund 30% sind für mich als Kandidatin, die zu Beginn des Wahlkampfes noch relativ unbekannt war, ein gutes Ergebnis,

auf das ich stolz bin«, so Anette Kluth in einer ersten Reaktion. BVB/Freie Wähler haben im Wahlkampf wichtige Themen gesetzt, die auch André Stahl aufgegriffen hat. Insbesondere in Fragen der gesundheitlichen Versorgung und Entwicklung bei der weiteren Bebauung werden wir kritisch-konstruktiv weiterarbeiten. Zugleich müssen nötige Infrastrukturprojekte angeschoben werden.

»Leider hat auch die niedrige Wahlbeteiligung zu unserem Nachteil gewirkt, sodaß es nicht möglich war, ausreichend Wähler für einen Wechsel zu mobilisieren. Ich danke allen Unterstützern bei der Durchführung des Wahlkampfes und natürlich allen meinen Wählern für das Vertrauen. Jetzt heißt es, nach vorne schauen und gute Politik für Bernau machen«, so Anette Kluth abschließend.

RB 63: Entscheidung überdenken

Im Juni ließ Brandenburgs Verkehrsminister Guido Beermann verkünden, daß der Probebetrieb der Regionalbahn RB63 bei Templin nicht über 2022 hinaus verlängert wird. Die bündnisgrüne Landtagsfraktion ist empört.

Dazu CLEMENS ROSTOCK, verkehrspolitischer Sprecher der bündnisgrünen Landtagsfraktion: »Die Einstellung des Probebetriebs der RB63 bis Templin war nicht mit uns abgesprochen. Zwar hatten wir eine Entscheidung dieser Art stets befürchtet, dennoch kam diese Ankündigung jetzt überraschend. Noch im Vorfeld des Landtagsplenums wurde uns erläutert, daß man ja erstmal die letzten Nutzungszahlen abwarten müsse, die noch

nicht vorlägen. Auf dieser Grundlage habe ich mich auch im Plenum dazu geäußert. Jetzt hat es den Anschein, als war die Entscheidung im Ministerium längst gefallen.«

Die uckermärkische Landtagsabgeordnete CARLA KNIESTEDT ergänzt: »Der ganze Probebetrieb stand von Anfang an unter keinem guten Stern. Der fehlende Kreuzungsbahnhof in Friedrichswalde erlaubte kein durchgehendes gut vertaktetes Angebot. Langsamfahrstellen führten zu langen Fahrtzeiten. Es gäbe noch großes Potential, wenn die Anschlüsse in Eberswalde besser synchronisiert werden würden. Dann kam auch noch Corona. Unter diesen Bedingungen konnte das bestehende Fahrgastpotential natürlich nicht ausgeschöpft werden. Dieses Potential ist aber grundsätzlich vorhanden, schließlich steht die Strecke im letzten Entwurf des Deutschland-Taktes und hat beim Reaktivierungsgutachten der Landesregierung gut abgeschnitten.«

Wir Bündnisgrünen werden deshalb die Strecke auch noch nicht verloren geben und wollen stattdessen die Mängel des Probebetriebs angehen. Wir haben uns schließlich vorgenommen, die Zeiten der Abbestellungen endlich hinter uns zu lassen. Wir werden umgehend das Gespräch suchen.

PATRICK TELLIGMANN,
Wahlkreisbüro Carla Kniestedt MdL

Purpur in Eberswalde

Am 17. Juli (Sonntag) findet um 17 Uhr das erste Konzert im Rahmen des diesjährigen Purpur-Fests im Forstbotanischen Garten Eberswalde (Schwappachweg) statt. Udo Muszynski & Co. offerieren Pascal von Wroblewskys SEVENTIES SONGBOOK. Nach drei Open-air-Kino-Abenden folgt dann am Freitag, den 22. Juli, ein weiteres Konzert mit Bettina Wegner & Karsten Troyke. Praktisch »eingerahmt« wird das Purpur-Fest von zweimal Guten-Morgen-Eberswalde, jeweils Sonnabend um halb Elf, diesmal im Forstbotanischen Garten.

Special Olympic Games 2023

Eberswalde, Bernau und Panketal sind »Host Towns«

Besuch aus der Karibik

Eberswalde (prest-ew). Vom 17. bis 25. Juni 2023 finden die Special Olympics World Games in Berlin statt – damit zum ersten Mal in der BRD. Unter dem Motto *#ZusammenUnschlagbar* treten bei dieser weltweit größten inklusiven und internationalen Sportveranstaltung tausende Athletinnen und Athleten mit geistiger und mehrfacher Behinderung in 26 Sportarten und 2 Demonstrationssportarten in den Wettstreit.

Insgesamt kommen 190 Delegationen aus der ganzen Welt in die BRD, um an den Special Olympics World Games und dem damit verbundenen »Host Town Program« teilzunehmen.

Die Stadt Eberswalde beteiligt sich als »Host Town« an diesem Programm und wird vom 12. bis 15. Juni 2023 eine Delegation aus ST. VINCENT UND DEN GRENADINEN, einem Staat in der südlichen Karibik, empfangen.

»Der Auftakt ist nun also gemacht und die Entscheidungen zur Aufteilung der Delegationen sind gefallen. Wir freuen uns schon heute auf die Sportlerinnen und Sportler aus der Karibik und werden im Juni 2023 auch mit Stolz dabei sein, ihnen hier ein paar eindrucksvollen Tage zu gestalten und unsere schöne Stadt zu zeigen.«, so Bürgermeister Götz Herrmann.

Jede Delegation kommt aus einem anderen kulturellen Hintergrund mit unterschiedlichen Traditionen und Gewohnheiten. Das »Host Town Program« soll einen barrierefreien Austausch zwischen den Kulturen ermöglichen, Stereotype beseitigen und unvergeßliche Erinnerungen für alle Beteiligten schaffen. »Uns wurde bereits verraten, daß für unsere Delegation aus St. Vincent und den Grenadinen der Austausch mit den Menschen hier vor Ort eine ganz besonders wichtige Komponente während des 'Host Town Program' ist. Diesen wollen wir gern gestalten!«, so Katrin Forster-König, die Behindertenbeauftragte der Stadt Eberswalde.

Der Aufenthalt der Delegation in Eberswalde wird im Rathaus von einem interdisziplinären Organisationsteam vorbereitet. Wer sich hierbei aktiv einbringen möchte, ist herzlich eingeladen, sich an Katrin Forster-König zu wenden: Telefon 03334/64-503 oder E-Mail an k.forster-koenig@eberswalde.de. In Eberswalde sollen ungefähr 21 Delegationsmitglieder untergebracht werden.

Wuckizucki-Zirkuswoche in Melchow

Der Wuckizucki e.V. lädt alle interessierten Kinder von 7 bis 14 Jahren zu einer bunten Zirkuswoche ein! Vom 18. bis 23. Juli, jeweils von 9.30 bis 16 Uhr, treffen wir uns auf der Festwiese in Melchow (Barnim).

Am Ende einer sehr erlebnisreichen Woche werden die jungen Zirkus-Artistinnen und -Artistinnen dann in einer eigenen kleinen Abschluß-

»Inklusion geht uns alle an«

Bernau/Panketal (prest-ber/tt). Neben Eberswalde gehören auch Bernau und Panketal zu den 216 Gastgeberorten für die Special Olympic Games 2023. Die Organisation beginnt sehr früh. Wie die Absicherung läuft, ist noch offen, aber interessanterweise liegen schon die Quoten vor, wieviele Belegungen gewährleistet werden sollen.

Etwa 35 Gäste aus dem südostafrikanischen MALAWI können sich vom 12. bis 15. Juni in Bernau und Panketal auf ein abwechslungsreiches Programm in der Region freuen und auf diese Weise Land und Leute kennenlernen.

»Wir werden das Programm gemeinsam mit unseren engagierten Partnern in den Vereinen und Initiativen vor Ort gestalten. Inklusion geht uns alle an – immer und überall«, so Bernaus Bürgermeister André Stahl.

Er verweist darauf, daß die Delegation in Bernau gute Bedingungen für die Vorbereitung auf die Wettkämpfe finden wird. Ob Fußball, Leichtathletik, Volleyball, Bogenschießen oder Voltigieren – die sportliche Vielfalt innerhalb der Gemeinden ist groß, die sportliche Infrastruktur stimmt.

»Sport hat eine unwahrscheinliche integrative Kraft, denn er vereint Menschen unabhängig von Alter, Herkunft und körperlicher oder geistiger Behinderung. Daher freue ich mich sehr, daß die Gemeinde Panketal und die Stadt Bernau bei Berlin ausgewählt worden sind, um Sportlerinnen und Sportler der Special Olympics gemeinsam begrüßen und ihnen unsere Region näher bringen zu dürfen. Damit setzen wir ein wichtiges Zeichen für Integration, Toleranz und Teilhabe und regen im besten Fall auch dazu an, weitere integrative Sportangebote vor Ort zu schaffen, um Berührungängste abzubauen«, so Panketals Bürgermeister Maximilian Wonke.

Mit der Teilnahme am Host-Town-Programm verfolgen die Stadt Bernau und die Gemeinde Panketal das Ziel, mehr Bewußtsein und Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen in ihren jeweiligen Lebenswelten zu schaffen. Schon seit einiger Zeit engagiert sich das Netzwerk Special Olympics Barnim, um Sportvereine für Menschen mit – insbesondere geistigen – Behinderungen zu öffnen. Weitere Informationen unter www.berlin2023.org.

gala ihre gelernten Zirkuskünste präsentieren. Eltern, Großeltern, Geschwister, Freundinnen und Freunde dürfen sich verzaubern lassen.

Die Zirkuswoche kostet zwischen 100 und 150 Euro pro Kind, nach eigenem Ermessen. Fragen und Anmeldungen bitte an wuckizucki@wukania.net senden.

Wuckizucki e.V.

Peter-Singer-Preis 2022

Am 25. Juni wurden im HOLLYWOOD MEDIA HOTEL BERLIN fünf Preisträger für ihre Verdienste im Bereich Investigativjournalismus gegen Tierleid, die mit ihrem persönlichen Einsatz effektiv auf gravierende Mißstände in der Tierhaltung aufmerksam machen, ausgezeichnet. Mit dem Preis werden grundsätzliche strategische Überlegungen und Handlungen gefördert, die geeignet sind, zu einer Minderung des Leidens von Milliarden von Tieren – vor allem von sogenannten Nutz- und Versuchstieren – aktuell und zukünftig beizutragen.

Preisträger 2022 sind Jürgen Foß, Manfred Karremann, Friedrich Mülln, Jan Peifer und Edgar Verheyen. Sie alle

- * decken Mißstände und Verstöße gegen geltendes Recht in der Nutztierhaltung auf, bspw.: erhebliche Tierquälerei, schwere tierschutzrechtliche Verstöße, Hygieneverstöße, Verletzungen behördlicher Aufsichtspflichten
- * Mißbrauch von staatlichen Subventionen
- * üben Druck auf Landwirte aus, Haltungsbedingungen zu verbessern und Recht einzuhalten
- * üben Druck auf Behörden und nachgelagerte Organisationen aus, die Ihre Aufsichtspflichten nicht ausreichend wahrnehmen und Nichtahndung von Verstößen ermöglichen
- * provozieren entscheidende Grundsatzurteile
- * erhöhen die Transparenz, decken politische Seilschaften und potentielle Korruption auf
- * decken Mißbrauch von Fördergeldern und somit Verschwendung von Steuermitteln auf
- * leisten Aufklärungsarbeit für die Gesellschaft und liefern einen wichtigen Beitrag zu verbessertem Bewußtsein und Kaufverhalten von Konsumenten
- * erzeugen über Aufklärungsarbeit indirekt politischen Druck, um die Nachteile und negativen Auswirkungen der Massentierhaltung sichtbar zu machen und Mißstände in den politischen Diskurs der Tierhaltung aufzunehmen
- * gehen persönliche Risiken zum Wohle der Allgemeinheit ein (Verhaftung/Strafverfolgung/Geldstrafen).

ihre Motivation legten die Aktivisten in eigenen Vorträgen dar: *Recherchen in der Tierindustrie - wie notwendig sie sind und wo diese Arbeit an ihre Grenzen stößt* (Jürgen Foß), *Ich will sie alle retten* (Manfred Karremann), *Transparenz als Waffe - Recherche macht den Unterschied* (Friedrich Mülln), *Warum sind Undercover-Recherchen wichtig?* (Jan Peifer) und *Investigativer Journalismus über Tierrechtsverletzungen, eine große Herausforderung!* (Edgar Verheyen).

Bisherige Preisträger sind Prof. Dr. Peter Singer, Ingrid Newkirk, Dr. Melanie Joy, Philip Wollen, Mahi Klosterhalfen, Maneka Gandhi und Richard Ryder. Medial ist vor allem Jan Pfeiffer als Vorstand des deutschen Tierschutzbüros bekannt. Unter seiner Verantwortung wurden mit Undercover-Einsätzen unfaßbares Tierleid sowie landläufig verbreitete behördliche Inkonsequenzen bei der Strafverfolgung ungesetzlicher Tierhaltung aufgedeckt.

7

Seitdem der einstige Einwohnerschwund nach der Deindustrialisierung des Finowtals in einen leichten Anstieg der Einwohnerzahlen, insbesondere durch Zuzug und infolge der verstärkten Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden, überging, gerät nun auch das letzte Zipfelchen unversiegelter Fläche in den Städten und Gemeinden ins Visier der Bauplaner, Wohngebietsentwickler und Grundstücksinvestoren. Denn die potentiellen Bauflächen werden langsam rar, vor allem in der Gemeinde Schorfheide, die schon seit den 1990er Jahren von den innerregionalen Wanderungsbewegungen profitierte, als jeder, der es sich leisten konnte, aus den vormals sehr begehrten Plattenbauwohnungen ins eigene Einfamilien- oder wenigstens Reihenhaus umzog.

So geriet auch die Fläche am Lichterfelder Hauptgraben ins Visier der Bauinvestoren. Die Schorfheider Gemeindevertreter winkten den nötigen Bebauungsplan freudig durch. (vgl. »Bauen in den Auen« in BBP 10/2021)

Doch nun hat STEFFEN HORN, der in der Nachbarschaft zum geplanten Baugebiet wohnt, eine auffällige Heuschrecke mit roten Flügeln auf dem für die Bebauung vorgesehenen Areal gefunden und fotografiert. Nach Internetrecherchen vermutete er, daß es sich um ein Exemplar der Italienischen Schönschrecke handelt.

Das künftige Baugebiet befindet sich zwar mit seinen wesentlichen Teilen in einem Feuchtgebiet, beinhaltet aber auch Flächen, die »vom Boden her sandig und eher staubtrocken,

Derzeit ist auf einigen Streckenabschnitten nur Tempo 40 möglich, was die Attraktivität einschränkt. Die schlechte Anbindung an Anschlußzüge in Eberswalde wirkte sich ebenfalls negativ auf die Nutzbarkeit während des Probebetriebes aus.

Viele Menschen in der Region steigen trotz der Probleme bereits zum Pendeln zur Arbeit auf die Bahn um. Viele Schülerinnen und Schüler nutzen die RB63 inzwischen für den täglichen Schulweg. Es ist daher weder zielführend noch sinnvoll, den Bahnbetrieb zwischen Joachimsthal und Templin/Stadt wieder einzustellen. Das Vertrauen in den SPNV und den ÖPNV würde dadurch erheblich erschüttert werden. Ebenso leidet die Glaubwürdigkeit in Bezug auf die geplanten Maßnahmen zur Umsetzung der Verkehrs- und Energiewende. Allein schon der Umstand, daß die Beendigung des Probebetriebes des RB63 im Raum steht, führt dazu, daß die Angebote des öffentlichen Personen- und Schienennahverkehrs als langfristig nicht verlässlich wahrgenommen werden.

Mit einer Machbarkeitsstudie können die Landesregierung das Potential und die Attraktivität der Strecke genau und die Maßnahmen zur weiteren Verbesserung im SPNV präzise eruieren. Schnelle und aufeinander abgestimmte Verkehrsverbindungen mit guten Anschlußmöglichkeiten von und nach Berlin und

Heuschrecke contra Bebauungsplan

Lichterfelde (bbp). Auf dem Gelände des geplanten Baugebiets »Wohnen am Lichterfelder Hauptgraben« ist eine seltene Heuschreckenart gefunden worden. Ob und inwieweit sich dies auf die geplante Bautätigkeit in dem Feuchtgebiet an der Eberswalder Straße in dem Schorfheider Ortsteil auswirken wird, ist noch unklar.



FOTO: STEFFEN HORN

Calliptamus italicus, die Italienische Schönschrecke, gefunden am Lichterfelder Hauptgraben, gilt in der BRD als »stark gefährdet« (Rote Liste, Kategorie 2).

allerdings tatsächlich mit hohen Gräsern und allerlei anderen Pflanzen bewachsen« sind. Dort hatte der Lichterfelder die Heuschrecke gefunden. Das großartige an dieser Wiese sei, »daß sie seit über 25 Jahren nicht mehr bewirtschaftet wird. Zauneidechse und Blindschleiche (und nun vielleicht auch die italienische Schönschrecke) sind ab und zu bei mir zu Gast.«

Nachdem die untere Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim den Fund nicht anerkennen wollte, wandte sich Steffen Horn an

den NABU-Heuschreckenexperten Dr. ARNE LEHMANN, der ihm zurückschrieb: »Sie haben gut recherchiert, Sie haben ein Weibchen der Italienischen Schönschrecke (*Calliptamus italicus*) fotografiert. Vielen Dank für das Teilen dieses Fundes... aus Ihrem Ort (Schorfheide) und näherer Umgebung hatten wir noch keine Meldung. Schön auch, daß sich das Gebiet als Rückzugsgebiet für Zauneidechse und Blindschleiche eignet.«

Wie dem Onlinelexikon Wikipedia zu entnehmen ist, gehört die Italienische Schönschrecke in der BRD zu den stark gefährdeten Arten (Kategorie 2 der Roten Liste). Die Art ist in Europa und Asien verbreitet und kommt von Portugal über Süd-, Mittel- und Osteuropa bis nach Sibirien vor. Als nördliche Verbreitungsgrenze in Europa wird die Höhe Paris über Süd- und Ostdeutschland (Brandenburg) nach Polen angegeben. Früher trat die wärmeliebende Art in günstigen Jahren, zuletzt 1931 und 1951, in Deutschland so zahlreich auf, daß Bekämpfungsmaßnahmen erwogen wurden. Heute ist die in Lichterfelde gefundene Heuschreckenart in Mitteleuropa vom Aussterben bedroht.

Der Schorfheider Gemeindevertreter Dr. ANDREAS STEINER meint: »Damit muß sich nun die Untere Naturschutzbehörde beschäftigen.«

Antrag der Fraktion BVB/Freie Wähler im Landtag:

Probetrieb des RB 63 fortsetzen

In den Kommunen entlang des Streckenverlaufs der Regionalbahn 63 besteht breiter Konsens, die Bahnlinie in den Landesnahverkehrsplan 2023-2027 ab 2024 aufzunehmen. Zudem soll das Land die Strecke spürbar ertüchtigen.

an den regionalen ÖPNV mit kurzen Umsteigezeiten werden die Attraktivität des Angebotes erhöhen.

Das Land muß zudem Haltepunkte in einen modernen, barrierefreien Zustand ausbauen, damit bewegungseingeschränkte Menschen diese ohne Einschränkungen nutzen können. Besonders diese Menschen sind meist auf SPNV und ÖPNV angewiesen.

Fahrgastzahlen sind in Corona-Zeiten und ohne Behebung der Probleme nicht aussagekräftig

Die bisher vorgelegten Fahrgastzahlen auf dieser Strecke sind Ausdruck einer falschen Schwerpunktsetzung. Die Fahrgastzählung, die jetzt zu einer Beendigung des Probebetriebes führen sollen, hatte den Fokus eher auf der touristischen Nutzung.

Vielmehr sollten die Anbindung des ländlichen Raumes, Berufspendlerinnen und -pendler, Schülerinnen und Schüler stärker in den Fokus genommen werden. Coronabedingt waren die Fahrgastzahlen sehr niedrig. Sie entsprechen aber nicht mehr der Lebenswirklichkeit, denn mit den allgemeinen Lockerungen

nach Corona verändern sich die Fahrgastzahlen wieder. Das Land könnte mit der Behebung von Schwächen der Strecke, der Bahnhöfe und Anschlüsse die Fahrgastzahl zudem weiter erhöhen.

Der Landtag stellte erst vor kurzem im Entschließungsantrag zur Volksinitiative »Verkehrswende Brandenburg jetzt!« (Drucksache 7/3452) fest, daß Brandenburg den eingeschlagenen Weg hin zu einer bedarfsgerechten, klimaverträglichen, sicheren und sozial gerechten Mobilität konsequent weiterverfolgen soll. Er steht zu dem Ziel, daß Brandenburg spätestens im Jahr 2050 klimaneutral wirtschaften und leben soll. Dazu beschloß der Landtag, die Förderung des ÖPNV und des Rad- und Fußverkehrs sowie die Zielstellung der Steigerung des Anteils des Umweltverbundes am Verkehr auf 60 Prozent bis 2030 zu erhöhen. Dies kann Brandenburg nur erreichen, wenn es Strecken wie Joachimsthal-Templin stärkt statt sie nach kurzer Zeit wieder einzustellen.

Fraktion BVB / FREIE WÄHLER
im Landtag Brandenburg

»Es ist keine einfache Zeit«

Bündnisgrüner Kreisvorstand in Klausur

»Es ist keine einfache Zeit, in der wir dieses Amt übernommen haben, bei allem, was uns die Klimakrise und die geopolitische Lage an Herausforderungen mitgeben. Aber ich bin mir sicher, daß wir gut gewappnet sind und das richtige Team an unserer Seite haben, um unserem Anspruch und dem unserer Mitglieder gerecht zu werden. Ich freue mich auf die kommenden zwei Jahre.« So äußert sich STEFFI BERNSEE, die neu gewählte Sprecherin des Kreisverbandes Barnim von Bündnis 90/Die Grünen nach der eintägigen Klausur des neuen Vorstands Mitte Juni im Werneuchener Ortsteil Weesow.

Der Vorstand fand sich zusammen, um sich über die Bildung von Strukturen zu verständigen, die die hervorragende Arbeit des letzten Vorstandes festigen und weiterentwickeln können. Das fiel insofern nicht schwer, weil die ehemaligen Sprecher SARAH POLZER-STOREK und MICHAEL-EGIDIUS LUTHARDT als Beisitzer weiterhin dem Vorstand angehören werden. Auch bei der Verwaltung der Kreisverbandsfinanzen gibt es Kontinuität. REGINA SATZER wird als Schatzmeisterin den von ihr seit vielen Jahren verlässlich ausgeübten Posten auch weiter betreiben.

Verstärkt wird der neue Vorstand durch MAX-ALEXANDER LANG als Beisitzer und SEBASTIAN GELLERT als neuem Co-Sprecher. Auch die beiden ehemaligen Beisitzer JULIAN REI-

MANN und INGO BÖING werden sich weiter verantwortlich im Kreisverband engagieren. Julian Reimann ist bereits als Co-Sprecher für den Regionalverband Oberbarnim gewählt, Ingo Böing tritt demnächst im Mittelbarnim zur Wahl an.

Dies war auch einer der entscheidenden Punkte bei der Klausur – die intensivere Einbindung der Regionalvorstände in die Arbeit des Kreisvorstands. Das wird die Aufgaben nicht nur auf breitere Schultern verteilen, sondern die Ansprechbarkeit für die Mitglieder und die Nähe zu den aktuellen Problemen und Aufgaben vor Ort erhöhen. Hierzu waren die Sprecherinnen und Sprecher der Regionalverbände Ober- und Niederbarnim, LYDIA VOGLER, KATHARINA SCHREYER und JULIAN REIMANN anwesend.

»Hauptaufgabe wird es sicherlich sein, in den nächsten zwei Jahren die Kommunal- und Landtagswahlen 2024 in unserem Landkreis vorzubereiten. Wir haben nicht nur die programmatischen Antworten auf die Krisen unserer Zeit, wir haben auch die Menschen, die diese Arbeit stemmen können. Ziel muß es sein, sie zur Bewerbung um ein Mandat zu motivieren und Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen. Bündnis 90/Die Grünen können nicht nur, sondern wollen auch Verantwortung übernehmen«, sagt Sebastian Gellert, neuer Co-Sprecher des Kreisverbands.



Der neue Vorstand von Bündnis 90/Die Grünen Barnim (v.l.n.r.): Michael Luthardt, Regina Satzer, Steffi Bernsee, Sebastian Gellert, Max-Alexander Lang, Sarah Polzer-Storek.

Letzteres zeigte sich nicht zuletzt bei der Verteilung von Aufgaben im Kreisverband. Als politische Sprecherinnen für Soziales, Familie und Inklusion werden STEFFI BERNSEE, für Wirtschaft und Demokratie SARAH POLZER-STOREK, für Verkehr und Mobilität KATHARINA SCHREYER, für Jugend- und Flüchtlingspolitik LYDIA VOGLER, für Bildung, Forschung und Kultur BARBARA HANDRASCHEK, Sprecher für digitale Transformation MAX-ALEXANDER LANG, für Energie und Klimaschutz JULIAN REIMANN, für Forst- und Landwirtschaft MICHAEL-EGIDIUS LUTHARDT und für Recht, Bauen und Handwerk SEBASTIAN GELLERT den Kreisverband vertreten.

STEFFI BERNSEE & SEBASTIAN GELLERT

Neues aus Wukania:

Bauen, Anpacken und Geschenke

Einladung zur Sissi Bauwoche 18 - 22. Juli

Liebe Sissi-Fans und solche, die es noch werden wollen, die nichtkommerzielle Sissi* stellt Gruppen und Projekten von Frühling bis Herbst ihre Sommer-Seminarinfrastruktur zur Verfügung, um Workshops, Hausprojektauszeiten, Seminare, nächtelange Tanztage, Zirkuscamps und anderes durchzuführen.

Mit Sommerküche, Solardusche und Kompostklo, Tanzsaal und Seminarräumen, Zeltwiese und Pizzaofen ein schöner Ort für alle, die gern draußen sind und sich mit anderen Menschen für ein paar Tage treffen wollen, um zusammen zu lernen, zu plenieren oder zu planen, zu werkeln oder was Gruppen sonst so tun.

Die Sissi ist Teil des Wukania-Projekthofs in Biesenthal und liegt direkt am Wukensee, der im Sommer ein erfrischendes Vergnügen bietet. Um die Infrastruktur auch im Winter benutzen zu können, bauen wir die Kissi** so, daß sie auch beheizt werden kann. Daran wollen wir in der Woche vom 18. Juli bis zum 22. Juli weiter arbeiten. Wir laden Euch herzlichst ein, mit uns zusammen einige Wände zu streichen, andere Wände einzureißen, Elektrik zu verlegen, den Lehmputz fertig zu stellen und was sonst noch so zu tun ist.

Mit Vergnügen, Pausen, wann uns danach ist, bei nettem Austausch vorm Spülbecken und am Lagerfeuer, am See oder im Wasser, mit

Spiel, Spaß und Musik bringen wir die Sissi wieder in Schuß und tragen vielleicht das eine oder andere zur Verschönerung bei.

Eine weitere Sissi Bauwoche soll vom 17.-23.10. stattfinden. Außerdem wird zu »Anpackwochenenden« eingeladen (30.9.-3.10. und 7.-9.10.). Es gibt viele einfache Tätigkeiten wie Sachen von A nach B bewegen, die mit ein paar mehr Leuten einfach mehr Spaß machen. Wir freuen uns sehr, wenn ihr, auch nur für einen Tag, vorbeikommt und mitmacht. Ein WUKANIA-Rundgang für alle, die zum ersten Mal herkommen, und Abende mit Spielen, am Feuer oder in der Sauna gehören ebenso zu den Tagen wie entspannte Pausen. Der Wukensee lädt zum Ab-Baden oder zum Spaziergehen ein. Wenn ihr bei uns übernachten wollt, bitte meldet euch an: holz@gegenseitig.de. Ihr müßt nix mitbringen, aber wer eigene Arbeitsklamotten und -handschuhe hat, bringe die gerne mit.

WUKANIA e.V.

* SISSI (Sommer-Infra-Struktur-Super-Initiative) über SISSI: »Wir, die bestehende Initiativgruppe mit derzeit 9 Personen denken, organisieren, planen und koordinieren die Aktivitäten rund um die SISSI. Wir verstehen die SISSI als nichtkommerzielles Experiment, mit dem wir versuchen wollen nicht-kapitalistische Prinzipien in unseren Verhältnissen zueinander zu entwickeln. Hieraus ergeben sich Fragestellungen, wie es ist, wenn es nicht um Wertschätzung durch Äquivalententausch und Geld geht, sondern ein freiwilliges Beitragen und Schenken (auch in Form von materiellen oder finanziellen Spenden) zur gegenseitigen Bereicherung beiträgt und in Beziehung zueinander gesetzt wird. Dieser Wunsch richtet sich nicht nur an Menschen, die die SISSI tatsächlich nutzen wollen, sondern auch an Menschen, die die Idee großartig und unterstützenswert finden. Die Nutzung der SISSI ist also nicht direkt an bestimmte Geldbeiträge gekoppelt, es braucht aber einen breiteren Unterstützungskreis, um das weitere Bestehen und Wachsen gewährleisten zu können.«

** KISSI (Kälte-Infra-Struktur-Super-Initiative): »Geplant ist ein großer beheizbarer Seminarraum mit Küche, so daß sich dort Gruppen bis zu 16 Personen treffen können. Im Saal fallen auch Brandschutzarbeiten an und wir bauen neben dem Saal sieben Toiletten und zwei Duschen ein, die beheizbar und im Winter nutzbar sind. Eine rollstuhlgerechte Toilette und eine Rampe zum Seminarraum machen die Winterinfrastruktur barrierearm.« Spendenkonto.: Rückenwind e.V., Berliner Volksbank, IBAN: DE85 1009 0000 7037 8270 07, BIC: BEVODEBB, Betreff: Sissi

Ganzheitliche Ernährung (18)

Das Thema *Fasten* begleitet die Menschheit schon immer. Unter *Fasten* versteht man den völligen Verzicht auf Nahrung, wie z.B. bei der Nulldiät oder auch nur den Verzicht bestimmter Speisen, Getränke und/oder Genußmittel über einen bestimmten Zeitraum hinweg, meist nicht länger als 14 Tage. Die meiste Zeit fasteten die Menschen eher unfreiwillig. Fasten war das Ergebnis von Mißernten und oder Jagdpech. In der griechischen Antike war Fasten Ausdruck der Mäßigung. Auch die Religionen entdeckten das Fasten für sich, so wird heute noch in den christlichen Kirchen das Fasten zwischen Karneval und Ostern praktiziert.

In unserer heutigen Zeit dient Fasten eher als *Entlastung* für den Körper. Bei Krankheiten wird heutzutage *Heilfasten* empfohlen. Heilfasten soll entweder Krankheiten vorbeugen oder den erkrankten Körper in seinen Selbstheilungskräften unterstützen. Als Methode zum Abnehmen ist Fasten nicht zu empfehlen. Fasten ist nicht als eine Form der Ernährung anzusehen und sollte nur wenige Tage bis wenige Wochen angewendet werden.

Fasten ist nicht für alle Menschen geeignet. So sollten Schwangere, Kinder, Jugendliche, Menschen mit Eßstörungen oder anderen Suchtproblemen nur dann fasten, wenn dies medizinisch absolut notwendig ist und auch medizinisch begleitet wird.

Das sogenannte *Null-Fasten*, also der Verzicht jeglicher Nahrung und Getränke wird heute vor allem vor *Blutuntersuchungen* und vor geplanten *operativen Eingriffen* praktiziert.

Das sogenannte *Buchinger Heilfasten* beginnt mit zwei *Entlastungstagen*, an denen Gemüse, Obst und Reis verzehrt wird. Danach findet eine *Darmentleerung* mittels Bittersalz oder Einläufen statt. Es schließen sich fünf Fastentage an, hier sind maximal 500 Kilokalorien erlaubt. Dies wird sichergestellt, indem nur Tee, Wasser, Gemüsebrühe und Fruchtsaft konsumiert werden darf. Anschließend sind zwei sogenannte *Aufbautage*, ehe man wieder zur festen Kost zurückkehrt. Eine mehrwöchige Kur kann den Blutdruck senken und Rheumaschmerzen lindern. Allerdings ist diese Form des Fastens aufgrund der Darmreinigung und des Energieentzuges kaum alltagstauglich.

Beim klassischen *Fasten nach F. X. Mayr* werden vor allem altbackene, trockene Brötchen ausgiebig gekaut und mit Milch hinuntergespült. Ziel dieser Kur ist die Entlastung des Darms. Auch hier findet eine *Darmentleerung* statt, diese ist jedoch auch für einen gesunden Körper äußerst belastend.

Bei der *Schroth-Kur* wechseln sich Trinktage und Trockentage ab. An den Trockentagen wird Flüssigkeit ausschließlich über die Nahrung aufgenommen. An den Trockentagen besteht somit die Gefahr der Dehydrierung.

Im nächsten Teil erfahren Sie mehr zum Thema Intervallfasten (Seite 11).

FALK HINNEBERG

Fragen an: willkommen@hinneberg.info

GEZ-Gebühren – Stopp!

Kein Geld mehr für Gleichschaltung und Staatspropaganda!

Seit Jahrzehnten verstoßen die öffentlich rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten gegen die Vereinbarungen laut Rundfunk-Staatsvertrag. Das ist Rechtsbruch. In Medienforschungsinstituten wie z.B. im Leipziger, ist dieses Problem längst bekannt. Es gab immer wieder Versuche von Bürgern, gegen dieses Unrecht gerichtlich vorzugehen. Leider vergeblich, weil auch Mitarbeiter im Justizapparat offenbar nicht unparteiisch entscheiden. Bleibt die Frage: Was kann man als Mensch im besten Deutschland aller Zeiten gegen Unrecht im gerechtesten Rechtsstaat aller Zeiten tun? Etwa schweigen? Maske tragen und Klappe halten? Bücklingsbürger for ever?

Es gibt seit kurzem eine Bürgerinitiative »leuchtturmard.de«, die sich das Ziel gesetzt hat, bis zum 3. Oktober 2022 die Verantwortlichen sämtlicher Landesrundfunkanstalten zu ermuntern, sie aufzurütteln, sich endlich zu besinnen, ihren Pflichten nachzukommen: uns, die Bevölkerung, ausgewogen, unparteiisch und ehrlich zu informieren. Die öffentlich rechtlichen Medien haben einen unglaublich großen Einfluß auf die Meinungsbildung. So wird z.B. das Wahlverhalten der Bürger gesteuert. Was dabei herauskommt, erleben wir gerade. Aber wir bezahlen dafür, daß die Medien

unabhängig berichten und nicht einseitig, dogmatisch und regierungsfreundlich!

Ich habe einen fundierten Beschwerdebrief, sowie einen Rundfunkgebührenbefreiungsantrag geschrieben, begründet mit Quellenangaben. Auf der Internetseite von »leuchtturmard.de« werden Musterschreiben zum Herunterladen angeboten wie z.B. dieser Beschwerdebrief oder ein Widerspruch gegen Mahnscheide. Die einzige Lösung: Druck ausüben!

Wenn es viele tun, wenn alle Unzufriedenen ab sofort die Zahlung verweigern, den Lastschrifteinzug kündigen und die Pflichtbeiträge einfrieren, vorerst bis zum 3.10.22, dann tut das richtig weh. Die anfallenden Mahngebühren, 8 Euro im Quartal, werden überwiesen und gegen Mahnungen wird schriftlich widersprochen. Ja, es ist ein kleiner Kampf und wer kämpft, kann verlieren. Aber wer nicht kämpft, hat bereits verloren. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, null Problemo, nur zu, keine Angst vor großen Tieren. Wir sind doch freie Menschen. Errungenschaften waren nie Geschenke. Also ran Leute! Laßt uns zivil ungehorsam sein und unsere demokratischen Rechte wahrnehmen. Die »Barnimer Bürgerpost« ist ein gutes Beispiel für Unabhängigkeit.

ECKHARD LAURICH

Pflegeberufe:

Arbeit mit Herz für die Menschen

Sie gilt als die Pionierin der modernen Pflege und verschrieb ihr Leben ganz der Pflege von Senioren und Kranken: Die britische Krankenschwester FLORENCE NIGHTINGALE wäre am 12. Mai stolze 202 Jahre alt geworden. Ihr zu Ehren findet jährlich der »Tag der Pflege« statt. Dieses besondere Datum hat die Allohheim Senioren-Residenz »Haus am Werbellinsee« in Altenhof dazu genutzt, um auf die Bedeutung der Pflege und Pflegeberufe aufmerksam zu machen.

Ein Job in der Pflegebranche ist etwas ganz Besonderes, langweilig oder eintönig wird es bei uns definitiv nicht. Wer bei uns eine Ausbildung oder eine Arbeitsstelle beginnt, darf sich auf eine vielfältige und abwechslungsreiche Tätigkeit freuen. Unser Credo lautet »Wir dienen Ihrer Lebensqualität« und dieses Motto leben wir. Das bedeutet sowohl, daß wir uns mit Herzblut um die uns anvertrauten Senioren kümmern, aber auch, daß uns unsere Mitarbeiter und ihre ganz persönliche Lebenssituation am Herzen liegen. So fördert die Einrichtung beispielsweise Quereinsteiger oder Eltern, die nach längerer Babypause ihren Wiedereinstieg planen. Aber auch Schulabgänger finden in einer Senioren-Residenz mit Sicherheit die für sie passende Ausbildung. Sei es in der klassischen Pflege, in der Verwaltung oder im haus-eigenen Küchenteam. Eine Tätigkeit in der Pflegebranche ist für alle geeignet, die Freude am Umgang mit Menschen haben. Es ist eine Arbeit, für die neben fachlicher Kompetenz viel Einfühlungsvermögen und Verantwortungsgefühl nötig ist!

Dieser Grundsatz der modernen Pflege hat sich erst im 19. Jahrhundert entwickelt. Maßgeblich dafür verantwortlich ist auch die britische Krankenschwester Florence Nightingale. Sie war die Erste, die erkannte, daß es in der Pflege nicht nur um die reine medizinische Versorgung und Erfüllung der Grundbedürfnisse der Senioren und Kranken geht. Vielmehr ist Pflege eine Kunst, die Sorgfalt und Hingabe erfordert. Es ist mehr als nur ein Job, es ist Arbeit mit Herz zum Wohle der Menschen!

Die Bedeutung der Pflegeberufe hat sich auch während der Coronapandemie deutlich gezeigt. Die vergangenen Jahre waren für uns alle eine Herausforderung. Ein nettes Gespräch, eine liebe Geste, ein gemeinsamer Kaffee oder auch einfach nur ein offenes Ohr. Das alles ist für Menschen, die keine Angehörigen mehr haben oder deren Verwandte während der Pandemie nicht zu Besuch kommen konnten, unglaublich wichtig und wertvoll. Wir brauchen noch mehr Herzensmenschen in diesem wundervollen Beruf!

ANGELA MATTHES

»Nicht in meinem Namen!«

Bundesverwaltungsgericht kassiert ein menschenfreundliches Urteil

Ein 1998 in Afghanistan geborener Flüchtling, dessen Antrag auf die Gewährung von Asyl vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) abgelehnt worden war, hatte gegen die drohende Abschiebung beim Verwaltungsgericht Sigmaringen geklagt, war dort 2019 gescheitert, hatte im Berufungsverfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim allerdings Erfolg, denn die Richter hatten erkannt, daß eine Abschiebung des Klägers nach Afghanistan mit der Europäischen Menschenrechtskonvention, die die Bundesrepublik unterzeichnet hat, nicht vereinbar ist.

»Aufgrund der gravierenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen infolge der COVID-19 Pandemie sei es auch leistungsfähigen, alleinstehenden erwachsenen Rückkehrern aus dem westlichen Ausland regelmäßig nur bei Vorliegen besonders begünstigender Umstände möglich, in Afghanistan auf legale Wege ihre elementarsten Bedürfnisse nach Nahrung, Unterkunft und Hygiene zu befriedigen. Die freiwilligen Rückkehrern gewährten finanziellen Hilfen hätten für die Frage der Existenzsicherung bei fehlenden Netzwerken keine nachhaltige Bedeutung, da sie bestenfalls eine anfängliche Unterstützung und vorübergehende Bedarfsdeckung ermöglichten.«

(Pressemitteilung des BVerwG, 21.4.2022)

Genau diese Begründung sprach sich nun der 1. Senat des Bundesverwaltungsgerichts aus, hob das Berufungsurteil auf und überwies es zur »anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an den Verwaltungsgerichtshof«. Der vom VGH Mannheim »für die Gefahrenprognose zugrunde gelegte Maßstab, nach dem auch unter Berücksichtigung von Rückkehrhilfen eine 'nachhaltige' und nicht nur vorübergehende Existenzsicherung erforderlich ist, steht mit Art. 3 EMRK und mit dem Erfordernis einer 'schnell' oder 'alsbald' nach der Rückkehr

eintretenden Gefahr nicht im Einklang. Die Gefahr eines Art. 3 EMRK-widrigen Zustands ist nicht schon dann gegeben, wenn zu einem beliebigen Zeitpunkt nach der Rückkehr in das Heimatland eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung droht. Sie muß vielmehr in dem Sinne konkret sein, daß die drohende menschenrechtswidrige Beeinträchtigung in einem derart engen zeitlichen Zusammenhang zu der Rückkehr eintritt, daß bei wertender Betrachtung noch eine Zurechnung zu dieser – in Abgrenzung zu späteren Entwicklungen im Zielstaat oder Verhaltensweisen des Ausländers – gerechtfertigt ist. Kann der Rückkehrer Hilfeleistungen in Anspruch nehmen, die eine Verelendung innerhalb eines absehbaren Zeitraums ausschließen, so kann Abschiebungsschutz ausnahmsweise nur dann gewährt werden, wenn bereits zum maßgeblichen Beurteilungszeitpunkt davon auszugehen ist, daß dem Ausländer nach dem Verbrauch der Rückkehrhilfen in einem engen zeitlichen Zusammenhang eine Verelendung mit hoher Wahrscheinlichkeit droht.« (PM BVerwG)

Wie man diesen Nachweis rechtssicher führen kann, ist ungeklärt. Mit Blick auf die aktuelle Entwicklung in Afghanistan fragt man sich, was diese Entscheidung soll. Sie ist aber mit Blick auf die Schutzsuchenden, die in Balkanländer abgeschoben werden sollen, von sehr großer Bedeutung, denn demnach wären Abschiebungen rechtens, auch wenn der Lebensunterhalt und die Sicherheit vor unmenschlicher Behandlung nicht dauerhaft gesichert sind. Wir sollten nicht vergessen, daß die Rechtsprechung auch des BVerwG im Namen des Volkes, also auch in unserem Namen erfolgt. Ich distanziere mich von einer solchen Art von Rechtsprechung.

Nein, das geschieht nicht in meinem Namen!

HARTMUT LINDNER

Eine neue Kinderärztin für Eberswalde

Eberswalde (prest-ew/bbp). Am 15. Juni übergab Bürgermeister GÖTZ HERRMANN (links) einen Fördermittelbescheid an RAHAB MOHAMMED (2.v.l.), eine in Berlin praktizierende Kinderärztin, die im Juli eine Praxis im neu entstehenden Quartier der Johanniter in Eberswalde eröffnet.



Foto: Schmidt Eberswalde/EB

Die Stadtverordneten hatten beschlossen, jährlich jeweils zwei Mal 25.000 Euro für die Ansiedlung von Arztpraxen zur Verfügung zu stellen.

»Wir als Verwaltung sehen unsere Aufgabe auch darin, Rahmenbedingungen für ein lebenswertes Eberswalde zu schaffen. Dazu gehört auf jeden Fall auch eine gute ärztliche Versorgung, gerade der Kinder. Für Eberswalde ist es ein richtig tolles Zeichen, daß sich Frau Mohamed für unsere Stadt entschieden hat und sich so die pädiatrische Situation deutlich verbessert«, so Bürgermeister Götz Herrmann.

Bereits Anfang Juni erhielt auch Frau Dr. ANNA-FRIEDERIKE GROß, die in Finow seit dem 1. April eine Praxis für Unfallchirurgie und Orthopädie betreibt, einen entsprechenden Fördermittelbescheid überreicht.

Ganzheitliche Ernährung (19)

In den letzten Jahren wurde das sogenannte Intervallfasten populär. Die bekannteste Form ist die 16:8-Methode. Dies bedeutet, daß innerhalb von 24 Stunden 16 Stunden lang gefastet wird und nur innerhalb von 8 Stunden etwas gegessen werden darf. Häufig wird auf eine Mahlzeit verzichtet. Vielen Menschen fällt es leichter, auf das Frühstück zu verzichten als auf das Abendessen. Wer also abends um 18 Uhr das letzte Mal etwas isst, darf dann 16 Stunden lang nichts mehr essen. Da wir meistens sieben bis acht Stunden schlafen, haben wir die Hälfte der Fastenzeit schon hinter uns. Dadurch leidet der Körper kaum unter Hungerstreß. In dem Beispiel darf man also von 10 bis 18 Uhr etwas essen. Wenn wir dann innerhalb dieser acht Stunden alles Mögliche konsumieren, haben wir keinerlei gesundheitlichen Nutzen, wir sollten also auch innerhalb dieser acht Stunden gut bedenken, was und wieviel wir essen.

Ziel des Intervallfastens ist die sogenannte Autophagie. Der Verzicht auf Nahrung versetzt unsere Körperzellen in ein Lebensverlängerungsprogramm. Dies bedeutet, daß sich unsere Körperzellen langsamer teilen und somit unsere Zellen weniger schnell altern. Weiterhin wird unser Körper in die Lage versetzt, alte und/oder defekte Proteine abzubauen. Defekte Zellteile werden ebenfalls abgebaut. Diesen eben beschriebenen Vorgang nennt man Autophagie. Dies unterstützt unseren Körper, an weitere Energiereserven zu kommen. Schäden am Erbgut ergeben sich durch fehlende Bewegung, negative Umwelteinflüsse und eine ungesunde Ernährung. Werden diese Schäden behoben, dann werden unsere Zellen wieder fit gemacht, so daß der Körper nach dem Fasten gesünder ist als vorher.

Bei einer längeren Nahrungskarenz wird die Autophagie angeschoben. Auch im »Normalbetrieb« betreibt unser Körper Autophagie, aber jedesmal, wenn Insulin ausgeschüttet wird, wird die Autophagie gebremst. Insulin ist an der Regulation des Kohlenhydrat-Stoffwechsels beteiligt. Wenn der Blutzuckerspiegel ansteigt, schüttet der Körper Insulin aus. Insulin regt die Körperzellen dazu an, Glucose (also Zucker) aus dem Blut aufzunehmen, um daraus Energie zu gewinnen. Wenn wir also zu oft und zu viel essen, kommt unser Körper kaum in den angestrebten Zustand der Autophagie.

Die Wissenschaft glaubt, daß Krankheiten wie Krebs oder Alzheimer zumindest zum Teil auf eine nicht mehr richtig funktionierende Autophagie zurückzuführen sind. Durch die Kalorienrestriktion des Intervallfastens wird die Wachstumstendenz von Zellen gebremst, auch das Wachstum von Krebszellen.

Mit Hilfe des Intervallfastens kann das Körpergewicht reguliert werden. Der sogenannte Jo-Jo-Effekt, also das Ansteigen des Körpergewichts über das ursprüngliche Gewicht hinaus, kann dadurch vermieden werden.

FALK HINNEBERG
(www.hinneberg.info)

Das Gericht hat die Klage abgewiesen und auch nicht einen der Beweisanträge, die unser Anwalt gestellt hatte für den Fall, daß die Klage abgewiesen würde, befürwortet. Dieses Urteil ist aus unserer Sicht ein glattes Fehlurteil, das weder juristisch noch fachlich gerechtfertigt ist.

Es ist eine skandalöse Fehlentscheidung mit schweren Folgen für unsere Region, nicht nur für die Vogelwelt, sondern für den Natur- und Landschaftsschutz, für die unmittelbaren Trassenanwohner und auch für die ökonomische Entwicklung der Region. Der naturnahe Tourismus wird die Orte, die in Sichtweite der Trasse liegen, meiden, die Immobilien in Trassennähe werden einen erheblichen Wertverlust erleiden und der Imageschaden für Anbieter und Verarbeiter von Lebensmitteln in der Region ist nicht abzuschätzen. Die Bürgerinitiative hat schon von Anfang an auf diese Risiken hingewiesen.

Das Urteil wird für die Vogelwelt im Biosphärenreservat und im Randow-Welse-Bruch verheerende Folgen haben. Beim Herbst- und Frühjahrzug wird man das, wenn die Leitung steht, sehen können. Denn die Freileitung durchschneidet den Nordosten Brandenburgs, das Gebiet mit dem hochwertigsten Vogelaufliegen in Deutschland.

Hier leben auch viele gefährdete Arten, deren Lebensbedingungen durch die 380kV-Freileitung erheblich beeinträchtigt werden.

Es ist nicht nachvollziehbar, wie der 4. Senat dazu kommt, festzustellen, daß eine erhebliche Beeinträchtigung der geschützten Arten im Gebiet des Landiner Haussees und des Felchowsees, zwischen denen die Freileitung verläuft, ausgeschlossen ist. In den verschiedenen Schriftsätzen und in der mündlichen Verhandlung haben unsere Experten, ausgewiesene und anerkannte Ornithologen, dargelegt, weshalb eine erhebliche Gefährdung der geschützten Vogelarten nicht auszuschließen ist, wie der gesetzliche Auftrag lautet. Mit dem Urteil werden diese Argumente vom Tisch gewischt.

Die neue Uckermarkleitung nimmt weiter Gestalt an. In Eberswalde beginnt 50Hertz am 11. Juli 2022 die Bestandsleitung zurückzubauen und Gründungsarbeiten für die neue Höchstspannungsleitung vorzunehmen. Zunächst erfolgt die Demontage von 16 Masten der 220-kV-Bestandsleitung. Im späteren Verlauf werden auf der gleichen Trassenachse neue Masten gebaut und eine neue Freileitung errichtet.

Der Bereich der Bauarbeiten erstreckt sich vom Technologie- und Gewerbepark im Norden über den Finowkanal und kreuzt dort die Angermünder Straße. Über Coppstraße, Wolfswinkel und Eberswalder Straße erreicht die Freileitung dann das Brandenburgische Viertel. Auf diesem Weg wird auch die Garagenanlage an der Eberswalder Straße gequert. Dort fanden schon im Vorfeld Gründungsar-

380kV-Freileitung Bertikow – Neuenhagen (»Uckermarkleitung«):

Skandalöse Fehlentscheidung

Bundesverwaltungsgericht Leipzig verkündete sein Urteil

Am 21. Juni 2022 ist über die Klage des NABU-Brandenburg gegen den Beschluß des Landesbergamts im Planergänzungsverfahren für die von 50 Hertz geplante Leitung mündlich verhandelt worden. Am 5. Juli wurde das Urteil des 4. Senats des Bundesverwaltungsgerichts verkündet.

Auch die Ausführungen zum zweiten Schwerpunkt in der mündlichen Urteilsbegründung sind nicht akzeptabel, denn hier bezieht das Gericht, ohne auf die Details der Problematik einzugehen, einen komfortablen rechtspositivistischen Standpunkt, indem es – ungeachtet der Tatsache, daß in Europa seit gut zehn Jahren 1000 km Erdkabel im Hoch- und Höchstspannungsbereich in Betrieb sind – feststellt, daß der Einsatz von Erdkabeln im Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) nur in den dort genannten Pilotprojekten vorgesehen sei.

Daß die Verfassungskonformität des EnLAG »zweifelhaft« ist (so das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags) und das EnLAG durch die Begrenzung des Einsatzes von Erdkabeln auf die Pilotprojekte im Falle von Abweichungsprüfungen in europäischen Schutzgebieten möglicherweise mit EU-Recht kollidiert, diese Hinweise werden vom Gericht ignoriert bzw. nicht für relevant erachtet. Eine Vorlage der Klage beim EuGH hat der 4. Senat abgelehnt.

Als Konsequenz der Abweisung der Klage ergibt sich auch die Kostenentscheidung, die allein zu Lasten des Klägers geht.

Juristisch ist also das letzte Wort gesprochen, ein böses Wort, das das Vertrauen in den Rechtsstaat untergräbt, gerade weil es nicht nachvollziehbar ist, vor allem weil es im Vorfeld der mündlichen Verhandlung eine Reihe von Entscheidungen gab, die zu unseren Gunsten ausgefallen sind. Immerhin hat das Gericht einen teilweisen Baustopp für 2/3 der Trasse verfügt und uns im Eilverfahren Rechtsschutz gewährt. Nachvollziehbar ist allerdings, daß 50 Hertz durch seine Baumaßnahmen »auf

eigenes Risiko« (Beschluß des BVerwG) Fakten geschaffen hat, die das Gericht offenkundig nicht unbeeindruckt gelassen haben.

Es gibt keine Möglichkeit, dieses Urteil durch eine andere Instanz überprüfen zu lassen. Das BVerwG ist hier – eine Konsequenz des EnLAG – erste und letzte Instanz. Ich sehe auch keine Möglichkeit, daß wir den Konflikt vor das Bundesverfassungsgericht tragen. Der Rechtsweg ist erschöpft und es ist bitter, festzustellen, daß man nicht Recht bekommen hat.

Wir werden die schriftliche Urteilsbegründung abwarten und dann noch einmal ausführlich diese »Rechtsfindung« würdigen.

So bitter das Urteil ist, das heute gesprochen wurde, so bitter es ist, festzustellen, daß die Bürgerinitiative ihr Ziel, den Schutz von Mensch und Natur im Einzugsbereich der Trasse, nicht erreicht hat, so ziehe ich dennoch für die Bürgerinitiative eine positive Bilanz.

Wir haben, getragen vom Engagement der Bürger, den Vorhabenträger und die Genehmigungsbehörde gezwungen, ihre Planungen wiederholt zu überarbeiten und damit das Verfahren entschleunigt. Wir haben zwei gerichtliche Baustopps erfochten und den Vorhabenträger zu einer Fülle von Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen veranlaßt.

Abschließend möchte ich noch erwähnen, daß wir durch das in diesem Konflikt erfochtene Urteil aus dem Jahr 2016 den Artenschutz erheblich und nachhaltig prägen und verbessern konnten, denn die Pflicht einer artbezogenen Prüfung, die heute gang und gäbe ist, haben wir damals durchgesetzt.

HARTMUT LINDNER, Biosphäre unter Strom - keine Freileitung durchs Reservat!

Pressemitteilung von 50Hertz zur »Uckermarkleitung«:

Baustart in Eberswalde erfolgt

beiten für einen Mast statt. Hier tritt die neue Leitung nach Osten aus der Achse der Bestandsleitung heraus. Damit wird der Abstand zum Kopernikusring vergrößert.

Während der Bauarbeiten kann es kurzzeitig zu Beeinträchtigungen des Straßenverkehrs kommen, da die Leiterseile, die Straßen überspannen, herabgelassen werden müssen. Dazu werden entweder vorher Schutzgerüste errichtet oder die Durchfahrt wird für wenige Minuten über eine Ampelschaltung gesperrt. Insgesamt dauern die Rückbaumaßnahmen voraussichtlich bis Mitte August, die Teilbetriebnahme des Neubauabschnitts ist für Oktober 2022 geplant.

Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 5. Juli 2022 besteht nun grundsätzlich Baufreiheit für dieses wichtige Projekt der Energiewende. Nach 17 Jahren Planungs- und Genehmigungsverfahren kann es endlich rechtssicher vollendet werden. Zuvor hatte der NABU Brandenburg gegen den Planergänzungsbeschluß geklagt. Gleichwohl konnte 50Hertz im südlichen Teil schon mit dem Bau beginnen, weil sich die Klage ausschließlich auf Belange des Vogelschutzes weiter nördlich bezog und das Bundesverwaltungsgericht daher keinen Anlaß für eine aufschiebende Wirkung bis zur Verhandlung in der Hauptsache sah.

Dr. DIRK MANTHEY, 50Hertz GmbH

Klimaschutz und Waldrodung?

Bei Hohensaaten sollen 370 Hektar Wald in einer ehemaligen Militär-Liegenschaft für einen Solarpark gerodet werden. Vorhabensträgerin ist die Lindhorst-Gruppe, bisher in der Region bekannt als Erwerberin großer landwirtschaftlicher Flächen. Begründet wird das Projekt mit der Sanierung des angeblich hochbelasteten Geländes.

Solarenergieerzeugung ist eine wichtige Komponente im Rahmen der Energiewende. Doch kann ein Solarpark mit der Erhaltung eines Waldes konkurrieren? Der Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen ist der Meinung, daß diese Rechnung nicht aufgeht.

Der Wald hat eine hohe Klimaschutzfunktion. Neben der Bindung von Kohlenstoff und der Erhaltung der Artenvielfalt ist es vor allen Dingen die Kühlfunktion, die immer wichtiger wird.

Die Temperaturunterschiede zwischen Offenland und Wald betragen bis zu 8 Grad. Somit können Wälder in Zukunft Zufluchtsorte für hitzebelastete Menschen und Tiere werden.

Gerade in unserer ausgeräumten Agrarlandschaft mit großen Feldschlägen, die die Klimaextreme verstärken, sind Wälder Orte der Kühlung. Selbst ein Wald, der sich nicht im besten Zustand befindet, ist immer noch besser als eine Freifläche.

Solange das Potential für Solarenergie und an Gebäuden, an Verkehrswegen (Lärmschutzwände) und anderen Infrastrukturrichtungen nicht annähernd ausgenutzt ist, sollte kein Baum dafür fallen. Ehe Neuaufforstungen die gleiche Klimaschutzfunktion wie ein hundertjähriger Wald erreichen, sind die Messen für unser Klima längst gesungen.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

BVB/Freie Wähler im Landtag Brandenburg:

Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht

Der Bundestag hat 2020 eine Änderung des Baugesetzbuches (BauGB) vorgenommen. In § 249 Absatz 3 Satz 2 wird den Ländern vorgeschrieben, daß die Mindestabstände für Windkraftanlagen zu Wohnbauten nur noch mit maximal 1.000 Meter festgelegt werden dürfen.

»Wir halten die Regelung nicht für verfassungsgemäß. Bei den Vorschriften zu Mindestabständen handelt es sich um Bauordnungsrecht, welches alle Regeln zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung beinhaltet. Die Gesetzgebungskompetenz für solche Vorschriften liegt aber nicht beim Bund, sondern bei den Ländern. Folglich überschreitet die Bundesebene ihre Gesetzgebungskompetenz, indem sie diese Gesetzgebungskompetenz der Länder untergräbt und den Erlass von sinnvollen Gefahrenabwehrregeln verbietet«, so der Fraktionsvorsitzende Péter Vida.

Auch sachlich ist die bundesweite Regelung maximaler Mindestabstände kritikwürdig. Die Mindestabstände zur Wohnbebauung dienen der Abwehr von Gesundheitsgefahren, etwa durch lärmbedingte Schlafstörung. Mit den mit immer größer werdenden Modellen an Windkraftanlagen nahmen deren Lärmemissionen immer weiter zu. Schallemissionen von deutlich über 100 Dezibel am Generator sind bei den neueren Modellen die Norm. Aufgrund der auf weit über 100 Meter gestiegenen Turmhöhen wird der Schall zudem kaum noch durch Hindernisse am Boden gedämpft. Die Praxis hat gezeigt, daß für solche Großanlagen im Multi-MW-Bereich ein Abstand von 1.000 Metern zur Wohnbebauung oft nicht ausreicht. So braucht es an vielen Stellen mindestens 1.500 Meter.

Ein Beispiel findet sich in Bernau (Landkreis Barnim). Der Abstand der Windkraftanlagen im »Windpark Tempelfelde« zur Wohnbebauung beträgt bei den Wohngebieten Nibelungen und Gieses Plan über 1.000 Meter. Monatlang beschwerten sich die Anwohner über Lärm und

lärmbedingte Schlafstörungen. Zwar wurde bereits 1968 die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) erstellt, die für alle Arten von Industrieanlagen gleichermaßen geltende Immissionsgrenzwerte festlegt. Doch die Anwohner hatten keine praktische Möglichkeit, sich darauf zu berufen.

»Die Bürger litten als Folge zu geringer Mindestabstände unter dem Lärm. Doch ohne Technik und Fachleute konnten sie die Grenzwertüberschreitungen nicht nachweisen und hatten keine rechtliche Handhabe. So ist es in vielen Orten in Brandenburg immer noch. In Bernau haben wir das Problem angepackt, indem wir Messungen eingefordert haben. Die bestätigten, daß die Lärmgrenzwerte trotz über 1.000 Metern Abstand regelmäßig überschritten wurden.«, so Péter Vida, der auch Stadtverordneter von Bernau ist.

Die Betreiber mußten ihre Windkraftanlagen daraufhin nachts drosseln. Versuche, die Anlagen mit anderen technischen Maßnahmen leiser zu machen, brachten keinen Erfolg. Die übermäßige Lärmimmission war also keinem technischen Problem geschuldet, sondern Folge des Normalbetriebs der Windkraftanlage. (siehe Landtags-Drucksache 7/2823.)

Die Formulierung der Bundesregelung läßt den Ländern keinen Raum, das geltende Recht an die größer werdenden Windkraftanlagen oder die örtlichen Gegebenheiten anzupassen. Sie untergräbt die Gesetzgebungskompetenz zur Gefahrenabwehr damit nicht nur in der Theorie, sondern gefährdet auch in der Praxis den Gesundheitsschutz durch aus Lärmschutzsicht unzureichende Mindestabstände.

Unsere Fraktion beantragte daher, daß das Land das Bundesverfassungsgericht anruft und eine Normenkontrollklage auf Feststellung der Unvereinbarkeit der Regelung des § 249 Absatz 3 Satz 2 BauGB mit Art. 70 Absatz 1 des Grundgesetzes einreicht.

CHRISTINE WERNICKE

Baumpatenschaft

Im Forstbotanischen Garten Eberswalde

In diesem Frühjahr habe ich dem Forstbotanischen Garten Eberswalde eine 4 m hohe Weiß-Eiche (*Quercus alba* L.) gespendet und für diesen Baum die Patenschaft übernommen.



Dr. Andreas Steiner und Dr. Bernhard Götz, Leiter des Forstbotanischen Gartens Eberswalde.

Sie wird den Garten als weitere Baumart bereichern. Ihr ursprüngliches Verbreitungsgebiet erstreckt sich über die gesamte östliche USA, mit Ausnahme von Südflorida, zählt dort zu den wichtigsten Holzlieferanten und bildet mit anderen Laubbaumarten große Waldflächen. Die Weiß-Eiche zeichnet sich durch ihre Standorttoleranz hinsichtlich Bodenbeschaffenheiten und Robustheit gegenüber Trockenheit sowie Streusalz und Industrieabgasen aus. Ihre Eicheln haben wenig Säure und sind nicht bitter. Sie werden deshalb von Wildvögeln, Hirschen, Rehwild, Schweinen und Nagern gern verzehrt. Auch die Ureinwohner schätzten die nahrhaften und köstlichen Eicheln als wichtige Nahrungsquelle. Sie können wie Eßkastanien geröstet oder aus ihnen Brotmehl hergestellt werden. Dr. ANDREAS STEINER

Aktionstag in Elisenau:

Eßbarer Wildpflanzenpark

Am 25. April, dem internationalen Tag des Baumes, wurde in Elisenau die Pflanzung von elf Nußbäumen fertiggestellt und das Ereignis öffentlich gefeiert. Auf der Fläche befinden sich nun sieben Wal- und vier Haselnußbäume, welche vom GuThiE (Gärtnern und Tiere halten in Elisenau) e.V. gepflanzt wurden und auch künftig von diesem gepflegt werden.

Ziel ist es, in den kommenden Jahren aus der Fläche einen öffentlich zugänglichen und eßbaren Wildpflanzenpark zu errichten. Auch die angrenzenden Gebiete haben viel Potential für diverse Aktionen. Daher sollen in der kommenden Zeit gemeinsame Aktivitäten mit dem GuThiE e.V., dem Regionalparkverein, der Gemeinde Ahrensfelde und dem Landkreis verstärkt stattfinden. So könnten dort Ideen der Initiative »Ahrensfelde summt!« oder Projekte zum Thema Naturschutz – und Umweltbildung umgesetzt werden.

KATHARINA WAWRA

Darauf ein Glas Wasser

Am 22. April war es der Monitor-Redaktion des WDR einen Bericht wert, daß in der Umgebung der Gigafactory von Tesla in Brandenburg das Wasser knapp wird. »Privathaushalte von Neukunden sollen deshalb künftig nicht mehr als 105 Liter pro Tag und Person verbrauchen dürfen. Sonst drohen Strafen. Das habe der Wasserverband Strausberg-Erkner jetzt festgelegt, so berichtete u.a. der RBB.« 128 Liter verbraucht der Bundesdurchschnitt laut statistischem Bundesamt – in Erkner soll auf 105 Liter bei gleichem Preis gedeckelt werden.

Was ist nun daran so schlimm? Die Wasserverbände sind Wirtschaftseinheiten mit Stimmrecht der beteiligten Kommunen. Sie stellen die regionalisierte Version der althergebrachten Stadtwerke dar. Daher sind es auch die Kommunen selbst, die darüber entscheiden müssen, inwieweit sie Wasser sparen oder nicht.

Den Regionen im Westen Deutschlands geht es da nicht anders. Nur ist dort der Durchschnittsverbrauch aufgrund eines ländertypischen sozialen Gefälles üblicherweise ohnehin deutlich höher. Die Ostdeutschen sind die Wassersparmeister der Nation. Sie verbrauchen auch ohne TESLA 30-36% weniger Trinkwasser pro Person/Haushalt.

Wenn auch eine Fabrik dieser Größe nie ein bundesweites Problem ist, könnten sich Problemfälle wie geschildert bei höherem Verbrauchsstandard tatsächlich noch viel gravierender auswirken. Und jetzt? Die da in Grünheide wissen, was das Wasser wert ist, und sind gezwungen, einen Lösungsweg zu finden, den andere noch vor sich haben.

Das dürfte auch in der Redaktion von Monitor Angst erzeugen, denn die sitzt im schönen NRW. So ist es auch gut, denn der beste Anfang beim Sparen liegt bei jedem selbst. Darauf ein Glas Wasser.

THOMAS TOBLER

Tierisches am Wegesrand

Eberswalde (prest-ew). Unter dem Titel »TIERisches am Wegesrand« sind seit dem 24. Juni in der Tierpark-Gaststätte dreißig »Schnappschüsse« aus der einheimischen Tierwelt von den beiden Hobbyfotografen Dr. RÜDIGER SCHULZ und CHRISTIAN ZOCHER (Vater und Sohn) zu sehen. Die Fotos stellen keine »Ansitzfotos« dar, sondern die Tiere sind spontan auf Wanderungen und Spaziergängen in der heimatlichen Umgebung und im Urlaub, von der Terrasse im Garten sowie vom Balkon der Wohnung »erwischt und abgelichtet« worden. Die Ausstellung soll vor allem das Bewußtsein zur Wahrnehmung und Beobachtung der vielfältigen einheimischen Tierwelt schärfen. Die Fotoausstellung »TIERisches am Wegesrand« ist ein gemeinsames Projekt vom Eberswalder Tierpark und der Kleinen Galerie innerhalb des Kulturamtes der Stadt Eberswalde. Sie ist noch bis zum 25. November zu den Öffnungszeiten der Gaststätte zu sehen.

Revival der Zuckerrübe

Hackroboter erfolgreich getestet

Die Zuckerrübe gehört zur Uckermark wie die Gurke zum Spreewald. Doch ihr Anbau ist rückläufig. Er ist zu aufwendig. Unkräuter müssen während der gesamten Vegetationsperiode regelmäßig beseitigt werden, um gute Erträge zu erzielen. Im konventionellen Anbau greift man deshalb zu Pestiziden, im Ökolandbau zur Hacke.

Beide Methoden sind suboptimal, weil sie entweder umweltschädlich oder zu teuer sind. Dennoch lohnt sich der Anbau der Zuckerrübe, weil ihr Zucker vor allem in der Biobranche stark nachgefragt ist, zum anderen, weil ihr Anbau die Bodeneigenschaften verbessert.

Im Forschungsprojekt zUCKERrübe setzen die Wissenschaftler:innen auf KI und Robotik, um das Problem vor allem für den Ökolandbau

zeitnah zu lösen. Wir haben einen Roboter entwickelt, der autonom über die Fläche fährt, um Zuckerrüben von Unkräutern zu befreien. Ein erster Testlauf war am 2. Mai auf der Lehr- und Forschungsstation Gut Wilmersdorf (Brandenburg) erfolgreich.

»Wir haben gesehen, daß der Hackroboter mit dem schwierigen Gelände zurechtkommt und die KI-basierte Bildanalyse funktioniert. Er kann zuverlässig Unkräuter von Zuckerrüben unterscheiden«, berichtet Dr. MARCIN BRZOWSKI, KI-Experte am IHP – Leibniz-Institut für innovative Mikroelektronik in Frankfurt (Oder). Der Roboter kommt zudem ohne fossile Kraftstoffe aus. Er ist batteriebetrieben und verfügt über Solarpanels, die bei gutem Wetter die Nutzung der Sonnenenergie für den Antrieb ermöglichen. In der diesjährigen Vegetationsperiode fährt das rund 100 Kilogramm schwere Gerät regelmäßig über das Feld. Dabei soll die Effizienz der Beikrautregulierung mit anderen Verfahren, z.B. dem Einsatz einer Reihenfingerhacke, verglichen werden. Zudem arbeitet das Wissenschaftsteam daran, eine Drohne als Unterstützung einzusetzen. Sie soll künftig mit dem Roboter kommunizieren, seinen Standort erfassen und ihm mitteilen, wo es ein Unkrautproblem gibt. »Damit können beide auch in Gebieten mit schlechtem Mobilfunkempfang eingesetzt werden, weil die Unkrautererkennung auf Drohnen und nicht auf Cloudservern erfolgt«, ergänzt Marcin Brzowski.

AMANDA BIRKMANN



Foto: HNEE, AMANDA BIRKMANN, 2022

Regionales Rindfleisch auf Kantinentellern

Immer mehr Menschen wünschen sich regionales und artgerecht erzeugtes Fleisch. Weidehaltung von Rindern erfüllt diesen Wunsch und ist in Brandenburg weit verbreitet. »Doch der Nachwuchs aus der Mutterkuhhaltung wird größtenteils über die Landesgrenzen hinaus vermarktet. Es mangelt in Brandenburg an geeigneten Schlacht- und Verarbeitungsstrukturen für den Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten«, beobachtet Prof. Dr. ANNA HÄRING, Projektleiterin an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE)*.

Im Projekt WERTWEIDEVERBUND wird gemeinsam mit Partnern aus der Landwirtschaft, Schlachtung, Verarbeitung, Handel und Gemeinschaftsverpflegung nach Lösungen gesucht. Ziel ist der Aufbau neuer Kooperationen, die nachhaltige Landwirtschaft fördern. »Wir wollen regionale Lösungen schaffen: Ein Rind, was in Brandenburg geboren, aufgewachsen, geschlachtet und verarbeitet wird«, erklärt SEBASTIAN KÜHN, Geschäftsführer der EFG Eberswalder Fleisch GmbH.

In einem ersten Testlauf Anfang Juni wurden vier Tiere geschlachtet. Ihr Fleisch wurde regional verarbeitet und an Kantinen von vier Großbetrieben in Berlin und Brandenburg ausgeliefert. »Die Kantinen haben sich geeinigt, wer welche Teile vom Rind abnimmt, um am Ende das ganze Tier zu verwerten«, erklärt Anna Häring. Ein zweiter Testlauf folgte noch im Juni.

»Wir wollen wissen, ob der Ablauf vom landwirtschaftlichen Betrieb bis in die Küchen gut funktioniert und wie das Weiderindfleisch bei den Kantinengästen ankommt«, sagt die Projektleiterin. Ziel ist es, die neu geschaffene Kooperation so zu optimieren, daß noch mehr Akteure sich beteiligen und der Wertschöpfungsverbund Weiderindfleisch nach Projektende dauerhaft besteht.

»Damit erleichtern wir Verbrauchern künftig den Verzehr von regionalem Rindfleisch aus artgerechter Weidehaltung und fördern eine nachhaltigere Landwirtschaft in Brandenburg«, sagt Sebastian Kühn.

ANNIKA BISCHOF

Der gewandelte Gregor Gysi (II)

»Vor allen anderen Motiven scheint der allseits zu beobachtende, krankhafte Realitätsverlust des linken Führungspersonals von dem kriecherischen Bedürfnis getrieben zu sein, endlich in dieser Gesellschaft und an deren Futtertrögen anzukommen«, schreibt der Ex-Kundschafter und Publizist RAINER RUPP in einem seiner Kommentare.¹

Gregor Gysi, stellt Rainer Rupp im weiteren fest, übertreffe mit seinem Appell zum Regime-Change in Rußland sogar den US-Präsidenten Joe Biden. Der hatte bei seinem Polenbesuch ähnliches gefordert, was aber schleunigst von Bidens Betreuern im Weißen Haus deeskaliert wurde. Gysi ist prinzipienfester, so Rupp.

Gegenüber der Süddeutschen Zeitung hatte Gregor Gysi am 23. März erklärt, die russische Bevölkerung »muß sich von Putin trennen, das schaffen wir nicht von außen«. Das stünde »uns« auch nicht zu. Immerhin erkannte er die Nutzlosigkeit des »Zeitenwende«-Aufrüstungsprogramms. Es komme vielmehr darauf an, daß »wir« in Rußland »andere Strukturen erreichen«. Im Zusammenhang warf Gysi gleich noch sämtliche bisherigen friedenspolitischen Grundsätze der einstigen Linken, die sich als Partei immer noch so nennt, über den Haufen. Er halte den Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO für »nicht uninteressant«.²

Einst stand die NATO-Auflösung auf der Agenda der Linken, auch auf der von Gregor Gysi, der mit diesem Argument früher gegen die Forderung nach einem Austritt der BRD aus der NATO argumentierte. Nun will er die NATO über den bisherigen Status hinaus erweitern. Zum »Schutz gegen Rußland«, dessen erklärte Ängste und Gegenreaktionen – nunmehr in Form von Krieg »mit anderen Mitteln« fortgesetzt – gerade durch die diversen NATO-Erweiterungen motiviert werden.

Einst hatte Gregor Gysi dem gesunden Menschenverstand mit seiner rhetorischen Begabung Öffentlichkeit verschafft. Inzwischen



Gregor Gysi im Herbst 1993 bei einer Bundestagswahlveranstaltung der PDS im Kulturhaus »Rotes Finowtal« (heute »Westendtheater«).

Foto: ALBRECHT TRILLER

scheint ihn der gesunde Menschenverstand verlassen zu haben. Die rhetorischen Fähigkeiten blieben ihm. Selbige verwendet er nun für die Unterstützung eines einst von ihm selbst kritisierten faschistischen Terroristen-Regimes³.

GERD MARKMANN

1 – Rainer Rupp: Kollektives Harakiri der Partei »Die Linke«, 1. April 2022, <https://test.rtde.tech/meinung/135163-kollektives-harakiri-partei-linke/>
2 – www.sueddeutsche.de/politik/podcast-nachrichten-gregor-gysi-fuer-nato-beitritt-von-finnland-und-schweden-1.5553388

3 – siehe BBP 3/2022

Von Heinrich Böll zu Hindenburg

Berlin (bbp). Mitglieder des »Freundeskreises Heinrich Böll« protestierten am 28. April vor der Parteizentrale von Bündnis 90/Die Grünen in Berlin gegen Waffenlieferungen an die Ukraine. An diesem Tag hatte der Bundestag mit den Stimmen der Grünen die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine beschlossen. Wie es in einer zu ihrer Protestaktion verbreiteten Erklärung heißt, wollen die Böll-Freunde

die Partei »an ihre ehemaligen Prinzipien« wie »aktive Friedenspolitik« erinnern.

Zudem regten sie an, die parteinahe Heinrich-Böll-Stiftung in Paul-von-Hindenburg-Stiftung umzubenennen, was besser zum jetzigen Parteiprofil passe. Auf ein Plakat schrieben sie: »Feuer löscht man mit Benzin. Kauft grüne Rüstungsaktien! Grüne Moral bis zum letzten Ukrainer. Entspricht Heinrich Böll.«

Der Hellseher in Kiew

»Dieser Krieg wird noch lange dauern und Zehntausende ukrainischer Leben kosten.«

WOLODIMIR SELENSKIJ,
Präsident der Ukraine,

am 18. Mai 2022 vor Studenten in Kiew

Trauma meiner Kindheit

Nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine hatte ich eine schlaflose Nacht – es ist Krieg! Krieg auch mit Auswirkung auf Deutschland.

Ich bin 1935 geboren, erlitt in Berlin die Bombenalarm-Nächte im Keller. Unser Haus wurde schließlich durch Bomben zerstört. Wir waren wohnungslos, das nackte Leben blieb uns, meiner Mutter, meiner Schwester und mir. Durch den Krieg verlor ich meine Eltern, hungerte und erlebte Furchtbare. Ich sah die Flüchtlingstrecks aus dem Osten und auch die im Binnenland.

Für die meisten Deutschen ist der 2. Weltkrieg Geschichte. Für mich aber ist er Teil meiner Kindheits- und Jugendbiografie; Trauma meiner Kindheit!

Ich fürchte mich vor der Zukunft und mich graut es, wenn ich Haßreden höre z.B. von Strack-Zimmermann, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, und Baerbock, die seit längerem Rußland ruinieren will.

Was Deutschland in das Kriegsgebiet Ukraine liefert, sind nicht nur tötende Defensiv-, sondern Offensivwaffen. Diese Waffen schaffen keinen Frieden. Sie werden den Krieg verlängern und mehr Menschenopfer fordern. Außerdem droht die Gefahr einer Eskalation. Selenski, Klitschko, Melnik usw. dürften sich wohl dessen bewußt sein.

KLAUS MEIßNER

Weizenpreise

Infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine drohe der Welt eine Hungerkatastrophe, zumindest wird das in den Mainstream-Medien lang und breit diskutiert. Tatsächlich steigen die Weizenpreise weltweit schon seit dem Juli 2020, lange bevor es erste Hinweise auf eine mögliche militärische Offensive Rußlands gab. Damals kostete der Scheffel Weizen (das ist das Maß für den Handel an der Weizenbörse) etwas mehr als 50 US-Cent, um dann kontinuierlich anzusteigen und im Dezember 2021 in der Spitze etwa 90 Cent zu erreichen. Bis zum Januar 2022 sank der Preis dann wieder auf etwa 75 Cent, um nach Beginn der russischen »Spezialoperation« in der Ukraine in die Höhe zu schießen, bis zu einem Spitzenwert von 1,33 US-Dollar. Bis Juni hielt sich der Preis über 1 Dollar, fiel dann aber Anfang Juli bis auf unter 80 Cent. Aktuell sind an der Weizenbörse rund 90 Cent für einen Scheffel Weizen fällig, was dem seit Juli 2020 kulminierenden Preistrend entspricht. Der Kriegsausbruch hatte demnach lediglich eine spekulative Preisspitze verursacht. Inzwischen bewegt sich der Weizenpreis wieder im langfristigen Trend.

All die Propaganda, welche die hohen Weizenpreise mit dem Ukrainekrieg begründet, erweist sich insofern als Humbug. Die Ursachen für die Preisentwicklungen müssen wohl oder übel woanders gesucht werden.

ALOIS BABA, BBP-Wirtschaftsredaktion

... vor 88 Jahren

Am 10. Juli 1934 wurde der Ausnahmedichter, Teilnehmer der Münchner Räterepublik und anarchistische Kommunist ERICH MÜHSAM von der SS im KZ Oranienburg ermordet. Doch er ist nicht verstummt – seine Gedanken und seine Werke wirken weiter. Mehr zu Mühsam:

www.verbrecherverlag.de/author/detail/150

KARL DIETZ

Gegen doppelte Engführung der Debatte

von Hartmut Lindner

Die Berichterstattung über den Krieg in der Ukraine in unseren Medien ist weitgehend durch eine arge Engführung gekennzeichnet. Die meisten Journalisten sind sich einig, daß dies Putins Krieg ist, wobei das Ausmaß von dessen Dämonisierung und auch Psychiatisierung variiert. Die einen erkennen in seinem Angriffskrieg und der Mißachtung des Völkerrechts nichts anderes als die Fortsetzung einer ungezügelten Schlägerkarriere auf dem Schulhof – jetzt mit den Machtmitteln einer Großmacht, die anderen nichts als die Anwendung der Lektionen aus dem KGB. Gelegentlich wird auch nach dem Geisteszustand des Herrschers aller Russen gefragt, wozu so manch bizarrer Aspekt von dessen Selbstinszenierung beitragen mag. Dabei geht völlig unter, daß die Entscheidung, einen Krieg zu beginnen, in jedem System ein kollektiver Prozeß ist, an dem sehr viele in unterschiedlicher Weise beteiligt sind. Brecht fragte, als er von der Eroberung Galliens durch Caesar in unseren Geschichtsbüchern las, »Er allein? Hatte er nicht einen Koch bei sich?« Die zweite Engführung in der Debatte bezieht sich auf die Ausblendung der NATO-Osterweiterung und den Verzicht jeglicher Kritik an der Politik des »Westens« nach dem Ende des Kalten Kriegs. Häufig wird so getan, als ob der 24. Februar 2022 keine Vorgeschichte hätte.

Mit dem 24. Februar steht man vor der »ehren Tatsache des Krieges« und da sind die Konsequenzen nicht zu diskutieren, da gilt es Flagge zu zeigen und Solidarität mit dem Opfer der Aggression zu bekunden, also Waffen an die Ukraine zu liefern und Rußland unter Druck zu setzen. Schwarz-Weiß dominiert und das Feindbild ist klar, wie in den härtesten Zeiten des Kalten Kriegs. Zwischentöne sind nicht gefragt, es gibt Ausnahmen, wie z.B. LE MONDE DIPLOMATIQUE und wenige andere, allerdings mit geringer Reichweite. Dazu kommt eine geistige Mobilmachung, die die prominenten Künstler russischer Herkunft zu spüren bekommen, selbst wenn sie wie z.B. Anna Netrebko den Krieg gegen die Ukraine verurteilen.

Damals war es das Sowjetimperium, heute ist es das machthungrige Rußland. Viele gehen sogar soweit, die Entspannungspolitik der 70er und 80er Jahre für verfehlt zu halten, die möglicherweise die Welt vor dem atomaren Untergang bewahrt hat angesichts der aufgehäuften Nuklearwaffen, die nur noch in »Overkill« gemessen werden konnten.

Ein hilfreicher Rückblick

Da ist es sinnvoll, einmal zurückzublicken auf die Entwicklung der internationalen Beziehungen nach der Auflösung der Sowjetunion. Eine amerikanische Historikerin, M. E. SAROTTE von der John Hopkins Universität, hat dies in ihrem kürzlich in der Rezensionszeitschrift New York Review of Books (7. April 2022) dargestellten Studie »Not One Inch: America, Russia and the Making of Post-Cold-War Stalmate« getan. Der Rezensent FRED KAPLAN, der 1992 bis 1995 das Moskauer Büro des Boston Globe leitete, stellt die Ergebnisse von Sarottes Untersuchung dar und erinnert daran, daß die Osterweiterung der NATO nicht immer unumstritten war, gerade weil sie mit erheblichen Risiken bezüglich der Reaktion Rußlands verbunden ist. So formuliert Kaplan gleich zu Beginn seines Artikels:

»Das Ausmaß und die Brutalität der Invasion waren schockierend, aber für viele, die alt genug waren, um sich an das Ende des Kalten Kriegs zu erinnern – als die UdSSR am Boden lag und eine Reihe von US-Präsidenten sich daran machten, die NATO zu expandieren

(oder wie ihre Berater formulierten, um dem Vorwurf des Neoimperialismus zu entgehen, zu erweitern), indem sie nahezu alle Staaten Zentral- und Osteuropas in die militärische Allianz aufnahmen, die vorher ein halbes Jahrhundert lang Vasallen des Kreml gewesen waren – kam der Angriff, wenigstens anfangs, nicht überraschend. In gewissem Sinn war es ein Rückschlag, der kommen mußte.«

Die Expansion der NATO war nicht zwangsläufig und alternativlos, obwohl es heute gerne so dargestellt wird.

Als über die deutsche Einheit verhandelt wurde, stellte sich auch die Frage, ob das geeinte Deutschland Mitglied in der NATO sein sollte. Gorbatschow war zwar skeptisch und hätte gerne eine andere Lösung gesehen, willigte aber am Ende ein. Die Sowjetarmee räumte das Feld, die Stärke der deutschen Armee wurde begrenzt, aber die NATO-Grenze rückte nach Osten vor. Es war Präsident Bush, der auf der Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO bestanden hatte.

»Damit war das Muster für die nächste Dekade gestrickt: die NATO expandierte zunächst in das ehemalige Ostdeutschland und dann darüber hinaus.« (hier und folgend: Kaplan)

Die NATO-Osterweiterung erfolgte in zwei großen Schritten: 1999 traten Polen, Tschechien und Ungarn bei, 2004 die drei baltischen Staaten und die Slowakei, Slowenien, Bulgarien und Rumänien. Damit war die NATO auch auf dem Balkan präsent. In kleineren Schritten erfolgt die Aufnahme von Albanien und Kroatien 2007 und schließlich von Montenegro (2017) und Nordmazedonien 2020. Der wahrscheinliche Beitritt Schwedens und Finnlands ist ein Ausgreifen nach Skandinavien und rundet das Bild der Einkreisung Rußlands ab.

»Als Präsident Clinton Jelzin sagte, daß Estland, Lettland und Litauen – die drei baltischen Staaten, die einst Sowjetrepubliken gewesen waren – ab einem gewissen Punkt der NATO beitreten würden, bat ihn Jelzin, ihn nicht so zu demütigen. Clinton lockte ihn mit der russischen Mitgliedschaft in verschiedenen westlichen Institutionen, eingeschlossen die prestigeträchtige Gruppe der Sieben, die die mächtigsten Industriestaaten umfaßte. Jelzin lenkte ein, er hatte keine Alternative.

Sicherheit der Osteuropäer

Es ist entscheidend festzustellen, daß die Kampagne zur Expansion der NATO nicht nur ein bloßes Machtspiel der westlichen Sieger des Kalten Kriegs war. Die entschiedensten Verfechter der Ausweitung waren die Führer (und zu einem großen Teil die Bevölkerung) der zentral- und osteuropäischen Staaten, die darauf brannten, das Joch der Kremlherrschaft abzuschütteln und dem Westen beizutreten. Für manche war das eine prinzipielle Frage; für andere war es eine unwiderstehliche Chance, auf die Seite der Sieger zu wechseln. Wie auch immer, Neutralität war keine attraktive Option...

Als der dissidente Stückeschreiber Vaclav Havel 1989 überraschend Präsident der Tschechoslowakei wurde, warb er für seine große Vision eines 'freien und vereinten Europa' und forderte den Abzug der US- und Sowjettruppen aus Zentral- und Osteuropa. Aber im Sommer 1990 erkannte er die Anziehungskraft von Artikel 5 der NATO, der beinhaltet, daß ein Angriff auf eines der Mitglieder wie ein Angriff auf alle behandelt würde. Präsident Clinton erklärte er: 'Wir leben in einem Vakuum... Deshalb wollen wir in die NATO.' Sarotte schreibt (basierend auf freigegebenen Mitschriften von Gesprächen), daß diese Bitten Clinton tief bewegt und überzeugt haben, daß die NATO nicht nur der 'Schlüssel' für Europas Sicherheit, sondern auch für dessen Stabilität sei.¹

Skeptiker der Nato-Erweiterung

»Viele begegneten der Ausweitung skeptisch. General Colin Powell, Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs sagte, er 'sei sich nicht sicher, was die NATO wirklich bedeute', wenn so viele Nationen dazukämen, die nicht die demokratischen Traditionen der ursprünglichen 12 Gründungsmitglieder teilen.

Die beiden ersten Verteidigungsminister Clintons, Les Aspin und William Perry, fürchteten, daß die ... (NATO-Expansion H.L.) den Kreml dazu veranlassen könnte, aus den Gesprächen zur nuklearen Abrüstung auszusteigen. Viele im Außenministerium fürchteten, daß die Ostexpansion der NATO Jelzins fragiles demokratisches Experiment gefährden und ultranationalistische Kräfte an die Macht bringen könnte.

Im Mai 1995 unterzeichneten 18 ehemalige hohe US-Beamte, meist pensionierte Beamte des diplomatischen Dienstes, einen offenen Brief, in dem sie ihre Befürchtungen zum Ausdruck brachten, daß die NATO-Expansion ... 'viele Russen zur Überzeugung führen könnte', daß die USA und der Westen versuchen, sie zu isolieren, einzukreisen und zu unterwerfen, statt sie in ein neues europäisches System der kollektiven Sicherheit zu integrieren.«²

GEORGE F. KENNAN, der Kenner der russischen Politik und Architekt der amerikanischen Eindämmungsstrategie des Kalten Krieges (stimmte) der Kritik an der NATO-Ausweitung zu: Sie sei »der größte Fehler der amerikanischen Politik während der Periode nach dem Kalten Krieg.«²

Es gab noch mehr kritische Stimmen, »aber einige der führenden Mitarbeiter von Clinton betrieben die NATO-Erweiterung als Mission. Strobe Talbott, sein Topratgeber für Rußland und ehemaliger Klassenkamerad schrieb ... daß die Eindämmung Rußlands nicht die einzige Funktion der NATO sei ... und außerdem habe die Allianz die demokratischen Institutionen der Mitglieder und den freien Markt gestärkt...«³

Die Warnung Chiracs

»Als der französische Präsident Jacques Chirac einen Kollegen Talbotts warnte, die NATO expandiere zu weit und zu schnell, indem er schrieb: 'Wir haben sie zu sehr gedemütigt ... die Lage in Rußland ist sehr gefährlich« und »eines Tages werden wir einen gefährlichen nationalistischen Backlash erleben...«

Grenzen der Nato-Erweiterung?

»Aber selbst die brennendsten Befürworter dieser Politik dachten, daß die Erweiterung ihre Grenzen habe – und eine dieser Grenzen war die Ukraine.

Als die Ausweitung sich entfaltete – 1999 mit dem Beitritt der Tschechoslowakei, Polens und Ungarns beginnend – da erschien die Ukraine als ein logischer Kandidat für eine Mitgliedschaft in naher Zukunft. Aber, wie Sarotte zeigt, sogar Holbrooke »nahm Abstand von seiner gewöhnlichen Rolle, jede Opposition niederzuwalzen«, indem er sagte, »die Ukraine ist eine sehr delikate Sache.«

Christopher ... (befürwortete) in einer Konferenz der NATO-Außenminister eine Verlangsamung des Prozesses...

Allen Außenministern erschien das Angebot der Garantien des Artikels 5 des NATO-Vertrags an ein so großes Land zu provokativ, da es immer noch ausgedehnte Bindungen an Rußland hatte – seien es geographische, historische, kulturelle und wirtschaftliche. Die Ukraine schien, so die Worte von Sarotte, 'eine zu weit gespannte Brücke für eine Mitgliedschaft und man glaubte, es wäre das Beste die Ukraine als eigene Kategorie zu behandeln', mit dem Ergebnis, daß die Frage wie eine heiße Kartoffel fallen gelassen wurde.«

George W. Bush setzt sich durch

»George W. Bush griff die Frage während der NATO-Konferenz im April 2008 in Bukarest wieder auf... Mit einem überraschenden Zug drängte Bush die Mitglieder dazu, zuzustimmen, die Ukraine wie auch die frühere Sowjetrepublik Georgien in einen Aufnahmeplan aufzunehmen, mit dem Ziel ihrer Vollmitgliedschaft zu einem späteren Zeitpunkt.

Seiner Idee traten sofort andere NATO-Führer entgegen, manche sogar verärgert, vor allem Angela Merkel, ... die der Überzeugung war, wie mehrere hohe US-Beamte der beiden vorhergehenden Regierungen, daß dieser Zug zunächst nicht praktikabel war, weil die Ukraine viele der NATO-Standards nicht erfüllen konnte (darunter die der Antikorruptionspolitik) und zweitens war es eine unnötige Provokation Rußlands.«⁴ Doch am Ende des Gipfels hatte sich Bush durchgesetzt.

»Das Abschlußkommunique lautet: 'Die NATO begrüßt die euro-atlantischen Wünsche der Ukraine und Georgiens für eine Mitgliedschaft in der NATO' und fügte dann – entschiedener als man hätte voraussagen können - hinzu: 'Wir vereinbarten heute, das diese Länder künftig Mitglieder der NATO werden'.«

Vier Monate später, so Kaplan, entbrannten die Konflikte in Georgien, Süd-Ossetien und Abchasien.

»Es war sicherlich kein Zufall, als 2014 die ukrainischen Protestierenden den von Moskau gestützten Präsidenten Janukowitsch verjagten und eine neue Regierung wählten, die Schritte zum Beitritt in die EU unternahm, Rußland auf diesen westlichen Vorstoß damit reagierte, die Krim zu annektieren ... und Spezialtruppen ohne Hoheitsabzeichen an den Uniformen zu schicken, um den prorussischen Separatisten zu helfen, die in den östlichen Provinzen Donezk und Lugansk gegen die ukrainische Armee kämpften. (In acht Jahren sind seitdem 14.000 Menschen gestorben, darunter mindestens 500 Russen.) Die Warnungen von Kennan, Perry und anderen von vor zwanzig Jahren... sind durch den Aufstieg Putins bestätigt worden.«

Kaplans Fazit

»Ist die NATO-Erweiterung der Grund für Putins Revanchismus oder ist sie nur ein Vorwand, um seine obsessive Nostalgie nach dem alten Reich auszuleben? Wahrscheinlich trifft beides ein bißchen zu. Sein Ärger über den Untergang des russischen Reichs als Folge der Niederlage im Kalten Krieg ist teilweise berechtigt ... gibt ihm ... (aber nicht) das Recht, diesen Verlust, durch die Schaffung von vollendeten Tatsachen und Gewalt zu revidieren.

Drei amerikanische Präsidenten betrieben die NATO-Erweiterung zu eifrig, mit zu vielen unaufrichtigen Versicherungen, daß der jüngste Schritt wirklich der letzte sei. Die NATO-Erklärung von Bukarest, daß die Ukraine und Georgien künftig in die Allianz aufgenommen werden würden, war ein schwerer Fehler, wie die meisten Mitgliedsstaaten damals erkannten,

nicht zuletzt deshalb, weil es keine wirkliche Absicht gab, sie bald in die Allianz aufzunehmen. Indem man etwas anderes sagte, gab man Moskau eine willkommene Provokation und speiste Kiew und Tbilissi mit falschen Hoffnungen. Sicherlich waren die ehemaligen gefangenen Nationen des Sowjetreiches – und im Falle der Ukraine und Georgiens sind sie es noch – eifrig bemüht, sich mit dem Westen zu verbünden, nachdem sie die Unterdrückung des Ostens so lange erlitten haben. Ein russischer Führer mit etwas mehr Vernunft als Putin hätte niemals eine rechtlich bindendes Dokument gefordert, das garantiere, daß die Ukraine niemals in die NATO eintreten werde...

Bidens Angebote

Biden jedenfalls hat dazu gesagt, was man sagen kann. Er bot Putin Transparenz der militärischen Manöver in der Region an, auch die Inspektion von Raketenabwehrsystemen in Polen und Rumänien, um zu verifizieren, daß diese keine Angriffsraketen verschießen können (was Putin bemängelt hat), sowie eine Konferenz, um über die europäische Sicherheit im 21. Jahrhundert zu beraten unter besonderer Berücksichtigung der legitimen Interessen Rußlands. Ein weniger grandioser Führer – vor allem einer, der am Aufbau einer mehr integrierten Gesellschaft und einer produktiveren Wirtschaft interessiert ist (keines dieser Ziele hat Putin in seinen 21 Jahren an der Macht verfolgt) – hätte die politischen Vorteile, die mit diesen 'vertrauensbildenden Maßnahmen' und der Anerkennung seines Ärgers verknüpft sind, erkannt.

Zwei Fragen stellen sich:

1. Falls die NATO nicht erweitert worden wäre, falls die Sicherheit der Nationen Zentral- und Osteuropas allein deren Sache gewesen wäre, hätte Putin sie in Frieden leben lassen? Falls Estland, Lettland und Litauen nicht der NATO beigetreten wären, wären sie immer noch unabhängige Staaten? Aus heutiger Sicht erscheinen beide Punkte zweifelhaft.

2. Gab es eine plausible Alternative zur NATO-Erweiterung? Gab es einen Weg, um den Sicherheitsbedürfnissen Zentral- und Osteuropas zu entsprechen, ohne die Interessen Moskaus, wie es sie sieht, zu verletzen?

Sarotte argumentiert, daß es das gab. Gegen Ende des ersten Amtsjahres von Clintons Präsidentschaft formulierte eine Beratergruppe – vor allem General John Shalikashvili, der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs – eine Idee, die 'Partnership for Peace' (PfP) genannt wurde. Diese sollte die neuen unabhängigen Staaten ansprechen, ihnen dabei helfen, sich über freie Märkte in den Westen zu integrieren und demokratische Institutionen zu schaffen und ihre Verteidigung aufbauen, ohne eine neue militärische Grenze durch Europa zu ziehen und ohne Rußland auszugrenzen.

Clinton war an der Idee sehr interessiert. Jelzin lobte sie als 'brilliant' und wollte, daß Rußland beiträgt. Sarotte bemerkt, das eine Jahr

Fortsetzung von Seite 17:

Gegen doppelte Engführung...

oder so, das diese Idee verfolgt wurde, funktionierte PjP überraschend gut. Aber der NATO-Moloch erwies sich als zu fesselnd. Walses fürchtete, der Westen würde die Chance verpassen, 'den Bären in den Zwinger zu bringen'. Havel wollte PjP nicht unterzeichnen, solange Clinton nicht versicherte, daß dies 'der erste Schritt zur vollen NATO-Mitgliedschaft sei'.

Sarotte thematisiert auch inneramerikanischen und innerrussischen Druck. ...

Die Transformationsprozesse der vergangenen zwei Dekaden, die Expansion der NATO, das Scheitern der Reform Rußlands und das Anwachsen der Sehnsucht nach dem alten Reich in Rußland in den Moskauer Herrschaftszirkeln fanden ihren Höhepunkt in den Annexionen und schließlich in der brutalen Invasion in der Ukraine: aber nichts davon war unvermeidlich. Aber durch den Aufstieg eines wie Putin, wären sie schwer zu verhindern gewesen. «

Man mag nicht allen Schlußfolgerungen und Wertungen von Kaplan zustimmen, aber das historische Material, das in seiner Rezension von Sarottes Arbeit ausgebreitet wird, enthält viele Anregungen zu einem kritischen Blick auf den Anteil des »Westens« an der gefährlichen Entwicklung. Die Risiken wurden gesehen, Warnungen wurden formuliert, aber nicht beherzigt. Nichts an der Entwicklung war zwangsläufig, es gab Alternativen.

Hier müßte man wieder anknüpfen, wenn nach Lösungen gesucht werden wird, daß dies gelingt, ist sehr fraglich.

Das »Hilfspaket«, das im US-Kongreß kürzlich geschnürt wurde und 30 Mrd. Dollar umfaßt, zeigt, daß es sich inzwischen im Krieg Rußland gegen die Ukraine auch um einen amerikanischen Stellvertreterkrieg handelt, der lange dauern kann.

Den europäischen Interessen und auch den deutschen Interessen läuft dieser Krieg zuwider, selbst wenn die Aktien der deutschen Rüstungskonzerne immens steigen.

Die ökonomischen Verwerfungen, die die Entflechtung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen und die Sanktionspolitik aufwerfen, sind unabsehbar und bedürfen dringender einer näheren Untersuchung.

Abspaltungskriege in Jugoslawien

Es war nach dem ersten Weltkrieg, als sich die südslawischen Völker der Serben und Montenegriner, die bereits seit dem 19. Jahrhundert im Befreiungskampf gegen das osmanische Reich eigene Staaten gegründet hatten, mit den nach jahrhundertelanger türkischer oder österreich-ungarischer Herrschaft befreiten Völker der Slowenen, Kroaten, Bosniaken und Mazedonier zu dem Bundesstaat Jugoslawien vereinigten. Viele weitere kleine Ethnien wohnen in dem Land.

Nicht zuletzt aufgrund der langen fremdbestimmten Geschichte gab es große ökonomische Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesstaaten. Das wirtschaftliche Nord-Süd-Gefälle nahm ab den 1970er Jahren, trotz der Versuche der seit dem zweiten Weltkrieg regierenden Kommunisten, hier für einen Ausgleich zu sorgen, weiter zu. Aus den ökonomischen Widersprüchen entwickelte sich ein lokales Konkurrenzdenken. Der Umbruch in den sich sozialistisch nennenden Ländern in Mittel- und Osteuropa führte in Jugoslawien zunächst nicht zum direkten Umsturz. Allerdings hatten sich die Regierenden in den Einzelrepubliken inzwischen zu Nationalisten gewandelt.

Im Juni 1991 war es dann Kroatien, das als erste Teilrepublik Jugoslawiens die Unabhängigkeit erklärte. Noch im gleichen Monat folgte Slowenien. Die Unabhängigkeit beider Staaten wurde alsbald durch die BRD-Regierung offiziell anerkannt.

Es folgte ein achtjähriger Bürgerkrieg, der sich 1992 auf Bosnien-Herzegowina und später auf das autonome Gebiet Kosovo in Serbien ausdehnte. 1995 und 1999 griffen die NATO-Staaten unter Führung der USA unmittelbar in die Kämpfe ein.

Erfolgte die Kriegseinmischung 1995 noch mit UNO-Mandat und in Form einer die kroatisch-bosnische Seite unterstützende »Flugverbotszone«, verzichtete die NATO unter maßgeblicher Beteiligung der BRD bei ihrer Aggression gegen Serbien 1999 auf derlei völkerrechtlichen »Firlefanzen«.

Am 24. März jährte sich der Beginn der NATO-Aggression gegen Jugoslawien zum 23. Mal. Damals im Jahr 1999, die Bündnisgrünen waren erstmals in einer Bundesregierung, beteiligte sich die Bundesrepublik Deutschland erstmals nach 1945 an einem Angriffskrieg.



Foto: GERO MARRKANN

Während des Jugoslawienkrieges 1999 protestierten friedensbewegte Eberswalder mit Mahnwachen und Demonstrationen gegen den Krieg und insbesondere gegen die deutsche Beteiligung an dem völkerrechtswidrigen Angriff. Auch die Kampfdemonstration am Ersten Mai 1999 wurde genutzt, um für den Frieden einzutreten.

Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) gab später selbst zu, daß diese Aggression gegen das Völkerrecht verstieß.

Fakt ist, daß es bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen albanischen Separatisten der Kosovo-Befreiungsarmee und der serbischen Armee und Polizei gab. Die NATO-Militäroperation wurde ohne die Zustimmung des UN-Sicherheitsrates und aufgrund von Anschuldigungen westlicher Länder gestartet, denen zufolge die Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien ethnische Säuberungen in der Autonomieregion Kosovo durchgeführt und damit eine humanitäre Katastrophe ausgelöst hätten. Der sogenannte »Hufeisenplan« erwies sich später als Fälschung westlicher Geheimdienste.

Die Luftangriffe des Nordatlantikkbündnisses dauerten vom 24. März bis zum 10. Juni 1999 und hinterließen mehr als 2.500 Todesopfer, darunter 87 Kinder, und Schäden in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar.

Die autonome Region Kosovo wurde schließlich militärisch von NATO-Truppen besetzt. 2008 erklärte Kosovo seine Unabhängigkeit, was bisher (Stand: 2020) von 115 UN-Mitgliedstaaten anerkannt wurde. Die Anerkennung durch die meisten NATO-Staaten, einschließlich der BRD, erfolgte bereits innerhalb einer Woche nach der Unabhängigkeitserklärung.

(gm)

Ein freies und neutrales Land

»Ich denke, Serbien sollte der NATO nicht beitreten. Serbien ist ein freies Land, ein militärisch neutrales Land, und Serbien wird sein Land und seinen Himmel selbst verteidigen. Ich werde Ihnen etwas sagen: Es ist unsere Pflicht zu vergeben, aber es ist auch unsere Pflicht, nicht zu vergessen. Nicht zu vergessen die 11 Monate alte Bojana Tošić, die in dem Dorf Merdare bei Kuršumljia getötet wurde, nicht zu vergessen die kleine Milica Rakić, die in Batajnica getötet wurde, nicht zu vergessen die kleine Sanja Milenković, die in Varvarin getötet wurde. Wir wagen es nicht, das zu vergessen. Wir werden viel stärker sein als zu der Zeit, als diese unverantwortlichen, dreisten und arroganten Menschen uns bombardiert und Aggressionen gegen uns und unser Land verübt haben.«

ALEKSANDAR VUCIC, Präsident von Serbien, am 21. März bei einer Wahlkampfveranstaltung

Anmerkungen:

- 1 – 1999 Aufnahme von Polen, Tschechien und Ungarn in die NATO – H.L.
- 2 – George F. Kennan, »A Fateful Error«, New York Times, 5.2.1997
- 3 – Strobe Talbott, »Why NATO Should Grow«, NYRoB, 10.8.1995
- 4 – Steven Erlanger and Steven Lee N. Meyers, »NATO Allies Oppose Bush on Georgia and Ukraine«, New York Times, 3.4.2008

»Die Dame spinnt«

Potsdam (bbp). Unter dieser Überschrift berichtete der Potsdamer Journalist Matthias Krauß jüngst auf seinem Blog matthias-krauss-potsdam.de über eine Veranstaltung des Vereins »Pro Brandenburg« am 19. April im Potsdamer »Kommandantenhaus der Garde du Corps«. Das Großgemälde im Vorsaal habe auf seltsam-bedrückende Weise auf den Abend eingestimmt, so Krauß. Es zeigt eine Schlachtszene des Siebenjährigen Krieges, in der preußische und russische Soldaten einander niedermetzeln.

Zu dem Symposium unter dem Motto »Ist Europa noch zu retten?« waren der ehemalige Vizepräsident der Europäischen Kommission GÜNTER VERHEUGEN (SPD) und der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr HARALD KUJAT eingeladen.

Verheugen sprach Klartext. Die populäre Lesart, wonach der gegenwärtige Krieg im Osten »Europa zusammenschweißt«, sei doppelt falsch. Denn Europa werde durch ihn zerrissen, wobei der SPD-Politiker durchaus nicht den Krieg zwischen den zwei europäischen Staaten Rußland und Ukraine meinte, sondern nur die Europäische Union (EU). Schon vor dem Krieg sei die EU von einer immer stärkeren »nationalen Eigensucht« heimgesucht worden. Spätestens mit dem Angriff Rußlands seien »tektonische Verschiebungen« offengelegt worden, in deren Konsequenz ein »eurasischer Block« als Gegenüber zu Nordamerika entstehe, zu dem Rest-Europa gehöre. »Wir müssen uns entscheiden«, mahnte der SPD-Politiker. »Wollen wir weiter als Klientel einer Führungsmacht eine Nebenrolle spielen oder unser Schicksal in die eigenen Hände nehmen.« Bundeskanzler Olaf Scholz sei mit seiner vergleichsweise zurückhaltenden Position gegenüber dem Ukraine-Krieg einem »Medientrommelfeuer« ausgesetzt, »wie ich es noch nie erlebt habe«, so Verheugen. Er »fürchte«, daß der konzentrierte internationale und mediale Druck die Widerstandsfähigkeit des Bundeskanzlers erschöpfen werde, womit er die weitere Entwicklung ziemlich genau voraussah. Die Lieferung schwerer Waffen in die Ukraine, so Verheugen, sei ohnehin »sinnlos«.

Auch Harald Kujat meint, daß davon »die Finger zu lassen« sei. »Sie verlängern den Krieg und erhöhen den Blutzoll. Wir tun der Ukraine damit keinen Gefallen.« Man liefere den Russen bloß »große Ziele«. Hinzu kommt, wer der Ukraine Waffen liefert, so Kujat, handelt faktisch als Kriegspartei.

Der Militärexperte hält die derzeit übliche Darstellung eines »russischen Versagens« für weit übertrieben. Schließlich habe Rußland binnen weniger Tage ein Territorium erobert »so groß wie Großbritannien« und damit die zur Rückeroberung der Krim zusammengezogenen Hauptkräfte der ukrainische Armee in einer Zangenbewegung faktisch eingeschlossen.

Entgegen der hier verbreiteten Meinung kämpfe Rußland keineswegs gegen die ukrainische Zivilbevölkerung, aber die ukrainische Armee habe sich in die (bewohnten) Städte zurückgezogen und verteidige sich von dort aus. In Mariopol sei die Asowsche Einheit aktiv (gewesen), die in ihrem Wappen das Sym-

bol der zweiten SS-Panzerdivision führe, die 1943 Charkow zeitweilig zurückerobern konnte. Allerdings sieht Kujat auch einen »enorm großen« Widerstand gegen den Krieg innerhalb der russischen Bevölkerung, und »große Vorbehalte im russischen Offizierskorps«.

Bezüglich Rußland »waren wir auf einem guten Weg, Rußland einzubinden in unser europäisches Haus«, ergänzte Verheugen. Das Scheitern könne keineswegs Rußland allein angelastet werden.

Eine strategische Partnerschaft, wie Rußland sie angestrebt hatte, habe ihm der Westen niemals geboten. In den Jahren 2018/19 habe Rußland »endgültig das Vertrauen verloren«. Ins Stocken geraten sei diese positive Entwicklung erstmals 2001, so Kujat, als die USA den ABM-Vertrag einseitig aufkündigte und gleichzeitig in Polen und Rumänien Waffensysteme stationiert wurden, die aus Sicht der Russen ihnen die atomare Zweitschlagfähigkeit nehmen sollten. Zum »Wendepunkt« sei es gekommen, als Georgien im Süden militärisch angegriffen hatte und Rußland zurückschlug. Kujat: »Heute wird das als Angriff Rußlands gegen Georgien dargestellt«.

Im übrigen sei es eher der Westen gewesen, so Verheugen, der in der Vergangenheit eine Annäherung der Ukraine an die EU verhindert habe. Es sei ein »heuchlerisches Getue«, jetzt so zu tun, »als blute ihnen das Herz«. Befragt nach der Idee von Ratspräsidentin Ursula von der Leyen, der Ukraine eine »Blitzmitgliedschaft in der EU« zu gestatten, winkte Verheugen ab: »Die Dame spinnt«.



Das »Bürgerbündnis für ein friedliches Miteinander« spricht unter Nutzung altbekannter Aussagen Klartext.

Atomwaffenverbotsvertrag: Erste Staatenkonferenz

Aktivisten, Wissenschaftler und Diplomaten aus der ganzen Welt kamen im Juni in Wien im Rahmen der Nuclear Ban Week zusammen – wir waren auch dabei! Anlaß war die erste UN-Staatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags.

Nuclear Ban Forum

Während des von ICAN organisierten, zivilgesellschaftlichen Nuclear Ban Forums am 18. und 19. Juni tauschten sich über 600 Menschen auf Panels, in Workshops und Diskussionsrunden über nukleare Abrüstung, den Atomwaffenverbotsvertrag und gemeinsamen Aktivismus aus. Insbesondere die Perspektiven von Menschen, die von den Folgen von Atomwaffeneinsätzen und -tests betroffen sind, standen im Fokus. Einer von ihnen war Sueichi Kido. Im Alter von fünf Jahren erlebte er den Abwurf der Atombombe auf seine Heimatstadt Nagasaki. Er machte deutlich: »Atomwaffen sind unmenschliche Waffen. Sie erlauben uns weder menschenwürdig zu sterben noch menschenwürdig zu leben.« Einige Podiumsdiskussionen wurden aufgezeichnet.

[vienna.icanw.org/live-ican-forum-main-stage]

Auswirkungen von Atomwaffen

Das österreichische Außenministerium steht beispielhaft für das Atomwaffenverbot ein. Um den Vertrag weiter zu stärken, lud es zu einer wissenschaftlichen Konferenz ein. Dort sprachen renommierte Expertinnen und Experten aus der ganzen Welt.

Sie informierten sowohl zivilgesellschaftliche Teilnehmende als auch Regierungsvertreter über aktuelle Forschungserkenntnisse. Wie verläuft die Nahrungsmittelversorgung nach einem Atomwaffeneinsatz? Warum entwickeln Frauen häufiger Krebserkrankungen als Männer? Welche Fristen zur Abrüstung sollen Atomwaffenstaaten gewährt werden, die dem Vertrag beitreten wollen?

Staatenkonferenz

Die erste UN-Staatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags war ein Meilenstein: Vom 21.-23. Juni kamen 83 Staaten zusammen, um konstruktiv am Vertrag zu arbeiten. Sie verabschiedeten einen Aktionsplan, um Atomwaffen weltweit zu ächten und verurteilten den Krieg und nukleare Drohungen Rußlands. Sie machten deutlich: die Abschaffung von Atomwaffen ist dringender denn je, das neue nukleare Wettrüsten ist nicht akzeptabel.

Wir hatten erreicht, daß die deutsche Bundesregierung beobachtend an der Konferenz teilnimmt. In ihrem Statement hat sie betont, daß sie »Schulter an Schulter« mit Skeptikern und Befürwortern des AVV an den gemeinsamen Herausforderungen der Abrüstung arbeiten will. Das ist ein großer Fortschritt.

Spezialoperation, Angriffs- oder Verteidigungskrieg?

Überlegungen zum Charakter des Krieges in der Ukraine

Mit der sogenannten »Spezialoperation« Rußlands in der Ukraine eskalierte Ende Februar der seit 2014 andauernde Krieg in der Ostukraine. Viele sich als Linke verortende Menschen verstanden die Welt nicht mehr, nicht wenige mutierten zu Befürwortern von Sanktionen und von Waffenlieferungen ins Kriegsgebiet, manche wurden zu Verfechtern von Aufrüstung und NATO-Ausweitung.

Angesichts der überbordenden einseitigen Kriegspromaganda in fast allen verfügbaren Medien in diesem Land muß das sicherlich nicht allzusehr verwundern. Zumal man sich in linken Kreisen seit 30 Jahren bestenfalls in kleinen Zirkeln ernsthaft mit den Theorien der Arbeiterbewegung und des Sozialismus beschäftigt hat. Daher mag ein Blick auf die Alt-vorderen hilfreich sein. Zu jenen, die sich sehr intensiv mit den Fragen von Krieg und Frieden beschäftigten, zählte FRANZ MEHRING (1846-1919). Dabei gehörte es für ihn dazu, die schon von Marx und Engels erhobene Forderung zu berücksichtigen, alle militärischen Fragen von einem wissenschaftlichen Standpunkt aus zu untersuchen und sie entsprechend den grundlegenden Interessen des Proletariats zu beantworten. »Denn um gegen den Krieg einen siegreichen Krieg zu führen, muß man doch vor allen Dingen wissen, was der Krieg ist.« Die Entwicklung der Kriegskunst und der bewaffneten Kräfte in der Geschichte verfolgte Mehring vor allem in ihrer sozialökonomischen Abhängigkeit. Letztlich bestimmen die materiellen Bedingungen den militärischen Entwicklungsstand und die jeweilige Heeresverfassung.¹

So kann sich die Ukraine aufgrund ihrer materiellen Strukturen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eigentlich gar keine Armee auf hohem modernen Stand leisten. Die eigenen ökonomischen Unzulänglichkeiten werden allerdings zum großen Teil kompensiert durch die massive Unterstützung der USA, Großbritanniens, der EU und anderen, die nicht erst im Februar 2022 begann, sondern bereits unmittelbar nach dem Maidan-Putsch von 2014. Von erheblicher Bedeutung in der aktuellen Phase des Krieges ist auch die Hilfe der USA durch geheimdienstliche, einschließlich aus Satelliten- und Luftaufklärung gewonnene Informationen, über welche die Ukraine von sich aus nicht verfügt. Diese materielle und logistische Abhängigkeit der ukrainischen Armee vom Westen setzt sich fort in der Unterstützung durch Ausbildung, »Beratung« bis hin zum direkten Einsatz von Spezialkräften, möglicherweise getarnt als Söldner.

Diese seit 2014 bestehende materielle Abhängigkeit des Kiewer Regimes bestimmt letztlich darüber, welche Interessen in diesem Krieg ausgefochten werden, ja wieso die Situation überhaupt zu diesem Krieg eskalierte, einschließlich des vom Westen angesagten Kampfes »bis zum letzten Ukrainer«.

Unsere in der Februarausgabe formulierte Auffassung, wonach das Selenskijs-Regime zwar die permanente Krise zum Machterhalt brauche, nicht aber den direkten Krieg wegen der Gefahr, selbst hinweggefegt zu werden², müssen wir korrigieren. Solange der Krieg an-

hält und durch ständige westliche Geld- und Waffenlieferungen am Laufen gehalten wird, dient auch dies dazu, daß sich der Schauspieler Selenskijs weiterhin auf der präsidialen Bühne darbieten kann. Das wäre sogar dann noch denkbar, wenn sich die ukrainischen Streitkräfte auf den Dnjepr zurückziehen müßten.

Franz Mehring lehnte eine Einteilung in »berechtigzte Verteidigungskriege« und »unberechtigzte Angriffskriege« ab, weil diese von moralischen Maßstäben bestimmt war und damit der Wirklichkeit des Krieges nicht gerecht wurde.³ Der Beweis für den wahren sozialen Charakter ist »in der Analyse der objektiven Lage der herrschenden Klassen in allen kriegführenden Staaten« zu suchen, schrieb LENIN 1920 im Vorwort zur französischen und deutschen Ausgabe seiner Broschüre »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus«.⁴ Für das Verständnis, worum es in dem aktuellen Krieg in der Ukraine geht, ist es also erforderlich, die am Krieg beteiligten Kräfte und deren politische und ökonomische Interessen festzustellen. Dies deutet die Schwierigkeiten an, die mit einer Bewertung des aktuellen Konflikts in der Ukraine verbunden sind.

In unserer Maiausgabe hatten wir die Auffassung von ALEXEJ MARKOW, dem 2020 ums Leben gekommenen Kommandeur der kommunistischen Brigade »Prisrak« im Donbass, wiedergegeben, der von zwei Kriegen in einem sprach. »Der erste findet in der Ukraine zwischen Faschisten und Antifaschisten und der zweite zwischen Rußland und den USA beziehungsweise der NATO in verschiedenen Regionen der Welt statt.«⁵

Folgt man der von einigen Linken in den Raum gestellten These, wonach die durch Wladimir Putin repräsentierte russische Oligarchie imperialistische Interessen verfolgt, mit dem Ziel der Rückeroberung aller einst unter sowjetischem Einfluß stehenden Gebiete, dann müßte in dem Geflecht der verschiedensten Interessen von einem dritten Krieg in dem einen gesprochen werden.

Spätestens an dieser Stelle sollte es um die o.g. Analyse gehen, die freilich den Umfang dieses Artikels sprengen würde. Wir verweisen daher insbesondere auf die Tageszeitung »Junge Welt«, die hierzu einiges lieferte.⁶

Demnach kann trotz einiger Ähnlichkeiten, so verfügten die russischen Oligarchen von Beginn an über Monopole in den jeweiligen Wirtschaftssektoren und einige besetzten vor allem in der Jelzin-Ära auch wichtige Staatsämter, nicht von einem russischen staatsmonopolistischen Imperialismus gesprochen werden. Bezeichnend ist der große Einfluß ausländischen Kapitals. So stellte sich noch 2020 heraus, daß sich 65 Prozent der russischen Industrie im Besitz von ausländischem Kapital und 90 Prozent

des Handels in den Händen ausländischer Netzwerke befinden.

Putin ging kurz nach seiner erstmaligen Wahl zum Präsidenten im Jahr 2000 massiv gegen jene Oligarchen vor, die die zunehmende Unterordnung Rußlands unter die Herrschaft des US-Finanzkapitals verfochten, was eben erst zu einer tiefen Wirtschaftskrise in Rußland geführt hatte. Nach der Ausschaltung solcher Oligarchen wie Wladimir Gussinski, Boris Beresowski und Michail Chodorkowski war Putins Stellung als Präsident unangefochten. Er stützte sich dabei auf eine Elite aus Sicherheitsdiensten und Armee, aber auch auf einen großen Sektor der Wirtschaft, der trotz Jelzin in staatlicher Hand geblieben war.

Putins Machtposition könnte insofern am ehesten als bonapartistisch bezeichnet werden. Die politische Macht der Oligarchen wird beschnitten und deren ökonomische Macht gestützt. Zugleich hält das Regime die Arbeiterklasse im Zaum, bislang eher mittels aus den Staatsunternehmen generierten Subventionen als durch rigide Unterdrückung. Die patriotische Ideologie Putins ist in beiden Gruppen durchaus erfolgreich.

Mit der Ausschaltung zuvörderst der auf die USA orientierten Oligarchen und der damit erreichten Ruhigstellung der übrigen Oligarchie stellte sich Putin gegen die Interessen des US-amerikanischen Finanzkapitals, das in der Jelzin-Ära den russischen Bären schon als erlegt betrachtet hatte und nun dessen Fell doch nicht in ihre Hände bekam. Damit begann im Grunde der von Alexej Markow beschriebene Krieg der USA und ihrer NATO-Verbündeten gegen Rußland, der mit den Jahren immer weiter eskalierte.

Die Förderung der nationalistischen Kräfte in der Ukraine durch die USA war Teil dieses Krieges. Dies kulminierte im Maidan-Putsch vom Februar 2014. Die neue Regierung, in der Faschisten maßgebliche Positionen besetzten⁷, begann ihr Tun mit der massiven Unterdrückung der russischen und russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine. Den so ausgelösten Aufstand im Osten der Ukraine beantwortete die Kiewer Putschregierung mit einem brutalen Bürgerkrieg, der in acht Jahren 14.000 Zivilisten das Leben kostete.

Der Krieg in der Ukraine ist ein imperialistischer Krieg. Und zwar seitens der Ukraine, hinter der die geballte imperialistische Macht der USA und der NATO steht, mit ihrem Anspruch auf Weltherrschaft, auf Kolonisierung und Beherrschung peripherer Gebiete, deren Rohstoffe und Arbeitskräfte sowie Märkte. Genau diese Rolle als Rohstofflieferant und offener Absatzmarkt soll Rußland spielen, das sich dagegen wehrt.

Umgekehrt spielen weder der Donbass noch die übrigen Gebiete in der Ost- oder Südukraine für Rußland eine Rolle als nennenswerter Rohstofflieferant oder Absatzmarkt. Im Gegenteil, eine direkte Herrschaft über diese Gebiete verursacht für Rußland zuvörderst enorme und langfristige Kosten. Der *Imperialismustheorie*, die einige Linke bezüglich Rußland in den Raum stellten, fehlt m.E. eine ökonomisch begründete Grundlage. Die Inbesitznahme der Krim und nunmehr der Ost- und Südukraine durch Rußland hat insbesondere militärstrategische Gründe, neben dem Schutz der russischen und russischsprachigen Bevölkerung vor dem Terror der ukrainischen Nationalisten. All dieser Aufwand wäre aus russischer Sicht nicht nötig bei einer neutralen und entmilitarisierten Ukraine, also dem Zustand vor dem Maidan-Putsch von 2014.

Auch aufgrund der seit Jahren forcierten Bewaffnung und der erklärten und praktisch betriebenen Einbeziehung der Ukraine in NATO-Strukturen sowie die in den Raum gestellte Anschaffung von Atomwaffen durch die Ukraine kann »Putins Angriffskrieg« – verzichtet man gemäß Mehring auf moralisierende Bewertungen – kaum als imperialistischer Krieg bewertet werden, statt dessen eher als nationaler Verteidigungskrieg Rußlands gegen die praktizierte NATO-Einkreisung, in den nun auch offiziell der antifaschistische Bürgerkrieg der Volksrepubliken im Donbass gegen die ukrainische Zentralmacht eingebunden ist.

Ob die bonapartistische Bändigung der Oligarchen in Rußland angesichts der aktuellen Krise in eine offene Militärdiktatur übergeht oder vielleicht auch zur Überwindung der oligarchischen Kapitalismusvariante in Rußland führen kann, bleibt indes offen.

GERD MARKMANN

1 – Mehring, Franz: *Gesammelte Schriften*, Bd. 8, Zur Kriegsgeschichte und Militärfrage. Dietz Verlag Berlin 1982, 4. Auflage, (1. Auflage 1967)

Herausgegeben von Prof. Dr. Thomas Höhle, Prof. Dr. Hans Koch, Prof. Dr. Josef Schleifstein, Vorwort zu Band 8 von Heinz Helmert

2 – Markmann, Gerd: »Kriegsgeschrei und Aufrüstung«, BBP Nr. 319 vom 9. Februar 2022, S. 13

3 – Mehring: *Gesammelte Schriften* 8, Vorwort von Heinz Helmert

4 – Lenin, Wladimir Iljitsch: *Werke*, Band 22, Dietz-Verlag, Berlin 1960, S. 194

5 – Markmann, Gerd: »Zwei Kriege in einem«, BBP Nr. 321 vom 6. Mai 2022, S. 8

6 – www.andreas-wehr.eu/Rußland-ein-imperialistisches-land.html;

Zeise, Simon: »Kampf dem deutschen Imperialismus: Podium zur Lage der Friedensbewegung und zum Charakter des Kriegs in der Ukraine«, *Junge Welt*, 16.5.22;

Projanski, Harald: »Das andere Imperium«, *Junge Welt*, 18./19.6.22;

Projanski, Harald: »Spezielle 'Spezialoperation'«, *Junge Welt*, 20.6.22;

Schölzel, Arnold: »Die 'Imperialismus'-Inflation«, *Junge Welt*, 6.7.22

7 – »Der Wandel des Gregor Gysi«, BBP Nr. 320 vom 23. März 2022, S. 8

Warnung vor Kriegsmüdigkeit

ANNALENA BAERBOCK von Bündnis 90/Die Grünen – offiziell Außenministerin der BRD-Regierung, faktisch aber eher als Kriegsministerin tätig – hat am 25. Mai bei einer Pressekonferenz ausdrücklich vor »Kriegsmüdigkeit« in den westlichen Staaten gewarnt.

Aha! Die BRD, für die Annalena ja spricht, und der sogenannte Westen befinden sich also im Krieg. Wie sonst könnten die Menschen »in den westlichen Staaten« einschließlich der BRD in eine »Kriegsmüdigkeit« fallen?

Ja klar, die BRD beteiligt sich mindestens seit der ersten rot-grünen Regierung unter Bundeskanzler Schröder an völkerrechtswidrigen Kriegen und sonstigen »Kampfeinsätzen«. Der 20jährige Krieg in Afghanistan endete im vorigen Jahr mit einem schmachvollen Rückzug. In Mali steht selbiger noch bevor. Doch davon sprach Baerbock nicht. Sie bezog sich in ihrer

Rede auf den Krieg in der Ukraine. Wir Bürger dieser Republik sollen nicht »kriegsmüde« werden. Dabei gibt es hier noch gar keine direkte Beteiligung am Krieg, wengleich mit dem Bundestagsbeschluß zur Lieferung schwerer Waffen ein wichtiger Schritt in Richtung direkter Kriegsbeteiligung gemacht wurde und damit auch eine direkte Konfrontation zwischen der NATO und Rußland mit der Gefahr eines dritten Weltkrieges, der zur thermonuklearen Weltvernichtung führt, zur realen Möglichkeit oder gar Wahrscheinlichkeit werden läßt.

Wenn Annalena Baerbock vor »Kriegsmüdigkeit« warnt, dann befindet zumindest sie sich schon im Krieg mit Rußland. Dann heißt das, daß die bündnisgrüne Ministerin zur atomaren Vernichtung unserer Welt aufruft. Ein Fall für die Anwendung von Grundgesetzartikel 20.

ANNA FRÖHLICH



Protestdemonstration der Eberswalder Friedensbewegung am 5. Mai 1999 anlässlich einer »Luftlandegefuchsübung« des Bundeswehrkommandos »Luftbewegliche Kräfte« auf dem Flugplatz Finow. (BBP 6/1999). Der Barnimer Kreistag hob daraufhin am 30. Juni 1999 mit SPD/CDU-Mehrheit den Kreistagsbeschluß von 1990 für einen militärfreien Kreis demonstrativ auf. Übrigens in rechtswidriger Form, die aber von niemandem beanstandet wurde. (BBP 8/1999)

Wer will in den Krieg ziehen?

Die Frage ist doch: ist der Westen bereit, die Waffe in die Hand zu nehmen, um gegen die russischen Streitkräfte zu kämpfen und den Tod zu riskieren? Und damit meine ich nicht die hyperventilierenden Politiker, sondern den einfachen Mann auf der Straße.

Will der wirklich sein Leben riskieren, mit einer eingefangenen Kugel, mit einem umherfliegenden Granatsplitter, für eine demokrati-

sche Verfassung, die angeblich der Russe nicht besitzt?

Ich denke: Nein. Selbst die Bundeswehr ist offensichtlich nicht bereit, in diesen sinnlosen Krieg zu ziehen. Wenn sie es doch machen muß und nicht alle Soldatinnen desertieren, dann steht der Russe wirklich eines Tages wieder vor unserer Haustür!

JÜRGEN GRAMZOW

Brandenburger SPD gegen Energie-Embargo

Berlin (bbp). »In der aktuellen Debatte um neue Sanktionen gegen Rußland aufgrund des Ukraine-Krieges sprechen sich die Brandenburger SPD-Bundestagsabgeordneten derzeit gegen ein Embargo für Öl oder Gas aus Rußland aus«, teilte die Brandenburger SPD-Landesgruppe im Bundestag im April mit. Sie seien nicht gegen Sanktionen

an sich, diese sollten aber »möglichst wenig Schaden für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land bedeuten... Zum jetzigen Zeitpunkt würde ein Embargo von russischem Öl oder Gas vor allem im Osten Deutschlands volkswirtschaftlich massiv schaden, aber gleichzeitig nur wenig geeignet sein, den Krieg ... zu beenden.«

Direkte Demokratie in der BRD: *Schlußlicht in der EU*

Nachdem bereits 2021 erfolgreich eine privat organisierte Volksabstimmung bundesweit absolviert wurde, geht es auch in diesem Jahr weiter. Nach einem halben Jahr Auswertung, Planung und auch Verschnaufen steht der Kampagnenplan für eine zweite weitgehend ehrenamtlich organisierte bundesweite Volksabstimmung. Der ABSTIMMUNG21 e.V. beginnt am 1. September mit einer Themenauswahl, die von den Teilnehmern selbst initiiert wird. Warum dies? In Europa wird laut darüber nachgedacht, wie eine zukünftige Sicherheitspolitik in Europa und in den einzelnen Ländern aussehen könnte. Bemerkenswert ist dabei, daß einige Länder ihre Bürger direkt einbeziehen, vor allem in Dänemark und Finnland.

Dänen und Finnen stimmen ab

Dänemark will Milliarden zusätzliche Kronen in die Landesverteidigung stecken und läßt ihre Bürger über eine stärkere Einbindung in die Verteidigungszusammenarbeit der EU abstimmen. Die Volksabstimmung fand am 1. Juni 2022 statt und erbrachte eine Mehrheit für die NATO-Einbindung.

Anfang März debattierte das finnische Parlament vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs über eine mögliche NATO-Mitgliedschaft. Der Grund für die Parlamentsdebatte war eine erfolgreiche Initiative von Bürgern, die eine Volksabstimmung zur NATO-Mitgliedschaft fordern. Die Initiative hatte die erforderlichen 50.000 Unterschriften gesammelt und das Parlament zu einer Debatte über die NATO-Mitgliedschaft verpflichtet.

Die Deutschen dürfen nicht

In ganz Europa ist direkte Mitbestimmung auf nationaler Ebene für die Bürger möglich, nur in der BRD nicht. Bei Themen, die uns alle als Bundesbürger existentiell betreffen, zählt unsere Stimme nicht. Doch gerade bei Grundsatzfragen braucht es eigentlich eine hohe Legitimation durch die Bevölkerung, damit Entscheidungen auch in der Breite mitgetragen werden. Deshalb läßt z.B. Dänemark seine Bürger über die künftige Landesverteidigung abstimmen. Für dieses ebenso notwendige wie befriedende Recht der Mitbestimmung will sich die Initiative ABSTIMMUNG21 weiter einsetzen - bis Volksabstimmungen endlich gesetzlich eingeführt werden. Am 1. September startet daher die zweite selbst organisierte bundesweite Volksabstimmung.

Es beginnt mit einer zweimonatigen Themenermittlung für die Volksabstimmung. Hier können Sie eigene Anliegen einbringen und dann wird gemeinsam ermittelt, welche davon die dringendsten sind. Die Fragestellungen mit den meisten Stimmen kommen anschließend in die bundesweite Abstimmung. Anmeldung: abstimmung21.de/#abstimmungsunterlagen

THOMAS TOBLER

Geschichtsbaum zu Amadeu Antonio



Foto: Stadtverwaltung Eberswalde

Eberswalde (prest-ew/bbp). Wichtig in der Eberswalder Erinnerungskultur ist der gewaltsame Tod von Amadeu Antonio am 6. Dezember 1990. Seit mehr als dreißig Jahren wird das Andenken an den Angolaner auf vielfache Art und Weise gepflegt und geehrt.

Am 7. Juni wurde am Ort der Tat ein Geschichtsbaum eingeweiht, der in deutscher und englischer Sprache auf sechs Tafeln die Geschehnisse und Hintergründe des Todes erzählt und so lebendig halten, als auch über weitere Eberswalder Geschichte berichten. Zuvor hatten die Stadtverordneten die Aufstellung der Informationstafel beschlossen.

»Seit der grausamen Tat haben sich viele Akteure und Initiativen entwickelt, die mit engagierter Integrations- und Antirassismuarbeit ähnliche Vorfälle vermeiden wollen. Auch die Stadt ist sich der Wichtigkeit dieser Aufgabe bewußt und engagiert sich aktiv, um diese Arbeit zu etablieren und zu verstetigen. Amadeu Antonios Schicksal ist ein grausames Beispiel für Menschenverachtung, nicht

nachvollziehbare Vorurteile und einer unvorstellbaren Gewaltbereitschaft – das wollen wir nicht in unserer Stadt«, sagt Sarah Schmidt, Referentin für soziale Teilhabe und Integration.

Die Umsetzung des Projekts erfolgte durch die Bürgerstiftung Barnim Uckermark und dem Referat für soziale Teilhabe und Integration der Stadt Eberswalde in Zusammenarbeit mit zahlreichen Akteuren der Eberswalder Zivilgesellschaft wie Jone Munjunga (Palanca e.V.), Katarina Walter (Stadtverordnete DIE LINKEN) sowie der Kampagne »Light Me Amadeu«.

»Grundsätzlich sollte immer zwischen den Menschen, gleich welcher Herkunft, ein friedvolles, wohlwollendes und hilfsbereites Miteinander sein, was so wunderbar klappen kann, wie wir zum Beispiel am Tag der Nachbarn im Brandenburgischen Viertel gesehen haben. Wir alle gemeinsam und jeder im Einzelnen muß sich täglich darum bemühen.«, so Sarah Schmidt weiter.

Die Aufstellung des Geschichtsbaumes erfolgte durch den Bauhof der Stadt.

Spendenaufruf:

Neues Zimmer beim Bürger-Asyl Barnim

Das Bürgerinnen-und-Bürger-Asyl Barnim hat seit kurzem eine neue Wohnmöglichkeit in Eberswalde zur Verfügung und braucht dringend Spenden. Seit Juni können wir noch eine Person mehr als bisher vor Abschiebungen schützen, indem wir einen neuen Schlafplatz zur Verfügung stellen können. Dort kann eine Person wohnen, ohne in ständiger Angst vor Abschiebung zu leben. So ein Ort ist nicht umsonst, für die Miete sind wir auf eure Spenden angewiesen.

Im Jahr 2021 haben wir 30 Menschen vor Abschiebungen schützen können. Dafür haben wir Dauerspenden und Einzelspenden verwendet. Diese reichen nun nicht mehr. Zusätzlich zu den Kosten für Wohnraum, geben wir auch Geld für Taschengeld, Anwaltskosten u.a. aus. Spendenkonto: DE78 1705 2000 1110 0262 22, Spk. Barnim, Konto-Inhaber: Barnim für alle

Der an vielen Stellen erfreuliche Umgang mit den Geflüchteten aus der Ukraine zeigt, daß auch ein menschlicherer Umgang möglich ist. Wir freuen uns sehr, daß die ankommenden Menschen aus der Ukraine selbst ihr Zielland und weitgehend ihren Aufenthaltsort wählen können. Alle anderen Geflüchteten sind weiterhin dem Dublin-System ausgesetzt und nach der Ankunft in Deutschland droht ihnen die Abschiebung in das erste Land, daß sie in Europa betreten haben. Sechs Monate lang können sie abgeschoben werden. Viele entgegen dem, indem sie an anderen Orten schlafen, bei Freunden, oder eben im Bürger-Asyl.

Menschen aus der Ukraine bekommen quasi automatisch einen Aufenthaltstitel mit Arbeitserlaubnis und Zugang zu Sprachkursen. Das würden wir allen Menschen wünschen.

Bürger-Asyl Barnim (www.b-asil-barnim.de)

Das Neun-Euro-Ticket:

Was für eine schöne Billigfahrerei!

Seit dem Juni können wir, alle die hier sind – sogar Touristen – für 9 Euro im Monat mit öffentlicher Bahn und Bus überall herumkutschten. Ja okay, der ICE ist außen vor, dort fahren nur die ganz Teuren. Wieso gerade jetzt? Was bringt das unter dem Strich? Jetzt war doch eigentlich ein Tempolimit dran oder die Cannabis-Freigabe oder wie?

Aber nein, zeitgleich ging es im Bundestag in großer nationaler Wichtigkeit um eine Grundgesetzänderung. Wegen dem 100-Milliarden-Kredit zur Rettung des Klimas. Pardon, zur Neutronisierung der Luft. Wieder falsch. Egal. Mich beschleicht das Gefühl, das 9-Euro-Ticket ist nur eine PR-Maßnahme, eine Art Opium fürs Volk, ständig verfügbar, leicht inhalierbar, und es erzeugt das Bewußtsein, daß hier etwas ganz grandioses passiert sei, etwa so, als hätten wir die Fußball-WM im Land. Die Leute sind fixiert auf die Prozentschlacht, daß sogar die Tankrabatte als gute Idee wahrgenommen wurden, bis herauskam, daß uns die Ölkonzerne umso besser ausnehmen. Aber für den artgerechten Verkehr ist es doch, oder?

Denn überall, wo vom 9-Euro-Ticket geschrieben stand, hängt hinten dran die Floskel »und für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur«. Doch das ist wohl nur eine sinnfreie Hoffnung auf noch Besseres. Adäquate Beschlüsse für eine Verkehrswende gibt es gar nicht. Ein Rabatt zum Einsteigen bricht nun mal keinen Damm für Investitionen, sondern benebelt nur die Konsumentenhirne auf dem Bahnsteig. Unter diesem Nebel entfällt das Tempolimit auf Autobahnen genauso wie ein grundsätzliches Umlenken in der Steuerpolitik zugunsten der Armen oder von einer tragfähigen Konzeption des Bundes zur Klimarettung, die es ja bekanntermaßen gar nicht gibt. Und zuguterletzt, Herrn Putin sei Dank, darf die öffentliche Hand unter blau-gelber Flagge getrost in vielfacher Dimension Steuergeld zur Militarisierung verwenden, ohne daß es den Politikbetrieb irgendwie stört. Ab September ist das Ticket passé. Wir dürfen gespannt sein, welcher Zucker dann verteilt wird. Unter dem Strich also nichts Neues.

THOMAS TOBLER

Bernauer Tafel in Not:

Kreistag Barnim verschleppt Hilfe

Bernau (bbp). »Mit einer höchst fragwürdigen Argumentation wurde auf der jüngsten Sitzung des Kreistages Barnim der Antrag auf Unterstützung der Bernauer Tafel in den Sozialausschuß verwiesen«, heißt es in einer Pressemitteilung von BVB/Freie Wähler. »Damit wird eine mögliche Rettung vor der drohenden Räumung immer schwieriger.« Die Bernauer Tafel sei eine wichtige soziale und für viele Menschen tägliche, lebensnotwendige Einrichtung. Nicht nur für die Stadt Bernau, sondern auch für große Teile der Landkreise Barnim und Märkisch-Oderland ist sie eine wichtige Anlaufstelle. Der Verein soll sein bisher genutztes Gelände bis zum 1. September räumen. Ein erneuter Aufschub durch den Vermieter ist nicht mehr möglich. Damit droht eine Räumungsklage, die mit sehr hohen Kosten verbunden ist.

Unter diesen Umständen mute es befremdlich an, daß die Kreistagsmehrheit für eine Überweisung des Antrags auf Hilfe von BVB/Freie Wähler in den Sozialausschuß stimmte. Der Antrag sah vor, daß der Ausschuß – nach Abstimmung zwischen Stadt, Kreis und Land – eine Summe kalkulieren und dem Kreistag zur finalen Beschlußfassung vorlegen soll. »Wenn nun erst der Ausschuß darüber beraten soll, ob der Ausschuß sich selbst beauftragen soll, eine Kalkulation zu erstellen, geht kostbare Zeit verloren ohne inhaltlichen Mehrwert.« Es sei unverständlich, daß vor allem auch die Linken diese Verschleppung mitmachen. Die bündnisgrüne Fraktionsvorsitzende HEIKE

WÄHNER unterstellte dem Verein sogar »Mißmanagement« als Ursache für die Notlage. Dies sei »eine nicht hinnehmbare Herabsetzung der vielen ehrenamtlich Tätigen bei der Bernauer Tafel, ihnen bei einer nicht selbst verschuldeten Not so etwas zu unterstellen«, erklärte dazu Kreistagsabgeordneter Péter Vida.

Die Stadt Bernau hat inzwischen die Neuerrichtung von Hallen und Gebäuden auf einem stadteigenen Gelände in Angriff genommen, diese werden jedoch voraussichtlich erst im Frühjahr 2023 bezugsfertig sein. Die Tafel Bernau müsse daher ihre wichtige tägliche Lebensmittelversorgung und Sozialberatung ab September einstellen.

»Um das zu vermeiden, sollte der Antrag eine Hilfe durch den Landkreis zügig auf den Weg bringen. Angesichts ihres Abstimmungsverhaltens mutet es wenig glaubwürdig an, wenn die Linken nun kostenlose Mittagessen in Bernau-Süd ausschenken, zugleich aber Schritte hin zur Rettung einer der größten Tafeln in Brandenburg torpedieren. Denn sie ist die zentrale Institution, die die meisten hilfebedürftigen Menschen vor Ort erreicht«, so Antragseinbringer Sven Weller.

BVB/Freie Wähler wollen sich in ihrem Einsatz zur Rettung der Bernauer Tafel nicht entmutigen lassen und werden auch in Bernau selbst tätig. »Die Tafel Bernau befindet sich in einer besonderen Notsituation. Da braucht es besondere Lösungswege«, erklärte die Bernauer Fraktionsvorsitzende Anette Kluth ihren dort eingereichten Antrag.

750 Jahre Kloster Chorin

Chorin (bbp). Das 750 Jahre alte Kloster Chorin ist für Ministerpräsident Dietmar Woidke ein »echter Sehnsuchtsort«, teilte das Presseamt der Brandenburger Staatskanzlei mit. Zum Auftakt der Jubiläumsfeierlichkeiten der Klosteranlage im Landkreis Barnim am 18. Juni betonte Woidke: »Es ist jedes Mal etwas ganz Besonderes, nach Chorin zu kommen und die roten Backsteingiebel des Klosters inmitten der großartigen Naturlandschaft des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin auftauchen zu sehen. Ich freue mich sehr, dieses besondere Jubiläum als Schirmherr unterstützen zu dürfen.«

In seinem Grußwort dankte er allen, die sich um die Bewahrung dieses historischen und kulturellen Kleinods verdient gemacht haben. Woidke würdigte die große Vielfalt des Angebots für die Besucherinnen und Besucher von geführten Touren über die Dauerausstellung bis zu zeitgenössischer Kunst im historischen Rahmen.

»750 Jahre Sehnsuchtsort Kloster Chorin« ist der Titel der Sonderausstellung zur Eröffnung des Jubiläumjahres. Das Kloster Chorin feiert in diesem und im nächsten Jahr das 750-jährige Bestehen. Gestiftet wurde das Kloster von den Markgrafen zu Brandenburg. 270 Jahre lebten dort Zisterzienser-Mönche. Vor 480 Jahren wurde die Abtei als Folge der Reformation aufgelöst. Seither wird der Bau säkular genutzt. Im 19. Jahrhundert wurde Karl Friedrich Schinkel bei seinen Reisen auf die Klosterreste aufmerksam und überzeugte das preußische Königshaus, die Reste der Anlage zu erhalten. So wurde sie ab 1817 ein frühes Beispiel preußischer Denkmalpflege.

Kopfhörerparty über der Stadt

Eberswalde (bbp). »Flyer basteln is nich so unser Ding. Dafür Mucke umso mehr!«, schrieb HENRIETTE HEISE in die dit-netz-Liste, um zur »Kopfhörerparty oben an der Schillertreppe mit bestem Blick und im Grünen« einzuladen. Die Party soll am Sonnabend, dem 23. Juli, ab 19 Uhr starten, um dann bis in den Morgen zu dauern. »Dann gibt's was auf die Ohren von Sander, Block und Frau Jette: HipHop, Reggae, Soul, Funk und Teschno sind unser Ding. Mindestens.«

Um angesichts der Nähe der innerstädtischen Wohnbauten, die dort lebenden und in der Nacht schlafenden Menschen vor allzu großem Lärm zu bewahren, gibt's die Musik per Kopfhörer. Selbige werden auch ausgeliehen, wofür der Personalausweis als Pfand hinterlegt werden soll – »wenn wir uns noch nicht kennen. Über ne Spende freuen wir uns, geht aber auch ohne. Bis denne!«

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
 internet: www.barnimer-buergerpost.de

In der Eberswalder Bombennacht vom 25. auf den 26. April 1945 wurde das Stadttheater durch einen Völltreffer zerstört und lag bis Mitte der 1950er Jahre in Trümmern. Ein Wiederaufbau erfolgte nicht. Das Grundstück diente dann jahrzehntelang als unbefestigter Parkplatz für das Kraftverkehrskombinat und später für die Telekom. Heute befindet sich dort ein ALDI-Markt.

Nach dem Krieg bestand ein großes Interesse an Theateraufführungen. In dieser Situation betrat ALFRED HUWALD (2.11.1903-11.2.1977) gewissermaßen die Bühne. Der recht bekannte Eberswalder war ein mittelgroßer Mann. Sein charakteristisches Aussehen war durch die spiegelblanke Glatze, umgeben von einem erst schwarzen, später von respektgrauem und leicht lockigem Haar, sowie eine (oft helle) Hornbrille geprägt. Er wohnte bis zu seinem Tod in der Michaelisstraße 5, dem einzigen Haus in dieser Straße, das die Bombennacht überstand. Theaterfreunde gründeten im August 1946 die Bühnenspielgemeinschaft Eberswalde als Laientheater. (Zeitzeugen berichten aber von einer Aufführung bereits im Dezember 1945.) Es handelte sich um einen Verein mit ca. 200 Mitgliedern, die sich gern als Schauspieler ausprobieren wollten, auch Kostüme schneiderten, Bühnenbilder entwarfen und Freude am Erlernen von Rollen hatten. Alfred Huwald, der schon seit Ende des 1. Weltkriegs Erfahrungen als Laiendarsteller gesammelt hatte, war der Vorsitzende dieser Bühnenspielgemeinschaft. Er inszenierte viele Stücke, die mit Erfolg von der Eberswalder Bevölkerung aufgenommen wurden. Das Ensemble gastierte aber auch auswärts.

Die frühesten aufgeführten Stücke waren 1946 das von URSULA KUGEL choreografierte Tanzmärchen »Dornröschen« (Aufführungen bis 1952), das Stück »Parfüm meiner Frau« (Leo Lenz), das Märchen »Frau Holle« (Brüder Grimm) und 1947 »Der Schweinehirt/Der Prinz von Samarkand« (nach Hans Christian Andersen von Kurt Heynicke). Zur 700-Jahrfeier der Stadt führte Alfred Huwald am 26. Juni 1954 auf der Freilichtbühne an der Lessingstraße das Märchen »Rotkäppchen« auf. Als Mitglied des »Gesamtdeutschen Laienspielausschusses der Studien- und Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Volks- und Laienkunst« leitete er vom 24. bis 30. September 1956 in Eberswalde eine gesamtdeutsche Tagung. In dieses Jahr fällt auch die Aufführung des Kriminalstückes »Parkstraße 13« (Axel Ivers) in dem großen Kino »Westend-Theater«, das den Krieg überstanden hatte und der Bühnenspielgemeinschaft oft als Aufführungsort diente. Er führte dabei die Regie unter Mitwirkung von Ursula Kugel, die von Anfang an der Bühnenspielgemeinschaft angehörte, und durch zahlreiche Auftritte – auch unter Mitwirkung ihrer Tanzgruppe – stadtbekannt wurde. Bis 1956 stand Alfred Huwald zirka 500mal auf der Bühne.

WILFRIED KUGEL, der 1949 geborene Sohn von Ursula Kugel, war als Kind bei vielen Aufführungen »backstage« dabei; er berichtet:

Alternative Prominente in Eberswalde (Folge 19): Alfred Huwald *Ein Theatermensch im Finowtal*

Bis zum 2. Weltkrieg gab es in Eberswalde ein Theater. Eberswalde war gewissermaßen eine Theaterstadt. Das imposante Gebäude verfügte über einen pompös ausgestatteten Saal, war aber nie eine gewinnbringende Einrichtung. Ein eigenes Ensemble gab es nicht, man lebte von Gastspielen.



Ursula Kugel und Alfred Huwald in Aktion.

»In der Nachkriegszeit stand auch Schillers ‚Wilhelm Tell‘ auf dem Programm. Den Erzählungen meiner Mutter zufolge wurde es zum Problem, daß oft der Apfel verschwunden war, weil ihn jemand gegessen hatte. Dann wurde es in der damaligen Zeit sehr schwierig, einen neuen zu beschaffen.

Die Aufführungen waren immer sehr lustig. Alfred Huwald trank entsetzlich viel Schnaps. Er hatte wohl auch Affären mit Schauspielerinnen. Natürlich spielte er bei jedem Stück selbst mit, vergaß aber im Alkoholrausch manchmal seinen Text. Dann improvisierte er wild. Das Publikum und auch die anderen Schauspieler wurden dadurch zu Lachanfällen hingerissen, was ich auch miterleben konnte.

Bei der Bühnenspielgemeinschaft traten finanzielle Unregelmäßigkeiten auf. Alfred Huwald bezahlte die Mitwirkenden immer persönlich und separat in bar, übergab das Geld in einem Kuvert, das er in einem Hinterzimmer über einen Schreibtisch reichte, auf dem eine Flasche Cognac stand. Ich war selbst Zeuge. Meine Mutter wurde schlecht bezahlt und sie vermutete, daß er regelmäßig Geld unterschlug.«

Gegen Ende der 1950er Jahre erreichte die Bekanntheit von Alfred Huwald ihren Höhepunkt. In der Michaelisstraße 5 verkehrten bei ihm viele lokale Künstler, wie z.B. der gleich um die Ecke, in der Eisenbahnstraße 5 wohnende Ali Wachholz, der auch als Bühnenbildner und Visagist der Bühnenspielgemeinschaft wirkte.

Erstaunlich war, daß die Bühnenspielgemeinschaft – soweit bekannt – keine partei-

oder sowjetfreundlichen Stücke aufführte, was den staatlichen Instanzen der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR wohl mißfallen mußte. Hinzu kam, daß man Alfred Huwald schließlich die Unterschlagung von Geldern vorwarf. Diese Umstände führten Ende 1957 zum Ende der Bühnenspielgemeinschaft, bei deren Hauptversammlung am 29. November 1957 Ursula Kugel noch zum Mitglied des Vorstands gewählt worden war.

Eines Tages verschwand Alfred Huwald über Nacht. Das war damals nichts Besonderes. Es gab immer zwei Möglichkeiten: Entweder waren die Personen in den Westen abgehauen oder sie waren abgeholt worden. Natürlich berichtete das örtliche Kreisorgan nicht über das Verschwinden. Aber das Bezirksorgan schrieb über Streitigkeiten innerhalb der Bühnenspielgemeinschaft, in deren Zusammenhang viele Mitglieder die Gemeinschaft verließen. Im Eberswalder Buschfunk kursierten dann recht schnell Gerüchte über eine Verhaftung von Alfred Huwald. In diesem Zusammenhang wurden auch mehrere große Geldbeträge genannt. Politisch motiviert war der Vorfall aber offenbar nicht.

Die Eberswalder nahmen Alfred Huwald das ganze nicht weiter übel. Er war ein geachteter Mann. Es war damals schon so wie heute, gewisse Prominente, wie zum Beispiel der verstorbene Schauspieler Harald Juhnke, konnten sich in der Öffentlichkeit vieles erlauben.

Inzwischen erhielt die Bühnenspielgemeinschaft eine zunehmende Konkurrenz durch die Aufführungen des Kleist-Theaters aus Frankfurt (Oder).

Lange blieb Alfred Huwald nicht verschwunden. Er verließ die Bühnenspielgemeinschaft und wechselte zum Dramatischen Zirkel des Raw (Raw: Abkürzung für »Reichsbahn-Ausbesserungswerk« zur DDR Zeit). Dort konnte er seine Fähigkeiten und Erfahrungen einbringen.

Eine beeindruckende Leistung Alfred Huwalds war die Inszenierung von Gerhard Hauptmanns »Der Biberpelz« im Kultursaal des Raw am 29. April 1961. Weiter führte er Regie bei Aufführungen von Stücken aus Grimm's Märchen bei den Weihnachtsfeiern für die Kinder der Eisenbahner. Dabei spielte seine sehr hübsche Tochter Bärbel die Prinzessin, oder besser gesagt, Bärbel Huwald war für die Eberswalder Kinder die Prinzessin.

Später wurde aus dem »Dramatischen Zirkel des Raw« das »Arbeitertheater«. Alfred Huwald verließ dann auch das Arbeitertheater mit der Folge, daß dieses keine Bühnenstücke mehr aufführte, sondern nur noch Kabarettsketche.

Die frühere Verhaftung war offensichtlich nicht weiter bedeutsam, denn ab Anfang der 1960er Jahre war Alfred Huwald Abteilungsleiter für Volksbildung/Kultur beim Rat der Stadt Eberswalde. Dafür mußte man eigentlich ein ausgewählter »Kader« sein.

Alfred Huwalds Präsenz und Bekanntheit in der Öffentlichkeit sanken. Eberswalde hatte damals viele gute Berufskünstler, man denke an Bärbel Wachholz (die Tochter von Ali Wachholz), das Orchester Max Reichelt, später dann den Bauchredner Ulrich Ultrano. Für diese war die »Konzert- und Gastspielleitung« zuständig. Daneben gab es noch sehr gute Amateurkünstler, beispielsweise im Kranbau-Variété, oder im Arbeitertheater des Raw. Für diese waren die jeweiligen Betriebe zuständig.

Bei den »Arbeiterfestspielen« 1964 im Bezirk Frankfurt (Oder) tauchte der Name Alfred Huwald dann schon nicht mehr auf. Er geriet wegen seiner Schreibtschfunktion, die er bis zu seinem Renteneintritt ausfüllte, kontinuierlich in Vergessenheit.

Als Rentner unterschied er sich kaum noch von den übrigen Rentnern, die meist im Gebiet von Michaelisstraße bis Weidendamm auf den Parkbänken saßen oder ihre Hunde in den Parkanlagen ausführten, so wie Alfred Huwald, der einen schwarzen Pudeln besaß, der auf den Namen Whiskey hörte. Ein etwas eigenartiger Name für einen Hund, vielleicht ein Symbol seiner Alkohol-Passion. Mehrfach sollen sich Schüler vor dem Haus in der Michaelisstraße versammelt und gerufen haben: »Hund, Hund, Hund ...«, solange, bis sich Whiskey am Fenster zeigte. Dann hatten die Schüler ihr Ziel erreicht und verschwanden.

Alfred Huwald starb nach langem Leiden im Jahr 1977. In Erinnerung blieb er den Eberswalder Bürgern durch seine Tätigkeit als Theaterdirektor, Regisseur und Schauspieler.

Dr. WILFRIED KUGEL und
Dr. ULRICH POFAHL

Bernauer Puppentheater on Tour

Bernau (best). Das Puppentheater on Tour geht in eine neue Runde und bietet acht Puppen-, Erzähl- und Kindertheater-Vorstellungen an verschiedenen Orten in Bernau und den Ortsteilen.

Damit setzt die BeSt Bernauer Stadtmarketing GmbH einen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung um, der die BeSt finanziell erüchtigt, dieses kulturelle Kleinod weiterzuführen. Die Veranstaltungsorte sind so unterschiedlich wie die Stücke, die gezeigt werden. Bereits im Juni gab es Vorstellungen im Bauhaus-Besucherzentrum in Waldfrieden, im Kützpark am Steintor und auf dem Dorfanger Ladeburg. Weitere Vorstellungen gibt es in der Galerie Bernau, auf dem Gelände der IFN Schönöw GmbH, auf der Festwiese in Birkholzaue, zum 11. Tag der Vereine im Bernauer Stadtpark und als krönenden Abschluß zum Tag des offenen Denkmals im Feuerwehrhaustheater in Börnicke. Damit verbindet sich eine niedrigschwellige Kulturreihe mit einer Stadterkundung.

Einlaß ist jeweils eine halbe Stunde vor Vorstellungsbeginn (Programmänderungen vorbehalten!). Karte pro Nase 4 Euro (3 Euro für Stadtpaßinhaber) — keine unbegleiteten Kinder! Buchungen online unter www.puppentheater-bernau.de oder telefonisch bei der BeSt: 03338 37 65 90. Buchungen sind nur bis jeweils Freitag, 11 Uhr, vor der Veranstaltung möglich. Bitte beachten Sie, daß der Kartenverkauf am Veranstaltungstag nicht vorgesehen ist. Es können nur vorbestellte Karten abgeholt bzw. bezahlt werden.

Das Programm:

Sonntag, 17. Juli, 11 Uhr | Birgit Hägele »Der Marienkäfer, der seine Punkte verlor« | Galerie Bernau, Bürgermeisterstraße 4

Erzähltheater mit Puppen und Bildern für Kinder ab 5 Jahre | Ein Marienkäfer, ein echter Glückskäfer, wacht eines Morgens auf und hat alle seine Punkte verloren. Nun verdächtigt er jedes Tier, das Punkte hat, des Diebstahls. Wird er seine Punkte zurückbekommen und wieder ein Glückskäfer werden?

Sonntag, 24. Juli, 11 Uhr | Hermannshoftheater »Peter und der Wolf« | Gelände der IFN Schönöw GmbH, Bernauer Allee 10



Figurenspiel frei nach Sergej Prokofjew für Kinder ab 4 Jahre und Erwachsene | Im Gramophon wohnt eine alte Geschichte: Die Jungen wollen draußen auf der Wiese spielen und Abenteuer erleben, die Alten aber warnen: »Wenn nun der Wolf aus dem Wald kommt, was dann?« Ja, was dann?

Sonntag, 14. August, 11 Uhr | Theater Lakritz: »Hase und Igel« | Festwiese Birkholzaue, Alte Bernauer Landstraße



Eine Märchenerzählerin »plaudert aus dem Nähkästchen« für Kinder ab 3 Jahre | Der Hase und Familie Igel sind Nachbarn und machen sich das Leben nicht immer leicht. Den Hasen stört der Lärm der Igelkinder. Bis sich Hase und Igel eines schönen Sonntagmorgens in die Wolle kriegen und eine Wette abschließen.

Sonntag, 28. August, 11 Uhr | Theater des Lachens: »Trockenschwimmer« | 11. Tag der Vereine im Bernauer Stadtpark | Eintritt frei!



Ein Vergnügen mit Puppen und Menschen in Flossen für Kinder ab 4 Jahre | Vogelgezwitscher. Ein sanftes Rauschen. Schilf am Horizont. Ein Teich. Ein Frosch und ein Kröterich möchten sich an diesem schönen Ort niederlassen. In kleinen, wunderbaren Begegnungen werden sie zu Freunden. Ob das gut geht?

Keine Anmeldung erforderlich! Wer zuerst da ist, hat die besten Plätze!

Sonntag, 11. September, 11 Uhr | Geschichtenreich: »Der gestiefelte Kater« | Feuerwehrhaustheater, Börnicke Dorfstraße 11A

Figurenspiel frei nach dem Märchen von Perrault für alle ab 4 Jahre zum Tag des offenen Denkmals | »Wenn eine Katze in roten Stiefeln sich auf den Weg macht, ein Königreich zu erobern, können wir uns alle auf Abenteuer freuen. Die Macht des großen Zauberers scheint unermeßlich, aber im Theater können wir alle zaubern...«

Drei Fragen an ...

Prof. CONSTANTIN ALEX, künstlerischer Leiter der HSP – Humboldts Studentische Philharmonie

F: Herr Professor, wer oder was ist »Humboldts Studentische Philharmonie«?

A: Als groß besetztes Symphonieorchester bietet Humboldts Studentische Philharmonie musikbegeisterten Studentinnen und Studenten der Humboldt-Universität die Chance, sich neben ihrem Fachstudium intensiv der Musik zu widmen. Jedes Semester erarbeitet das Ensemble ein spannendes Programm - das Repertoire reicht von der Symphonie bis zur Oper, vom Oratorium bis zum Instrumentalkonzert, quer durch alle Epochen. Mehrmals jährlich präsentiert sich das Orchester in Konzerten in Berlin (z.B. auch im Konzerthaus am Gendarmenmarkt) oder auf Konzertreisen.

Unser Ziel ist es, anspruchsvolle und abwechslungsreiche Programme unter professioneller Leitung an interessanten Orten in- und außerhalb Berlins zu spielen. Zu unserem bisherigen Repertoire gehören neben Symphonien und anderen Orchesterwerken aus über vier Jahrhunderten, auch Opern, Filmmusik und Uraufführungen.

F: Was macht für Sie den Reiz aus, an einem Ort wie Panketal zu gastieren?

A: Alles, was uns aus unserer Routine herausholt, ist gut. Ein anderer Ort der Aufführung, die Fahrt hierher. Auch eine Open-Air-Veranstaltung ist nochmal eine andere Herausforderung für das Orchester. Das macht Spaß und setzt Kreativität frei. Die spezielle Anordnung der Schulgebäude hier ist bestens geeignet für Konzerte dieser Art. Die Musiker sind von drei Seiten geschützt und die hinter uns stehenden Wände werfen den Schall gut zurück in die Reihen der Zuhörer. Dazu der Blick auf die Bäume ... Außerdem – das Panketaler Publikum ist sehr freundlich und begeisterungsfähig.

F: Erwägen Sie, erneut nach Panketal zu kommen?

A: Sehr gerne! Spätestens zur Eröffnung der 3. Grundschule mit dem tollen Mehrzweckraum für 400 Gäste. Vielleicht finden wir auch früher eine Gelegenheit. Wir haben uns in Panketal sehr wohl gefühlt und bedanken uns für Ihre Gastfreundschaft.

Stadt-App für Eberswalde

Eberswalde (prest-ew). Am 1. Juni ist die neue Stadt-App »Mein Eberswalde« an den Start gegangen, die verschiedene Angebote zusammenfaßt: Digitale Verwaltungsdienstleistungen der Stadt Eberswalde, Informationen aus dem Rathaus, journalistische Nachrichtenangebote, ein Veranstaltungskalender, lokale Angebote zum Einkauf, Gastronomie, Dienstleistungen, das Hinweisportal MAERKER und die Wochenmärkte. Darüber hinaus macht sie touristische Angebote in der Stadt und Region sichtbar und verlinkt Partner.

8. Panketaler Kulturtage:

Grandioses Open-Air-Konzert



Fotos (2): THORSTEN WIRTH

Am Sonntag, den 10. Juli, fanden die 8. Panketaler Kulturtage mit einem herausragenden Gastspiel ihren besonderen Abschluß.

Der Vorsitzende des Kulturvereins »Kunstbrücke Panketal«, NIELS TEMPLIN, begrüßte pünktlich kurz nach 18 Uhr die gut 130 Besucher und die Mitwirkenden bei strahlendem Sonnenschein. Zu Gast in Panketal war »Humboldts Studentische Philharmonie« (HSP, Leitung Prof. CONSTANTIN ALEX). Das Ensemble stellte mit seinen ca. 75 Musikschaffenden das bislang vermutlich größte Orchester dar, welches im

Ort gastierte. Zur Aufführung kamen das »Konzert für Violine und Orchester« von Aram Chatschaturian (Solistin an der Violine MAYU NIHEI, Foto unten) sowie nach der Pause Dimitri Schostakowitschs »Symphonie Nr. 1 in f-Moll«. Das druckvoll spielende Orchester und die Kubatur des Gebäudeensembles sorgten für einen vollen Klang bis in die hinteren Reihen der Zuschauer, die im Schatten der Bäume oder unter den letzten Strahlen der untergehenden Sonne die virtuose Kunst des fantastischen Klangkörpers genossen.



Besonders zu erwähnen ist hier natürlich das anmutige Spiel der in Japan geborenen Mayu Nihei, von einem gut aufgelegten Orchester optimal unterstützt. Lang anhaltender Beifall ließ einen besonderen und gelungenen Konzertabend in Panketal nach rund zwei Stunden ausklingen.

Unser Dank geht an die Gemeinde Panketal, den Bürgermeister und an alle tatkräftigen Hände hinter den Kulissen, die zum Gelingen dieses Events beigetragen haben.

THORSTEN WIRTH, Kunstbrücke Panketal e.V.

Eis-Flatrate am Werbellinsee:

Genießen für den guten Zweck

Es ist schon eine feste Tradition in den bundesweiten Alloheimen (vgl. BBP 9/2021). Wenn die Temperaturen sommerlich steigen, sind alle Bürger und Kinder der Region herzlich zur großen Eisflatrate eingeladen. Auch die Senioren-Residenz »Haus am Werbellinsee« in Altenhof ist in diesem Jahr wieder mit dabei, wenn es darum geht, mit gutem Gewissen für die gute Sache zu schlemmen. Mit vielen leckeren Eissorten, bunten Zuckerstreuseln, Saucen und Schirmchen freut sich das Team des Hauses am 23. Juli darauf, die Eisbecher der Gäste immer wieder zu befüllen. An diesem Tag werden die Eisbecher nämlich niemals leer, denn wie in dem Märchen »Tischlein deck dich« darf hier unbegrenzt Eis geschlemmt werden. Dies alles für einen einmaligen Beitrag von nur fünf Euro. »Eis essen für den guten Zweck« lautet das Motto unseres Eisflatrate-Tages.

Der Ertrag des Schlemmens wird anschließend in vollem Umfang gespendet. Diesmal unterstützen wir wieder die freiwillige Feuerwehr bei uns in Altenhof, da die ehrenamtlichen Helfer nie genug unterstützt werden können. Ein großer Dank geht in diesem Zusammenhang an alle bei der Feuerwehr.

Los geht's ab 14 Uhr im »Haus am Werbellinsee« (Krumme Str. 5 in Altenhof) von der Seite der Seepromenade im Gartenbereich. Alle Angehörigen, Freunde und kleine und große Eisliebhaber der Region sind dazu herzlich eingeladen. Wir hoffen auf viele Gäste in unserem Haus und sind schon sehr gespannt, wer den diesjährigen Rekord im Eisessen schafft. Auch wer einen spontanen Heißhunger auf Eis verspürt, einfach vorbeikommen, denn man muß sich nicht vorab anmelden.

ANGELA MATTHES

Kantorei Wandlitz erhält Kulturpreis 2021

Der Verein »Kantorei Wandlitz e.V.« wird mit dem Barnimer Kulturpreis 2021 von Bündnis 90/Die Grünen ausgezeichnet. Der Preis ist erneut mit 750 Euro dotiert und wurde am 19. Juni anlässlich eines Sommerkonzerts des Chores in Biesenthal überreicht. Überbringer von Urkunde und Scheck waren **KARL-DIETRICH LAFFIN**, Initiator des Preises und Juryvorsitzender, **KAREN OEHLER**, stellvertretende Vorsitzende der bündnisgrünen Kreistagsfraktion und **JOHANNES CREUTZIGER**, Jurymitglied und Vorsitzender des Kulturausschusses in Eberswalde.

Für den Kulturpreis 2021 gab es viele sehr gute Bewerbungen. Die Auswahl des Preisträgers fiel daher nicht leicht. Bündnis 90/Die Grünen bedanken sich bei allen Bewerbern für ihre Teilnahme und ihr kulturelles Engagement in der Region. Leider kann es immer nur einen Preisträger geben. Daher ermutigen wir diejenigen, die dieses Mal nicht ausgewählt wurden, sich bei folgenden Ausschreibungen erneut zu beteiligen.

Das Votum der Jury fiel auf die KANTOREI WANDLITZ um die Chorleiterin **KATJA TARJÁN**, da der Verein mit seinen vier Chören seit vielen Jahren ein tolles Mitmachangebot für alle Altersklassen anbietet und mit seinen Auftritten das kulturelle Leben im Barnim stark bereichert. 2009 gründete Katja Tarján zunächst den Kinder- und einen gemischten Erwachsenenchor. Inzwischen gibt es auch einen Jugendchor – Vox Nova – und eine Nachwuchsgruppe für Kinder ab 4 Jahren. Insgesamt singen derzeit ca. 50 Erwachsene sowie 40 Kinder und Jugendliche in der Kantorei. Der Erwach-

senenchor gastiert regelmäßig in Wandlitz, Basdorf, Zühlsdorf, Biesenthal und Zerpenschleuse und trat darüberhinaus in vielen Kirchen im gesamten Barnim auf. Der Kinder- und Jugendchor führt als besonderes Highlight zusätzlich zum normalen Konzertprogramm alle zwei Jahre ein Musical auf.

In den vergangenen zwölf Jahren machte der Chor mit interessanten und außergewöhnlichen Projekten auf sich aufmerksam. Das Repertoire umfaßt weltliche und geistliche Lieder. Und dabei oft Kompositionen, die im Barnim noch gar nicht oder lange nicht aufgeführt wurden. Das zehnjährige Chorzubiläum beginnen die Sängerinnen und Sänger 2019 mit zwei großen Festkonzerten in Wandlitz und Biesenthal. Die Coronazeit bedeutete auch für die Kantorei Wandlitz einen harten Einschnitt. Mit großen Anstrengungen und viel Kreativität gelang es, die Chormitglieder bei der Stange zu halten und trotzdem Singangebote zu unterbreiten.

KARL-DIETRICH LAFFIN, Juryvorsitzender

Gemeinsam wohnen in der Feldmark

Landschaftstag zu aktuellen Herausforderungen beim Wohnungsbau

»Wie sieht eine nachhaltige Siedlungsentwicklung aus?« Diese Frage stand beim 26. Landschaftstag des Regionalpark Barnimer Feldmark e.V. im Mittelpunkt des Interesses. Am 17. Juni eröffneten **TORSTEN JERAN**, Vorsitzender des Regionalparkvereins, und **ARNO JAESCHKE**, Bürgermeister der Stadt Altlandsberg, die Fachveranstaltung. Mit ihren Vorträgen zu allgemeinen Erkenntnissen aus der Stadt- und Raumforschung bis hin zu konkreten Entwicklungsideen für die Barnimer Feldmark beleuchteten vier Referentinnen und Referenten das facettenreiche und für die Region besonders aktuelle Thema.

Alternativen zum Einfamilienhaus gesucht

»Sinkende Geburtenzahlen, eine wachsende Scheidungsrate, steigende Lebenserwartungen und Vereinsamung im Alter sowie eine Arbeitswelt im Wandel mit höheren Ansprüchen an die örtliche Flexibilität, diese und viele weitere Faktoren lassen die Fragen aufkommen, ob das Einfamilienhaus noch zeitgemäß ist und welche Alternativen es gibt«, so **RICARDA PÄTZOLD** vom Deutschen Institut für Urbanistik Berlin. »Auch der Klimaschutz und notwendige Energiesparmaßnahmen legen nahe, daß eine Anpassung der Art und Weise, wie wir bauen, dringend notwendig ist.« Eine Lösung sei hier gemeinschaftliches Wohnen verschiedener Generationen in Quartieren, die sich durch gemeinsam genutzte Flächen und Räume auszeichnen und sowohl aus Mehrfamili-

lien-, Doppel-, Reihen- und Einfamilienhäusern zusammensetzen. Dies sei zudem zur Vermeidung von Flächenversiegelung sinnvoll.

Achsenentwicklungskonzept

Einen aktuellen Stand zu dem seit Sommer 2019 in der Entwicklung befindlichen **Achsenentwicklungskonzept Ahrensfelde-Werneuchen** gab **TORSTEN WIEMKEN** vom **Planungsbüro Lokation.S**. Mit dem Konzept liege nun ein Diskussionsanstoß für den Umgang mit den Flächen der **Barnimer Feldmark** und flächensparendem sowie verdichtetem Bauen vor, der von der Kommunalpolitik im Zuge der verbindlichen Bauleitplanung umgesetzt werden könne. »Im Rahmen der Konzepterarbeitung wurde jedoch auch deutlich, daß es in der kommunalen Politik und Verwaltung Vorbehalte gegenüber verdichteten Siedlungsstrukturen gibt, wie sie z.B. durch den Bau von Mehrfamilienhäusern entstehen.« Die aufgezeigten Entwicklungsoptionen böten jetzt einen Ansatzpunkt zur weiteren Gestaltung der Siedlungsachse.

Suche nach umsetzbaren Projektideen

Teil des Programms waren zudem auch Vorträge zu kleinteiligeren Projekten. Ein aktuell laufendes Projekt zur Umsetzung des Leitbildes zur regionalen Landschaftsgestaltung für die Barnimer Feldmark wurde von **PIA GRÜTTE** und **JULIA BOBERTZ** von der **trias Planungsgruppe**, vorgestellt. »Wir identifizieren aktuell Flächen, auf denen sich der Kernsatz des Leitbildes

Ein Stolperstein für Karl Schweitzer

Der Schönwalder Bürger, der 1928-33 Abgeordneter der KPD in der Gemeindevertretung Schönwalde war, wurde am 18. Juli 1942 von den Faschisten wegen „Wehrkraftzersetzung“ hingerichtet.



Am 26. August wird der Künstler **Gunter Demnig** um 9:00 Uhr vor dem ehemaligen Wohnhaus von Karl Schweitzer in der **Karl-Schweitzer-Straße 17** in Anwesenheit von Nachkommen einen Stolperstein setzen. Alle interessierten Bürger sind dazu eingeladen.

Mitquizzler gesucht

Der Deutsche Quizverein hat 40 Standorte in der BRD, davon nur zwei in Brandenburg. Ein Standort befindet sich in Potsdam und einer in Schorfheide, Ortsteil Lichterfelde.

Jährlich werden zehn Quiztreffen durchgeführt, an denen jeder teilnehmen kann, auch ohne Vereinsmitglied zu sein. Gequizzt werden immer drei Runden, zuerst der Spezialcup zu wechselnden Themen, dann der Deutschlandcup und zum Schluß dürfen alle, die die ersten beiden Runden geschafft haben, 20 Fragen gemeinsam im Städtecup beantworten. Hierfür ist es natürlich gut, wenn so viele Mitquizzler wie möglich dabei sind.

Wir treffen uns in Lichterfelde in »Omas Speisekammer«. Hier die Termine für das zweite Halbjahr 2022:

Freitag, 15.7., 18 Uhr
Sonnabend, 30.7., 14 Uhr
Sonnabend, 27.8., 14 Uhr
Freitag, 7.10., 18 Uhr
Freitag, 9.12., 18 Uhr

Damit immer genügend Quizsets zur Verfügung stehen, bitten wir um Anmeldung mindestens zwei Tage vor dem Quiztermin bei: falk.hinneberg@gmx.net.

ADINA HINNEBERG

über weitere Umsetzungsprojekte realisieren läßt. Der Erhalt und die Weiterentwicklung verbindender Strukturen, wie zum Beispiel Feldhecken, Alleen und Wege«, so **JULIA BOBERTZ** zum aktuellen Stand. Auch eine Projektidee für den Berliner Stadtrand wurde vorgestellt. So berichtete **DORIS NABROWSKY** von den Aktivitäten des **Hellersdorfer Athletik-Club Berlin e.V.** zur Entwicklung eines Sportparks in Hönnow. Auf diesem soll es künftig ein breites Nutzungsangebot geben, das vom Gärtnern über den Hundenauslauf bis hin zum Sporteln reicht.

Weitere Infos unter www.feldmaerker.de.

DAVID SUMSER

Schmatzkammer e.V. im Rofin-Park (Haus 1, Coppistr. 3, 16227 Eberswalde):

Workshops, Lesekreise und Co-Working

Der Schmatzkammer e.V. hat das Ziel, einen Ort für all jene zu schaffen, die kreativ, gemeinschaftlich, nachhaltig, politisch und vielfältig agieren möchten. Bisher waren wir viel mit dem Aufbau von Strukturen und einem finanziellen Puffer beschäftigt, so daß für Workshops und Co wenig Luft blieb. Aber das soll sich jetzt ändern.

Bereits am 21. Juni gab es einen Lesekreis vom queer feministischen Eberswalder Kollektiv FABE zum Thema Gewalt und Patriarchat. FABE über sich selber: »Wir sind ein queer-feministisches Bildungskollektiv, sowie eine Plattform für feministische Vernetzung im Land Brandenburg. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, patriarchale, kapitalistische, faschistische, rassistische und andere Machtstrukturen aufzuzeigen und zu überwinden. Hierfür kämpfen wir durch Aktionen und kritische Auseinandersetzung.«

Einen Tag später lud Viv von der Schmatzkammer zu einem Co-Working ein. Sie schrieb dazu: »Ich weiß nicht, wie es euch geht, aber nach Corona und so, fällt mir das zu Hause produktiv arbeiten schwer. Vielleicht ist es auch ein persönliches Ding, aber Handy, Kühlschrank und Co. laden mich schnell zum Abschweifen und Prokrastinieren* ein. Deswegen würd' ich euch voll gerne zum Co-Worken in die Schmatzkammer einladen. Alle die ihre Arbeit in den Rucksack packen können, sind herzlich eingeladen!«

Am 28. Juni folgte dann ein Workshop zum Thema »Argumentieren für Demokratie und Vielfalt« von Maria Seidel.

Wir haben in der Schmatzkammer Schreibtischplätze, bequeme Sofas und Sessel zum Le-

sen oder Pausieren, 'ne Kaffeeküche und seit neuestem WLAN. Wir freuen uns auf euch! Laßt uns gemeinsam einen Raum halten, welcher uns hilft, im Fokus zu bleiben und produktiv zu arbeiten.

Gleichzeitig ist dies auch eine Einladung: Wenn du Lust hast, einen Workshop anzubieten, alles vom Schmuck machen, zur Diskussionsrunde, Fermentieren, Film zeigen oder Lesung machen – wir freuen uns, wenn die

Räumlichkeiten der Schmatzkammer genutzt werden und wir gemeinsam einen Ort der offenen Begegnung und des kreativen Kreierens schaffen. Sprecht uns an, oder schreibt uns eine E-Mail! Wir freuen uns auf euch!

Eure Schmatzkammer

* zu erledigende Dinge aufschieben, verschieben, vertagen.

Rentensprechstunde

»Brandenburgische Rentnerinitiative«

Fragen zum Rentenbescheid? Hier ist Klärung möglich: Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt kostenfreie Hilfestellung beim Lesen der Bescheide und Formulieren von Widersprüchen. Die nächsten Termine bei der Volkssolidarität Barnim (Änd. vorbehalten): **Eberswalde**, Wohnanlage am Richterplatz (Mauerstr. 17) am 10.8. und 14.9., 10-12 Uhr.

Biesenthal, Begegnungsstätte (August-Bebel-Str. 19) am 10.8. und 14.9., 13-15 Uhr.

Bernau, Begegnungsstätte (Sonnenallee 2) am 20.7., 17.8. und 21.9., 10-15 Uhr.

Bitte unbedingt anmelden bei Frau Nikitenko unter Tel. 03338/8463. Änderungen vorbehalten.

ANDREA HOEHNE

In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser, mal wieder ist eine Information in eigener Sache notwendig. Die hiermit vorliegende Sommerausgabe der »Barnimer Bürgerpost« muß wieder einmal drei Monate abdecken, da infolge einer Reha-Kur des verantwortlichen Redakteurs zum Juni leider keine BBP fertiggestellt werden konnte und die Gründe für die Kurmaßnahme auch danach noch fortwirken.

Im September soll es dann wieder eine »normale« BBP-Ausgabe geben, die am 20. September erscheinen soll. Als Redaktionsschluß haben wir den 14. September notiert.

Für eine dauerhafte Fortführung der BBP ist dringend eine personelle Verstärkung von Redaktion und Verein notwendig. Menschen, die sich für eine redaktionelle oder organisatorische Mitarbeit interessieren, melden sich bitte unter der eMail-Adresse vorstand@barnimer-buergerpost.de.

Für die bevorstehende Sommerferienzeit wünschen wir Ihnen und Euch erholsame Tage und genügend Muße, um die 28 Seiten der Sommerausgabe genießen zu können.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 6. Juli 2022

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist voraussichtlich am 14. September 2022.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (Selbsteinschätzung)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 9 EURO pro Jahr** erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonent/in _____

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung des o.g. Angebotes)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)